



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

39. Sitzung

4. Wahlperiode

Freitag, 14. Mai 2004, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

| | | |
|--|--|---|
| Inhalt | Minister Helmut Holter..... | 2216 |
| | Andreas Petters, CDU..... | 2217, 2223 |
| | Thomas Schwarz, SPD..... | 2218, 2219 |
| | Dr. Ulrich Born, CDU..... | 2219 |
| Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT | Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU..... | 2221, 2222 |
| | Dr. Till Backhaus, SPD..... | 2222 |
| | Beschluss..... | 2224 |
| | | |
| Antrag der Fraktion der CDU: Die Zukunft in die eigenen Hände nehmen – Wettbewerbsföderalismus stärken | | |
| – Drucksache 4/1174 –..... | | 2199 |
| Eckhardt Rehberg, CDU..... | | 2199, 2210, 2214 |
| Ministerin Sigrid Keler..... | | 2202, 2213 |
| Volker Schlotmann, SPD..... | | 2203 |
| Angelika Gramkow, PDS..... | | 2206 |
| Michael Ankermann, CDU..... | | 2207 |
| Beschluss..... | | 2214 |
| | | |
| Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Konversion in Mecklenburg-Vorpommern | | |
| – Drucksache 4/1178 –..... | | 2214 |
| Änderungsantrag der Fraktion der CDU | | |
| – Drucksache 4/1204 –..... | | 2214 |
| Peter Ritter, PDS..... | | 2214, 2220, 2221, 2222 |
| | Antrag der Fraktion der CDU: Einführung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (KiföG M-V) | |
| | – Drucksache 4/1171 –..... | 2224 |
| | Torsten Renz, CDU..... | 2224, 2231, 2232, 2235, 2236, 2238, 2240 |
| | Ministerin Dr. Marianne Linke..... | 2227, 2231, 2232 |
| | Volker Schlotmann, SPD..... | 2232 |
| | Jörg Heydorn, SPD..... | 2232, 2235, 2236, 2237 |
| | Harry Glawe, CDU..... | 2236 |
| | Lorenz Caffier, CDU..... | 2236, 2237 |
| | Torsten Koplin, PDS..... | 2237, 2238 |
| | Wolfgang Riemann, CDU..... | 2237, 2238 |
| | Peter Ritter, PDS..... | 2239, 2240 |
| | Beschluss..... | 2244 |

| | | |
|--|---|------------|
| Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in Mecklenburg-Vorpommern fortführen | Jörg Heydorn, SPD..... | 2255 |
| | Rainer Prachtl, CDU | 2255 |
| - Drucksache 4/1181 - | Beschluss | 2255 |
| Volker Schlotmann, SPD | | 2244 |
| Minister Dr. Gottfried Timm | | 2246, 2248 |
| Holger Friedrich, SPD | | 2248 |
| Dr. Armin Jäger, CDU | | 2248 |
| Peter Ritter, PDS | | 2249 |
| Beschluss | | 2251 |
| | Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Meck- lenburg-Vorpommern (6. ÄndG KV M-V) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) | |
| | - Drucksache 4/1199 - | 2256 |
| | Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses | |
| | - Drucksache 4/1208 - | 2256 |
| | Siegfried Friese, SPD..... | 2256 |
| Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Fusion der Landesversicherungsanstalt | Beschluss | 2256, 2258 |
| - Drucksache 4/1177 - | | 2251 |
| Änderungsantrag der Fraktion der CDU | | |
| - Drucksache 4/1200 - | | 2251 |
| Torsten Koplín, PDS | | 2251 |
| Ministerin Dr. Marianne Linke | | 2253, 2254 |
| Harry Glawe, CDU | | 2253 |
| | Nächste Sitzung | |
| | Mittwoch, 23. Juni 2004 | 2257 |

Beginn: 9.02 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 39. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Meine Damen und Herren, dem Landtag liegen mittlerweile die Beschlussempfehlung und der Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 4/1208 zum Thema „Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern“ vor. Interfraktionell ist vereinbart worden, die Tagesordnung gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 der Geschäftsordnung des Landtages um diese Vorlage zu erweitern. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Weiterhin bestand Einvernehmen darüber, die Zweite Lesung und Schlussabstimmung dieses Gesetzentwurfes am Ende der heutigen Tagung zu beraten.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Die Zukunft in die eigenen Hände nehmen – Wettbewerbsföderalismus stärken, Drucksache 4/1174.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Die Zukunft in die eigenen Hände nehmen –
Wettbewerbsföderalismus stärken
– Drucksache 4/1174 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zuerst bitte ich, in unserer Drucksache unter Ziffer 5 die in Klammern stehende Ziffer 3 in eine 4 zu ändern. Das ist ein Versehen. Ich bitte um Entschuldigung.

Meine Damen und Herren, seit geraumer Zeit wird in Deutschland über die Neugestaltung der Aufgaben und der Funktion des Föderalismus debattiert. Auf den ersten Blick scheint dies ein sehr trockenes und bürokratisches Thema zu sein, eines, das man lieber beiseite schiebt. Erst wenn man sich die Mühe macht, sich die einzelnen Artikel des Grundgesetzes vorzunehmen, merkt man, wie spannend die hinter vermeintlich trockenen Fachdebatten stehenden Fragen sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier steckt Gestaltungspotential für jedes Bundesland drin. Dies ist keine theoretische Debatte, sondern eine Debatte, die zum einen dringend geführt werden muss und zum anderen glücklicherweise auch geführt wird. Hierzu auch gleich ein Testfall für die eigene Reformbereitschaft: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass sich auch Mecklenburg-Vorpommern aktiv an der Neugestaltung der Bundesrepublik beteiligen sollte,

(Beifall Michael Ankermann, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

und zwar nicht nur durch den Ministerpräsidenten, sondern auch durch das Parlament.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Jahrzehnten seit der Gründung der Bundesrepublik hat der Bund immer mehr gesetzgeberische Kompetenzen – sei es über die Rahmengesetzgebung oder die konkurrierende

rende Gesetzgebung – an sich gerissen. 1970 waren noch etwa 30 Prozent der Gesetze durch den Bund zustimmungspflichtig, heute sind es gut 60 Prozent, egal, ob die Bundeskanzler Brandt, Schmidt, Kohl oder Schröder hießen. Das hat zur Folge, dass immer mehr Gesetze eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat haben müssen. Der Unmut über das Zusammenspiel zwischen Bundestag und Bundesrat wird täglich größer, weil meistenteils in den letzten Jahrzehnten die politischen Mehrheitsfarben unterschiedlich waren. Das Empfinden des Bürgers gegenüber der Politik, dass beide Organe sich gegenseitig ausbremsen, steigt und wird allgemein als Handlungsunfähigkeit der Politik bezeichnet. Und die Bürger haben Recht, hier liegt eine der Ursachen für den Reformstau.

Wenn dies nun der Bund unter dem Schlagwort „Reformstau“ beklagt, dann kann aber nicht die alleinige Verantwortung in der Reduzierung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder liegen, sondern der Bund muss den Ländern wieder mehr eigenständige Kompetenzen überlassen. Es ist an der Zeit, dass bestimmte Politikfelder wieder an die Länder zurückgegeben werden und dass die konkurrierende Gesetzgebung, wie bereits in Lübeck erklärt, aufgehoben wird, vor allem um deregulieren zu können. Ich möchte das mit einem Zitat von Helmut Schmidt aus der „Welt“ in dieser Woche abrunden: „85 Prozent aller Verwaltungsakte gehen irgendwie auf Bundesrecht zurück.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hinzu kommt, dass die Europäische Union sich zunehmend in die Kompetenzen der Länder einmischt und den Gestaltungsspielraum der Länder immer weiter einengt. So liegt ein Großteil der Gesetzesvorhaben heute bei der Europäischen Union. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur das Seilbahngesetz lässt recht herzlich grüßen.

Die Rolle der Länder in Europa muss neu definiert werden. Ich denke, Jürgen Rüttgers hat Recht mit dem, was er in der letzten Woche sagte: „Die Länder wollen nicht zu bloßen Agenturen der Umsetzung europäischer Gesetze, Verordnungen und Richtlinien werden. Damit würde der Kern ihrer Eigenstaatlichkeit ausgehöhlt.“ Meine Damen und Herren, FFH-Gebiete und viele andere Dinge werden durch die Europäische Union für die Länder bestimmt, ohne dass wir als Länder entscheidende Einflussmöglichkeiten hätten. Aber ist es nicht so, dass die Landespolitiker, wir, am besten wissen, wo die wirklichen Probleme der Menschen vor Ort liegen? Berlin ist weit weg und Brüssel noch viel weiter. Der Föderalismus in Deutschland ist historisch gewachsen und wird in vielen Bereichen auch seiner Aufgabe gerecht. Die Ausübung der staatlichen Befugnisse durch die Länder nach Artikel 30 Grundgesetz hat sich dabei bewährt. Die demokratische Akzeptanz wird gewahrt und sie schafft vor allem Bürgernähe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die föderative Ordnung der Bundesrepublik steht in einem strukturellen Gegensatz zu globalen und latenten Zentralisierungsbestrebungen. Sie steht für den optimalen Gestaltungsspielraum in den einzelnen Bundesländern und hierin besteht auch die Chance eines Wettbewerbs zwischen den einzelnen Ländern. Wer die besten politischen Lösungen findet, wird künftig vorne liegen bei Wirtschaftsansiedlungen, in der Bildungspolitik oder wo auch immer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss unser Ziel sein, diese Chance auch für Mecklenburg-Vorpommern zu nutzen. Sie muss aber auch von den Verant-

wortlichen ernsthaft in Betracht gezogen werden. Meine Damen und Herren, die Menschen wissen nicht mehr, welche politische Ebene wofür die Verantwortung trägt, und können es auch nicht. Es gibt derzeit keine klare Kompetenzverteilung mehr. Und weil die Menschen nicht mehr wissen, wer wofür verantwortlich ist, kann man sie als Politiker zunehmend schwerer für Politik interessieren. Der Vermittlungsausschuss kurz vor Weihnachten im Jahr 2003 lässt hier herzlich grüßen.

Die Menschen müssen und wollen bei den politischen Entscheidungen einer Demokratie aber mitgenommen werden.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Das werden sie aber nur, wenn sie das Gefühl haben, dass sie auch daran beteiligt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Länder müssen deshalb in ihren Kernbereichen den Rücken gestärkt bekommen, Bildung, Polizei, im kommunalen Bereich. Wir wollen hier in einen fairen Wettbewerb zu den anderen Ländern treten. Dazu brauchen die Länder aber mehr Spielräume, indem sie ihre politischen Ideen umsetzen können, indem man neue Wege gehen kann. Wir brauchen keine Sonderzone Ost. Wir brauchen gar keine Sonderstellung gegenüber den westdeutschen Bundesländern, aber ein Mehr an Bürokratieabbau, ein Mehr an Deregulierung können wir im Osten schon gebrauchen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und PDS, warum setzen Sie sich denn nicht für eine Verlängerung des Bundesverkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes über das Jahr 2004 hinaus ein?

(Beifall Rainer Prachtl, CDU,
und Jörg Vierkant, CDU)

Föderalismus lebt vom Wettbewerb. Die ostdeutschen Bundesländer hatten formal gesehen 1990 die gleichen Startchancen. Aber waren die historischen Grundlagen in den fünf neuen Ländern nicht sehr unterschiedlich? Mecklenburg-Vorpommern hatte vor dem Zweiten Weltkrieg kaum größere industrielle Ansiedlungen, nur einen kleinen Mittelstand. Durch die ideologisch geprägte Wirtschaftspolitik sowohl zwischen 1933 und 1945 als auch unter der kommunistischen Diktatur wurde der junge Mittelstand sofort wieder vernichtet, 1972 fast völlig ausgerottet. Wir sind dadurch viel stärker agrarwirtschaftlich geprägt als Sachsen oder Thüringen. An diesem Beispiel lässt sich rückwirkend gut die Frage stellen, ob es gut und richtig war, für den Aufbau Ost die Instrumente für alle gleich zu gestalten, zumal der Bund dominierend die Rahmenbedingungen gesetzt hat. Meine Damen und Herren, manche Weiche für unsere Zukunft wäre sicher anders und besser gestellt worden, wenn die Länder mehr eigene Gestaltungsspielräume gehabt hätten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil wir Politiker in diesem Land eine realistische Vision haben, wohin die Reise in unserem Land gehen kann und auch sollte, brauchen wir mehr gestalterische Freiheit. Aber ich frage mich ganz besorgt: Warum muss die Opposition mit solch einem Antrag dieses Thema auf die Tagesordnung setzen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident – er ist nicht anwesend –, ...

(Volker Schlotmann, SPD: Sie wissen,
dass er im Bundesrat ist, Herr Kollege.)

Jetzt weiß ich es, Herr Kollege Schlotmann, aber gleichwohl frage ich Sie als den Fraktionsvorsitzenden der größeren Regierungsfraktion: Wie ernst nehmen Sie eigentlich Beschlüsse dieses Parlaments?

(Beifall Rainer Prachtl, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wie ernst nehmen Sie eigentlich Beschlüsse und wie ernst nehmen Sie Ihre Verantwortung gegenüber der Landesregierung, dass Sie zum Beispiel einfordern mit Punkt 4, den wir gemeinsam einstimmig in diesem Landtag beschlossen haben, und zwar im Januar 2003: „Der Landtag fordert die Landesregierung in Anknüpfung an den Beschluss des Landtages vom April 2002 ... auf, nach jeder Beratung“ – meine sehr verehrten Damen und Herren, nach jeder Beratung – „der Ministerpräsidentenkonferenz ... über die Ergebnisse der Bund-Länder-Kommission ‚Föderalismus‘“ im Rechts- und Europaausschuss „fortlaufend mündlich zu berichten.“?

Herr Schlotmann, wie häufig hat denn die Bund-Länder-Kommission getagt? Mindestens zweimal, am 25. März und am 6. Mai. Herr Kollege Schlotmann, wie oft hat die Staatskanzlei, ob der Ministerpräsident oder der Chef der Staatskanzlei, im Ausschuss berichtet? Nicht ein einziges Mal hat man es für nötig erachtet,

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

hier diesem Auftrag des Landtages nachzukommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Im Mai 2002 gab es wenigstens noch eine schriftliche Unterrichtung der Landesregierung.

(Harry Glawe, CDU: Das geht doch wohl
nicht! – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Das haben Sie noch geschafft auf der Basis des Beschlusses der 3. Legislaturperiode. Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und PDS, wenn Sie es wünschen, den Beschluss der MPK vom 6. Mai zu bekommen, die CDU-Fraktion kopiert Ihnen den gerne. Ich musste ihn mir besorgen aus einem CDU-geführten Bundesland. Das, was ich für normal und selbstverständlich gehalten hätte, auch mit Blick auf diesen Tagesordnungspunkt, dass nämlich schnellstmöglich dem Parlament von der Landesregierung dieser Beschluss übersandt worden wäre, ist nicht passiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so viel zum Selbstverständnis und zur Achtung der Landesregierung gegenüber diesem Landtag.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle noch eine zweite Frage: Inwieweit wird diese Landesverfassung überhaupt noch ernst genommen an dieser Stelle? Artikel 39 Absatz 1: „Die Landesregierung ist verpflichtet, ... über ... die Mitwirkung im Bundesrat sowie die Zusammenarbeit mit dem Bund, den Ländern, anderen Staaten, den Europäischen Gemeinschaften und deren Organen, soweit es um Gegenstände von grundsätzlicher Bedeutung geht“, zu berichten. Die Informationspflicht nach Absatz 1 findet ihre Grenzen in der Funktionsfähigkeit und Eigenverantwortung der Landesregierung. Ich habe den Eindruck, dass die Landesregie-

ung eingeschätzt hat, dass sie, wenn sie uns darüber unterrichtet, in ihrer Funktionsfähigkeit gestört ist,

(Rainer Prachtl, CDU: So sieht es aus.)

in der Eigenverantwortung sicher nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Natürlich muss ich auch den Rechtsausschussvorsitzenden fragen,

(Bodo Krumbholz, SPD: Hier ist er!)

inwieweit Sie, Herr Krumbholz, darauf gedrungen haben, dass das sowohl im März als auch jetzt nach dem 6. Mai auf die Tagesordnung kommt. Das muss ich fragen. Ich muss uns alle fragen, wie wichtig uns dieses Thema ist, denn hier gibt es ganz unterschiedliche und konträre Interessenlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schon böse aufgestoßen ist mir aber eine Übertragung am 25. März – und das war live – im Fernsehsender „Phönix“. Da hat der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern unser Land ungestraft als Habenichtlands bezeichnet,

(Rainer Prachtl, CDU: Was?!)

und zwar in einer Auseinandersetzung vor laufenden Kameras mit dem bayerischen Ministerpräsidenten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geht natürlich dann vielfach unter. Über Form und Stil will ich da jetzt überhaupt nicht reden. Ich frage mich nur, Herr Ministerpräsident: Haben Sie es deswegen versäumt, schon nach dem 25. März und ...

(Rainer Prachtl, CDU: Und uns wirft er mehrfach vor, wir reden das Land schlecht!)

Sehr geehrter Herr Kollege Prachtl, diese Szenen im Sender „Phönix“ waren wirklich eines Ministerpräsidenten nicht würdig. Aber danach wenigstens seiner Verantwortung nachzukommen, dem Auftrag des Parlaments gerecht zu werden und hier über die Zwischenergebnisse zu debattieren oder im Rechts- und Europaausschuss Rede und Antwort zu stehen, das hat er an keiner Stelle getan. Ich kann nur eines sagen, Herr Ministerpräsident: Den Wettbewerb mit den anderen Ländern kann man nur dann selbstbewusst und mit erhobenem Haupt gewinnen, wenn man nicht selbst vor Ort mit Minderwertigkeitskomplexen durch die Gegend geht.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Regine Lück, PDS: Sachlichkeit! Sachlichkeit! – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und wenn Herr Dr. Ringstorff wirklich selbstbewusst hier seine Aufgabe wahrgenommen hätte, dann hätte er gesagt, dieser Tagesordnungspunkt ist uns so wichtig – dann wären Frau Gramkow und Herr Schlotmann zu uns gekommen –, der Punkt 4 in dieser Beschlussempfehlung ist uns so wichtig, dass wir das dann debattieren, wenn der Ministerpräsident hier ist. Wir haben es nämlich nicht gewusst, dass er heute im Bundesrat ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Natürlich!)

Wir haben das nicht gewusst, dass er heute im Bundesrat ist. Jedenfalls haben wir es ...

(Angelika Gramkow, PDS: Über den Bundesrat ist ja ständig geredet worden seit 14 Tagen in den Anwesenheitslisten der Minister! Hier Ihr Kollege war dabei! – Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Birgit Schwebs, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin eben nach vorne gegangen zu einer der Schriftführerinnen und habe gefragt, wer redet. Da ging die Kollegin davon aus, dass der Ministerpräsident redet, weil er nach wie vor ausgedruckt ist auf der Tagesordnung als Redner. Dann hätte man das korrigieren müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da steht immer noch Ministerpräsident, zehn Minuten, nicht mehr und nicht weniger, währenddessen zum Beispiel beim Wirtschaftsminister beim Tagesordnungspunkt Mittelstandsfinanzierung die Finanzministerin ausgedruckt war, so wie sich das gehört. Also wer hier seiner Verantwortung nicht nachgekommen ist, das frage ich mich ganz besorgt.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, wir sollten uns nicht damit begnügen, aus der Presse die bekannten Reformziele zu erfahren. „Die Welt“, die „Frankfurter Allgemeine“, die „Süddeutsche Zeitung“ haben umfänglich berichtet über die MPK vom 6. Mai zu den Themen:

- Entflechtung von Entscheidungsprozessen zwischen Bund und Ländern bei angemessener Finanzausstattung
- deutliche Zuordnung der politischen Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern mit einer Stärkung der Länderkompetenzen
- Steigerung der Effizienz der Aufgabenerfüllung zur besseren Ausschöpfung der wirtschaftlichen Leistungspotentiale in Bund und Ländern
- Verbesserung der Europatauglichkeit des Grundgesetzes

Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie aber sehen die Punkte jenseits des allgemeinen Konsenses im Detail aus? Wie gesagt, man muss sich dieses eben aus anderen Bundesländern besorgen.

Aber wofür setzt sich Mecklenburg-Vorpommern im weiteren Prozess ein? Wo sieht die Landesregierung ihre Chancen? Ich kann nur anbieten, dass wir als CDU-Fraktion bereit sind, uns in diesen Diskussionsprozess einzubringen, dass wir uns eingebracht haben. Wir müssen natürlich auch darüber reden, wo wir anderen Bundesländern und dem Bund entgegenkommen, das heißt, auf scheinbare Vorteile für uns verzichten könnten, wenn wir im Gegenzug mehr eigenständige Gestaltungsspielräume bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass dieses Thema wichtig genug ist, dass es auf die Tagesordnung des Landtages gehört, denn es geht schlichtweg darum, wie wir uns als Parlament bei der Veränderung und Neugestaltung des föderativen Systems der Bundesrepublik einbringen wollen. Uns als CDU geht es darum, mehr Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin in Vertretung des Ministerpräsidenten.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Bei diesem Antrag, ich zitiere ihn noch einmal, „Die Zukunft in die eigenen Hände nehmen – Wettbewerbsföderalismus stärken“, frage ich mich ernsthaft: Ist Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, überhaupt klar, in wessen Horn Sie da tuten

(Beifall Heinz Müller, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

oder sind Ihnen Parteiinteressen wirklich wichtiger als Landesinteressen?

(Heinz Müller, SPD: Offenbar!)

Was Sie mit diesem Antrag fordern, ist ein Wettbewerb der Starken auf Kosten der Schwachen, und ich weiß, wovon ich da rede. Wettbewerbsföderalismus statt solidarischem Föderalismus nützt nur den starken Ländern.

(Beifall Beate Mahr, SPD, Heinz Müller, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Mit diesem Antrag schaden Sie den Interessen unseres Landes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Sie hintertreiben die Position der Landesregierung.

Grundsätzlich gilt, die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung ist sinnvoll und natürlich notwendig, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht, Herr Rehberg. Da sind wir uns auch einig. Wir wollen die politische Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern stärken. Wir sind für eine Entflechtung und Entkrustung der politischen Strukturen in Deutschland, für klare politische Verantwortlichkeiten und für Transparenz durch möglichst eindeutige Zuordnung von Kompetenzen. Und glauben Sie mir, mir hat es am allerwenigsten Spaß gemacht, das Gerangel im Vermittlungsausschuss über Wochen mittragen zu müssen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen nachvollziehen können, welche Entscheidungen an welcher Stelle gefällt und verantwortet werden. Wir sind auch für eine Revitalisierung der Landtage.

Und, meine Damen und Herren, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, war der Chef der Staatskanzlei im Rechts- und Europaausschuss. Ich will hier noch einmal sagen, es hat am 06.05. bei den Ministerpräsidenten keinen Beschluss gegeben. Es steht Beschluss darüber und Herr Stoiber hat das auch so in der Presse verkauft, aber es hat keine Beschlüsse gegeben. Natürlich, heute haben wir den 14. Mai, bleibt es dem Rechtsausschuss unbenommen, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, umgekehrt! –
Michael Ankermann, CDU: Wir müssen
das doch nicht einfordern!)

Wir kommen auch gern. Es ist eine Woche her.

(Michael Ankermann, CDU: Das ist
doch Ihre Schuld, Frau Ministerin! –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Also das ist gar keine Frage, das muss terminlich abgestimmt werden, das ist doch kein Punkt.

Wir sind auch für eine angemessene Kompensation für die Länder im Zuge der Abgabe von Mitwirkungsrechten im Bundesrat, sowohl was die Stärkung von Gesetzgebungskompetenzen als auch die Sicherung der Mitsprache der Länder bei Bundesgesetzen mit erheblichen Kostenfolgen betrifft. Und wir sind dafür, dass die Handlungsfähigkeit Deutschlands in Europa gestärkt und die Europatauglichkeit des Grundgesetzes verbessert, das heißt, insbesondere die Umsetzung europäischer Rechtsetzung effizient gestaltet wird. Aber wir wehren uns dagegen, dass der bewährte kooperative und solidarische Föderalismus für einen Wettbewerbs- und Verdrängungsföderalismus über Bord geworfen wird.

(Beifall Heinz Müller, SPD,
Volker Schlotmann, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Oder gilt es für Sie als echter und fairer Wettbewerb, wenn man einen Rekonvaleszenten gegen einen Hochleistungssportler antreten lässt? Fairen und gerechten Wettbewerb gibt es nur unter Gleichen, doch davon sind wir in Deutschland derzeit noch weit entfernt. Was wir brauchen, sind gerechte Startbedingungen. Wenn wir die haben, ist mir vor Wettbewerb nicht bange.

Die Zukunft in die eigenen Hände nehmen, ja, das heißt für uns, Mecklenburg-Vorpommern stärken. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, fordern die Stärkung des Wettbewerbs. Bayern dankt und Baden-Württemberg lässt grüßen. Aber im Interesse Mecklenburg-Vorpommerns muss der Grundsatz der Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland bei allen Überlegungen zur Aufgabenneuordnung gewahrt bleiben. Wir wollen mit der Reform nicht das Grundverständnis der Bundesrepublik Deutschland aushebeln. Die neuen Länder haben unzweifelhaft noch lange Zeit einen erheblichen Nachholbedarf. Eine vom gesamtstaatlichen Ausgleich abgekoppelte Öffnung des Wettbewerbs unter den Ländern um Standortbedingungen und Ressourcen ist nicht im Interesse unseres Landes. Sie bringt für uns in Mecklenburg-Vorpommern keine zusätzlichen politischen Handlungsmöglichkeiten, aber sie verschärft das Ungleichgewicht zwischen den Bundesländern und das lehnen wir ab.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, fordern die strikte Trennung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern. Wiederum, Bayern dankt und Baden-Württemberg lässt grüßen, denn dann gilt: Wer mehr hat, kann mehr bieten, bei der Beamtenbesoldung und -versorgung, bei der regionalen Arbeitsmarktpolitik, bei den Hochschulen, beim BAföG oder bei der beruflichen Bildung. Wie sollen wir da mithalten? Dann bluten wir völlig aus. Deshalb sind wir uns mit anderen finanz- und wirtschaftsschwachen Ländern darin einig, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessenlagen der Länder abgestufte Möglichkeiten der Kompetenzwahrnehmung erforderlich machen. Eine Stärkung der Länderkompetenzen um jeden Preis ist mit uns nicht zu machen. Gerade Mecklenburg-Vorpommern muss sehr genau abwägen zwischen einer wünschenswerten Stärkung der Kompetenzen und der Finanzierbarkeit zusätzlicher Aufgaben. Hier haben die Länder naturgemäß unterschiedliche Spielräume. Deshalb sehen wir in der Einräumung von Zugriffsrechten für die Länder einen Weg des Kompromisses, um zu politischen Lösungen zu kommen.

Diese differenzierte Herangehensweise an die Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen ist inzwischen

auch Konsens unter den Ländern. Auf diesem Weg behält der Bund das Recht zur Gesetzgebung, was ein Mindestmaß an Bundeseinheitlichkeit in wichtigen Gesetzgebungsbereichen sichert, und die Länder können ihrerseits ganz oder teilweise eigene Wege erproben und das nützt auch uns.

Sie fordern die Entflechtung der Mischfinanzierung und Gemeinschaftsaufgaben. Bayern dankt und Baden-Württemberg lässt grüßen! Aber Mecklenburg-Vorpommern kann dabei nur verlieren. Ist Ihnen nicht klar, dass das bestehende System der Bund-Länder-Mischfinanzierung ein wichtiger und wesentlicher Bestandteil des Aufbaus Ost ist, dass damit verlässliche Voraussetzungen für das Schließen der Infrastrukturlücke zwischen Ost und West und für die Angleichung bis 2020 geschaffen wurden?! Wollen Sie, dass die mühsam und mit großem Erfolg für Mecklenburg-Vorpommern geschnürten Pakete im Länderfinanzausgleich und im Solidarpakt II wieder aufgemacht werden? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Der Versuch der süddeutschen Länder, durch die Klage beim Bundesverfassungsgericht den ärmeren Ländern und damit auch uns in die Kasse zu greifen, konnte abgewehrt werden – Gott sei Dank, kann ich nur sagen. Ich hoffe sehr, dass solche Zeiten nicht wiederkommen.

Der Bund-Länder-Finanzausgleich und der Solidarpakt stehen in der Bundesstaatskommission bisher nicht zur Debatte. Die Erfolge, die wir in den Verhandlungen 2001 errungen haben, dürfen nicht gefährdet werden, indem Sie in diesen Punkten die Diskussion neu aufmachen. Die Verhandlungsergebnisse, die wir 2001 erreicht haben, müssen wir sichern, denn uns allen ist klar, so gut würden wir nie wieder wegkommen.

Wenn die Diskussion über eine Rückführung der GAMittel nicht zu vermeiden ist und wir uns dem Druck der Mehrheit nicht entziehen können, dann muss eine dauerhafte und dynamische Kompensation der Gemeinschaftsaufgaben und der gegenwärtigen Finanzhilfen und die Sicherung der überproportionalen Mittel des Solidarpakts II, Korb II, auf jeden Fall gewährleistet sein. Wir konnten erreichen, dass über diese Voraussetzung Konsens unter den Ländern besteht. Ein entsprechendes Kompensationsmodell wird gesucht. Nur unter solchen Ausgangsbedingungen können wir darüber reden.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, fordern die Öffnung der Steuergesetzgebung. Bayern dankt, Baden-Württemberg lässt grüßen! Aber was stellen Sie sich vor, welche Gestaltungsspielräume Mecklenburg-Vorpommern dabei gewinnen soll? Ein fairer Wettbewerb erfordert gleichartige wirtschaftliche Ausgangsbedingungen. Bei Schwankungen der Steuerdeckungsquote von 37 bis 73 Prozent, so, wie wir sie derzeit haben, ist ein fairer Wettbewerb über Steuereinnahmen nicht möglich.

(Beifall Heinz Müller, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Deshalb verzichten die Länder, selbst Bayern, auf Zu- und Abschlagsrechte bei den Ertragssteuern ebenso wie auf die Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz für die Steuern, deren Ertrag den Ländern zusteht. Die Diskussion ist vom Tisch und das ist gut für Mecklenburg-Vorpommern.

All das zeigt, diesen Antrag der CDU-Fraktion, so, wie er hier vorliegt, können wir auf keinen Fall mittragen. Dieser Antrag schadet dem Land. Wir sind für die Moderni-

sierung des Föderalismus, aber im Gegensatz zur Opposition ist unsere erste Frage: Was tut Mecklenburg-Vorpommern gut? Und deshalb gilt für uns, die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, Mecklenburg-Vorpommern zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Herr Schlotmann von der Fraktion der SPD.

(Minister Dr. Till Backhaus: Volker, sag mal, dass es noch keinen Beschluss gibt!)

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einige Vorbemerkungen: Ich hatte tatsächlich mal wieder die falsche Hoffnung, Herr Rehberg, dass es völlig ohne Polemik abgeht, sondern Ihre Rede und Ihre Einbringung wirklich nur der Sache dienen.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich rede doch mit Herrn Rehberg, Sie müssen nicht immer dazwischentottern.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Rehberg hat an einer Stelle Recht. Herr Rehberg hat an einer Stelle Recht, nicht Sie, Frau Fiedler.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie hat auch Recht.)

Herr Rehberg hat gesagt, das ist ein trockenes Thema. Und das ist wahrhaftig so,

(Minister Dr. Till Backhaus:
Ist aber zu spät gekommen.)

aber mit einem spannenden Hintergrund, mit einer Dimension.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Das zeigt mir die Präsenz aller Fraktionen, aller drei Fraktionen zu diesem Thema. Diese Dimension, die dahinter steckt, ist so eigentlich gar nicht klar, bei den meisten jedenfalls. Dieses Eindrucks kann ich mich einfach nicht erwehren und ich denke, daran müssen wir alle arbeiten, denn es geht hier, auch da haben Sie Recht gehabt, um die Frage der Macht.

(Michael Ankermann, CDU: Ja.)

Welche Macht haben eigentlich noch Landtage in der Gesetzgebung, in der Politik dieser Bundesrepublik? Und das sollte, denke ich, jeden einzelnen Abgeordneten an irgendeiner Stelle wenigstens beschäftigen. Es geht auch um die Grundbedingungen, unter denen wir gemeinsam, denke und hoffe ich, versuchen und uns einsetzen wollen, um dieses Land als eigenständiges Land zu erhalten. Also auch da ist, denke ich, genügend Motivation vorhanden, um sich einzubringen.

Sie werden auch feststellen, Herr Rehberg, wir haben eine Föderalismuskommission auf Bundesebene, die aus einem Konvent resultiert, der in Lübeck – ich glaube, das ist jetzt etwas über ein Jahr her – von den Parlamenten organisiert worden ist. Dieser Konvent führte dazu, dass es Absprachen gab, was die Beteiligung der Parlamente

anbelangt und ihre Einbringungsmöglichkeiten in diese Föderalismusdebatte auf Bundesebene, das heißt, es sind also nicht nur die Ministerpräsidenten der Länder involviert, wie Sie es hier dargestellt haben, sondern, das gehört zu der Ehrlichkeit dazu, es gehören dazu die Landtagsfraktionen aus allen Bundesländern, ob SPD oder CDU. Alle diese bringen sich in einer Nebenarbeitsgruppe ein. Ich erwähne das, damit Sie nachher nicht wieder sagen, ich hätte das nicht hundertprozentig genau gesagt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, das ist aber schon entscheidend.)

Das ist sicherlich mit entscheidend. Das Gleiche gilt auch für die Landtagspräsidenten fast aller Bundesländer. Ich schätze zum Beispiel auch die Arbeit Ihres Parteifreundes Spotke aus Sachsen-Anhalt, der sich da einbringt, mit dem wir auch in vielen Punkten deckungsgleiche Auffassungen haben.

Und das wäre die letzte Vorbemerkung von mir: Wer aufmerksam zuhört bei allen Reden zu diesem Thema, wird feststellen, dass eine sehr große Schnittmenge von dem, was CDU, PDS, SPD und Regierung hier vortragen, gleich ist, dass eigentlich zu diesem Thema die Schnittmengen da am größten sind, wo wir gemeinsame Auffassungen vertreten. Die Frage ist, wie man es dann überbringt auf der einen Seite, und die andere Frage ist natürlich, welche Schlüsse man daraus zieht. Und deswegen habe ich mir überlegt, ob ich einen Teil meiner Passagen herausstreiche, die hier schon angesprochen worden sind. Ich denke, das darf man nicht tun, auch wenn es Zeit bringen würde. Das darf man einfach nicht tun,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Doch, doch! Dürfen wir wollen.)

weil, so denke ich, es schon wichtig ist und auch Signalwirkung hat, dass es da, wo man gemeinsame Auffassungen hat, auch zum Ausdruck gebracht wird, lieber Kollege Riemann.

Meine Damen und Herren, die Strukturen des deutschen Föderalismus sind geprägt durch eine funktionale Aufgabenteilung. Dabei werden die öffentlichen Aufgaben überwiegend durch die Gesetzgebung des Bundes festgelegt, während die Länder sie in der Regel ausführen und größtenteils auch finanzieren. Auch haben die Länder kaum Einfluss auf die Höhe ihrer Einnahmen, da die Steuergesetzgebung aus guten Gründen nahezu ausschließlich in der Zuständigkeit des Bundes liegt. Überdies bestehen auf zahlreichen Gebieten einheitliche, zwischen Bund und Ländern abgestimmte Standards für öffentliche Leistungen, die ebenfalls Ausdruck des politischen Strebens nach einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik sind.

Meine Damen und Herren, das föderative System in Deutschland hat sich nach unserer Auffassung grundsätzlich bewährt. Ich glaube und hoffe, ein zentralistisches System zieht hier hoffentlich niemand in Erwägung. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte ist es aber zu einer Auslöschung der Kompetenzen und der Gestaltungsmöglichkeiten der Länder, insbesondere der Landesparlamente, gekommen. Anlass zur Sorge bietet hier der Kompetenzzuwachs des Bundes in fast allen Politikbereichen. Die bundesrechtlichen Regelungen im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung werden immer zahlreicher und im Bereich der Rahmengesetzgebung immer detaillierter. Die eigentlich im Grundgesetz vorgesehene Balance zwi-

schen Gesetzgebungsbefugnissen hat sich im Ergebnis zu Lasten der Länder verschoben.

Mit der in der Vergangenheit stattgefundenen Veränderung der Verantwortlichkeit und den Entscheidungskompetenzen zwischen den Ländern und dem Bund, aber auch zwischen dem Bund und der EU, ist eine Kompetenzvermischung einhergegangen. Diese Vermischung – und hier gebe ich wieder ausdrücklich Herrn Rehberg Recht, aber auch Frau Keler hat dies angedeutet – lässt die Entscheidungsprozesse, und das nicht nur für den Normalbürger, zunehmend undurchsichtig werden. Aus dieser Situation heraus sind Tauschgeschäfte und Verhandlungen zwischen den Akteuren die Regel geworden. Dies empfinden die Bürgerinnen und Bürger als undurchsichtig. Die Leute fragen sich, wer eigentlich für Entscheidungen überhaupt verantwortlich ist und wer verantwortlich ist, wenn es in bestimmten Bereichen einfach nicht mehr vorangeht. Dem Bürger ist einfach nicht mehr klar, welche Teile eines Gesetzes, das verabschiedet wurde, wem noch zuzuschreiben ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Man durchschaut nicht, warum bestimmte Reformen sozusagen halbiert aus dem Vermittlungsausschuss herauskommen und warum die Bundestagsmehrheit, die einen demokratischen Gestaltungsauftrag erhalten hat, an bestimmten Punkten durch den Bundesrat gehindert ist, ihr Vorhaben umzusetzen. Das gilt nicht nur punktuell für die akute Situation, sondern auch für die Vergangenheit.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der hat auch einen demokratischen Rahmen.)

So ist es.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Die Verbesserung der Problemlösungsfähigkeit darf aber nicht einem entfesselten Standortwettbewerb geopfert werden. Ein Wildwestföderalismus würde auch zur Ausweitung staatlichen Handelns führen. Er würde aber andererseits auch zu einem Verzicht auf Einnahmen führen, was einer nachhaltigen Infrastrukturpolitik schadet, und eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Das, meine Damen und Herren, kann und darf nicht die Lösung sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, Bundestag und Bundesrat haben im Oktober 2003 beschlossen, eine Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung einzusetzen. Diese Kommission erarbeitet Vorschläge zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung in der Bundesrepublik mit dem Ziel, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu verbessern, die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher zuzuordnen sowie die Zweckmäßigkeit und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu steigern.

Trotzdem halten wir Ihren Antrag, meine Damen und Herren und Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, für nicht geeignet, einen entsprechenden Willen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zum Ausdruck zu bringen. Mit dem vorliegenden Antrag soll die Landesregierung unter anderem aufgefordert werden, sowohl in der gemeinsamen Kommission von Bundesrat und Bundestag als auch in der Ministerpräsidentenkonferenz folgende Schwerpunkte durch- und umzusetzen:

- grundsätzliche Rückführung der Gesetzgebungskompetenzen in die Zuständigkeit der Länder zur Stärkung des Wettbewerbsföderalismus
- Neuordnung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzverfassung, um den Ländern verstärkt Gestaltungsspielräume zu eröffnen

Bei der Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen und Mitwirkungsrechte geht es in der gemeinsamen Kommission um die Zielstellung einer Revitalisierung der Landtage. Mit dieser Begrifflichkeit, gebe ich offen zu, habe ich persönlich ein Problem. Das hätte man sich vielleicht auch ein bisschen anders ausdenken können.

(Heinz Müller, SPD: Tot sind wir ja nicht.)

So ähnlich.

Es geht auch darum, die Politikentflechtung und klare politische Verantwortlichkeiten und Transparenz, resultierend aus möglichst eindeutiger Zuordnung der Kompetenzen, herbeizuführen. Es geht um eine angemessene Kompensation für die Länder im Zuge der Abgabe von Mitwirkungsrechten im Bundesrat. Es geht um die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit Deutschlands in Europa und der Europatauglichkeit des Grundgesetzes. Dabei wird von der Prämisse ausgegangen, dass das im Grundgesetz angelegte Kompetenzsystem grundsätzlich beibehalten werden soll.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern kann es bei einer Neuordnung von Kompetenzen nicht darum gehen, angesichts der ungleichartigen Startbedingungen unter den Ländern mehr Wettbewerbsföderalismus in dem Sinne zu unterstützen, dass strukturelle und finanzielle Ungleichgewichte festgeschrieben werden oder weiter anwachsen. Im Übrigen ist auch in jedem Fall eine Abwägung zwischen einer Stärkung der Ländergesetzgebungskompetenzen einerseits und der Finanzierbarkeit zusätzlicher Aufgaben andererseits zu treffen. Ebenso gilt es zu überlegen, dass mit der Regionalisierung von Gesetzgebungskompetenzen immer auch für den entsprechen Politikbereich gesamtstaatliche Verantwortung bis hin zur entsprechenden finanziellen Förderung zurückgedrängt oder aufgegeben wird.

In keinem Fall, meine Damen und Herren, kann die bedingungslose und pauschale Streichung von Gemeinschaftsaufgaben beziehungsweise Mischfinanzierungen von uns mitgetragen werden. Die Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben setzt voraus, dass der Bund die derzeit eingesetzten Mittel den Ländern vollständig und auf Dauer als freie Mittel zur Verfügung stellt. Bei der Sicherung der Bundesmittel für die Ländergesamtheit ist darüber hinaus auf eine Dynamisierung des Ausgleichs zu achten. Die überproportionalen Zahlungen an die ostdeutschen Länder zur Überwindung des teilungsbedingten Infrastrukturrückstandes und zur Wirtschaftsförderung sind gemäß des verabredeten und vereinbarten Solidarpakts II weiterzuführen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, insbesondere von der CDU, der von Ihnen propagierte Wettbewerbsföderalismus, mit dem Sie Ihren Antrag betitelt haben, bietet keinen Ansatz für eine Reform des föderalen Systems. So erscheint die Erwartung, dass Konkurrenz unter den Ländern verfestigte Strukturen aufbrechen und deren Leistungsfähigkeit dann steigern könne, nur vordergründig plausibel. In Ihrer

Antragsbegründung formulieren Sie unter anderem: „Das verkrustete System des kooperativen Föderalismus hemmt Innovationen im öffentlichen und privaten Bereich. Nur wenn es gelingt, die verschiedenen Formen von Mischverantwortungen, Gemeinschaftsaufgaben und finanziellen Verflechtungen aufzulösen, erhalten alle Ebenen wieder eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten. Die Länder verfügen derzeit nicht über das Kompetenzspektrum, um die entscheidenden Politikfelder zu gestalten und sich auf diesen Gebieten einen effizienten Wettstreit zu liefern. Nur ein echter und fairer Standortwettbewerb vermag den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu genügen.“ So weit, so gut.

Das scheint auch auf den ersten Blick nachvollziehbar. Sie verkennen dabei aber völlig, was dies im Endeffekt für Konsequenzen für Mecklenburg-Vorpommern mit sich bringt. Gerade die Konsequenzen und Folgen für Mecklenburg-Vorpommern blenden Sie dabei einfach aus. Ich sage Ihnen, als problematisch sehe ich die grundsätzliche Orientierung weg vom kooperativen Föderalismus hin zu einem Wettbewerbsföderalismus oder gar einem konkurrierenden Föderalismus. Vor einer solchen Entwicklung kann ich hier nur eindringlich warnen. Man muss sich selbst klar vor Augen führen, was dies in seiner Konsequenz bedeutet. Kein verantwortungsvoller Politiker in diesem Hause kann doch ernsthaft der Auffassung sein, dass Länder wie Wirtschaftsunternehmen miteinander in den Wettbewerb treten. Länder sind nun einmal keine Unternehmen, sondern sie besitzen, wie Sie in Ihrem Antrag zutreffend ausführen, Staatsqualität. Länder sind als Staaten nicht zuletzt dadurch charakterisiert, dass sie öffentliche Güter bereitstellen, was Unternehmen verständlicherweise eben nicht tun. Staaten können mit Unternehmen demnach nur sehr bedingt verglichen werden, um es einmal ganz vorsichtig zu formulieren.

Meine Damen und Herren, wenn Sie von der CDU behaupten, nur durch einen Wettbewerbsföderalismus, einen Standortwettbewerb würde den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft begegnet werden können, dann entziehen Sie vielen deutschen Ländern und auch Mecklenburg-Vorpommern die Mittel und Möglichkeiten, den Aufholprozess weiter voranzubringen. Ich sage Ihnen, das hat auch Herr Stoiber zumindest eingeschränkt erkannt. Es gibt da keinen Beschluss, die Frau Finanzministerin hat ja schon darauf hingewiesen. Herr Stoiber hat deutlich erklärt, auf eine Neuordnung der Steuerhoheit zu verzichten. Der Bund wird auch damit zukünftig allein für die Erhebung von Steuern zuständig sein. Dies hat er damit begründet, dass ein fairer Wettbewerb über Steuereinnahmen zum Beispiel zwischen den Bundesländern nicht möglich sei.

Ich biete Ihnen Folgendes an, Herr Rehberg und Frau Gramkow: Ich biete Ihnen an, und ich beziehe ausdrücklich die Landtagspräsidentin mit ein, wir sollten vielleicht eine Runde drehen der drei Fraktionsvorsitzenden mit der Präsidentin, in der wir uns einmal über ein Verfahren, wie gehen wir als Landtag – über Partei- und sonstige Grenzen hinweg – mit dem Thema Föderalismus um, verständigen. Das biete ich an. Ein solches Gespräch sollte stattfinden. Wir sollten uns über interne Strukturen einmal verständigen. Ich weiß aus gut unterrichteter Quelle, aus CDU-Fraktionen anderer Parlamente, dass diese Bestrebungen auch in anderen Bundesländern im Gange sind, und ich denke, es stünde uns gut zu Gesicht, wenn wir da mal ein bisschen die Ideologie zur Seite schieben und sagen, okay, es geht jetzt hier um die Frage des Landta-

ges und des Föderalismus. Und trotz der Polemik, vielleicht können Sie sich die ja in Ihrem zweiten Beitrag verkneifen, ich glaube, das wäre der richtige Weg für dieses Parlament, mit diesem schwierigen Problem für die Zukunft umzugehen. – Besten Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Dr. Martina Bunge, PDS, und
Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schlotmann.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende Frau Gramkow von der Fraktion der PDS.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Rehberg, ich würde Ihnen empfehlen, wenn Sie Informationsdefizite haben zum Diskussionsprozess zur Position der Landesregierung, machen Sie es doch wie die PDS-Landtagsfraktion und laden sich den Chef der Staatskanzlei ein und diskutieren zwei Stunden mit ihm über diese Positionen, auch über Interna. Es ist ein sehr wirkungsvolles Gespräch gewesen, weil es schwierige Diskussionen sind. Nach meinem Kenntnisstand hat ein entsprechender Antrag vom Rechtsausschuss Ihrer Fraktion nicht stattgefunden und konnte somit auch nicht abgelehnt werden. Ich denke, neben markigen und populistischen Sprüchen findet man lediglich Wiederholungen von längst Beschlossenem und eine stattliche Anzahl von Plattitüden in Ihrem Antrag.

Wir haben erhebliche Zweifel daran, ob die von der CDU verbreitete Eingangsparole, die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, in die aktuelle politische Landschaft tatsächlich passt. In der Föderalismusdebatte liegt gegenwärtig auch eine Gefahr für Politik und Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht als kleines armes Land unter die Räder kommen, schon gar nicht unter bayerische. Ob Leitbilder, wie Sie sie als CDU malen möchten, dabei helfen, das möchte ich bestreiten. Sie, Herr Rehberg, haben auf den entsprechenden Landtagsbeschluss und die Lübecker Erklärung vom 31. März 2003 abgehoben. Ich frage Sie also: Warum dann noch einmal dasselbe beschließen?

Wenn Sie das, was Sie aufgeschrieben haben, für sich, meine Damen und Herren der CDU, als Leitbild betrachten wollen, sei es Ihnen unbenommen. Für die PDS ist jedoch das Leitbild das solidarische kooperative Föderalismusprinzip, wie es im Grundgesetz steht und wozu sich auch unser Land in der Landesverfassung bekannt hat. Leider ist dies genau das Gegenteil dessen, was die CDU ihr Leitbild nennt. Sie will den Wettbewerbsföderalismus. Wir, meine Damen und Herren, wollen ihn nicht.

(Volker Schlotmann, SPD:
So ist es. Wir auch nicht.)

Von Wettbewerbsföderalismus ist im Grundgesetz selbstverständlich nirgendwo die Rede. Und auch in der von Ihnen, Herr Rehberg, zitierten Beschlussfassung steht nichts über Wettbewerbsföderalismus. Es heißt in Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes schlicht und ergreifend, und ich denke, das ist doch entscheidend, ich zitiere: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

(Michael Ankeremann, CDU:
Das soll auch so bleiben.)

Und in Artikel 28 Absatz 1 ist damit deckungsgleich das Leitbild des Föderalismus weiter ausgeformt, indem der republikanische, demokratische und soziale Rechtsstaat kraft Verfassung verordnet wird. Und dann haben wir ja auch noch die praktische Ausgestaltung des Föderalismus und noch eine weitere, wie ich finde, entscheidende Festlegung des Grundgesetzes, und zwar gleich an drei Stellen, nämlich in Artikel 72 Absatz 2, Artikel 91 a Absatz 1 und Artikel 106 Absatz 3. Diese Feststellung geht von den anzustrebenden Gleichwertigkeiten beziehungsweise der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse aus. Wollen Sie dieses in Frage stellen, meine Damen und Herren der CDU? Wenn ich dazu Ihre in dem Antrag aufgeschriebene These des Leitbildes nehme, meine Damen und Herren von der CDU, kann ich nur sagen, das ist eine deutliche Abkehr vom grundgesetzlichen Leitbild des Föderalismus.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Selbstverständlich gibt es Wettbewerb und soll es ihn im Föderalismus weiterhin geben. Aber es gibt ihn doch im Sinne eines Lernsystems, in dem Alternativen ausprobiert werden sollen, in dem die Ergebnisse eines Landes an dem eines anderen Landes geprüft werden. Insoweit lebt selbstverständlich der Föderalismus von Wettbewerb. Und es ist ja auch eine reine Binsenweisheit, dass im System des real existierenden Föderalismus der Bundesrepublik Deutschland Wettbewerb gegenwärtig heftiger stattfindet als je zuvor.

Auch wir sind selbstverständlich für Wettbewerb, aber im Sinne von Vielfalt im Föderalismus, von Mannigfaltigkeit im Sinne eigenständiger schöpferischer Gestaltung und der pluralistischen demokratischen Politikfindung in den Ländern auf der Basis von Chancengleichheit. Und nichts anderes steht letzten Endes auch in der einschlägigen viel zitierten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Länderfinanzausgleich, die oftmals als Beleg für einen Paradigmenwechsel im Föderalismus herhalten muss, die dies aber eigentlich gar nicht stützt.

Was also die Erwünschtheit auch von Ländervielfalt betrifft, rennt Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, offene Türen ein. Nur sind wir, wenn von Wettbewerb die Rede ist, nicht für zügellose Konkurrenz. Wir sind schon gar nicht für die Aufgabe des Solidargrundsatzes oder dafür, dass es im Ergebnis eines derartigen Wettbewerbes auf Dauer besonders im Osten der Republik arme Länder und im Westen und Süden reiche Länder geben wird.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Und da finde ich es schon bemerkenswert, dass die Landes-CDU in Mecklenburg-Vorpommern uns als Medizin heute gerade das anbietet, was Herr Stoiber, Herr Teufel, Herr Koch zusammengebraut haben. Die Solidargemeinschaft der Länder soll der Allmacht divergierender Interessen natürlich bei einer Dominanz der reichen Länder weichen. Dieses Leitbild kann und wird Mecklenburg-Vorpommern in den gegenwärtigen Diskussionsgremien nicht vertreten. Die Finanzministerin hat das deutlich erklärt. Obwohl es Mecklenburg-Vorpommern im Augenblick auf manchen Gebieten nicht gut geht, wie jeder weiß, sind wir doch nicht zum Selbstmord verpflichtet.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Dann will ich gleich noch ein paar Bemerkungen im CDU-Antrag aufgreifen und benennen, deren Beschluss-

fassung ganz einfach albern wäre. Ich meine die Punkte 3, 4 und 5. Die herzhaften Aufforderungen, die Regierung solle dafür sorgen, dass die Reform nicht einseitig zugunsten des Bundes und der Landesregierung vorgenommen wird, und sie solle dafür eintreten, dass die Reformdiskussion im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes konsequent geführt und schnellstmöglich zum Abschluss gebracht wird, sind in den Formulierungen und nicht nur in den Formulierungen Selbstverständlichkeiten. Leider wird man aus der Begründung des Antrages auch nicht schlauer, was das konkret heißen soll, denn dort stehen nochmals die Allgemeinplätze.

Wenn man sich nun die Ziffer 2 anschaut, werden dort Gegenstände benannt, die in der Diskussion auf der Ministerpräsidentenebene und in der so genannten Kombo, das heißt in der gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, gegenwärtig behandelt werden.

Ich gestatte mir einen Einschub. Natürlich nehme ich das Gesprächsangebot gerne an. Ich hätte mir allerdings auch gewünscht, dass bei der Zusammensetzung der Kommission nicht parteiübergreifend Vertreter der PDS in den Landtagen ausgegliedert worden wären. Es wäre spannend gewesen, wenn wir hätten beteiligt sein können. Innerhalb dieser Diskussion in der Kommission dürfen wir aber nicht vergessen, dass Mecklenburg-Vorpommern lediglich ein Land von insgesamt 16 Ländern ist, und das heißt, dass wir gemeinsam darum streiten und uns bemühen müssen, bei den anderen 15 für unsere Interessenlage Verständnis zu finden.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Und dass dort ein Kompromiss nur auf einem kleinen gemeinsamen Nenner gefunden werden dürfte, das sollte doch auch den Kolleginnen und Kollegen der CDU klar sein. Es wäre schön, wenn es nicht der allerkleinste gemeinsame Nenner sein sollte, denn dass eine Entflechtung der Gesetzgebungskompetenzen sowie deren neue Schichtung ebenso wie die Aufgabenverteilung und Finanzbeziehungen nötig sind, ist doch seit langer Zeit klar. Derartige Bekenntnisse und Formeln füllen inzwischen ganze Bibliotheken. Ich sage: Wozu dann noch ein Landtagsbeschluss?

Dass die Gesetzgebungskompetenzen, wie Sie meinen, meine Damen und Herren, auf den Regelfall des Grundgesetzes, auf die Kompetenzen der Länder zurückgeführt werden sollten, ist eine schöne, aber wohl kaum in Ansätzen zu realisierende Vorstellung. Angesichts der Globalisierungstendenzen und der Notwendigkeit von unitären Regelungen sind dem erhebliche Grenzen gesetzt. Ein ausschließlicher Gesetzgebungskatalog für die Länder dürfte beispielsweise nicht zu machen sein. Und es kommt hinzu, dass ganze Politikbereiche aus den Ländern in die Europäische Union abfließen und die EU gleichermaßen direkt in die Politik von Bund und Ländern eingreift, und zwar gänzlich ohne Berücksichtigung der innerstaatlichen Kompetenzordnung und ihrer Verteilung. Und das alles, meine Damen und Herren, kann und will doch auch keiner zurückdrehen.

Selbstverständlich müssen dennoch mehr Kompetenzen und Aufgaben an die Länder zurückgegeben werden, so, wie vielleicht doch Finanzierungsquellen für die Länder – und ich sage ausdrücklich die Kommunen – erschlossen werden. Dass es beispielsweise Länderzugriffsrechte auf Bundeskompetenzen geben wird und den

Ländern auch eigene Kompetenzen aus der Bundesebene zufließen, dieser Kompromiss ist wohl in Sichtweite. Dass ferner ein Geschäft dahin gehend zustande kommt, dass der Bund sich aus den Verwaltungshoheiten der Länder zurücknimmt, wobei sich die Länder gleichzeitig darauf einlassen, den Kreis der zustimmungspflichtigen Bundesgesetze einzuengen, wird ebenso wahrscheinlich sein. Aber eine Reform des Föderalismus, wie sie beispielsweise der Staatsrechtler Herbert von Arnim und andere immer wieder verlangen, eine große Reform, wird nicht stattfinden. Die gegenwärtig verhandelnden Gremien sind keine entsprechenden Veranstaltungen für Reformgroßvorhaben.

Die Stärkung der Rechte der Landtage sowie der Kommunen ist ausdrücklich – und ich sage hier im Namen der PDS-Fraktion, leider – nicht Gegenstand der Verhandlungen. Es wird eben nichts weiter gesagt zu den Kommunen im föderalen System, die schon jetzt die Leidtragenden vom real existierenden Wettbewerbsföderalismus sind, indem nämlich Bund und manche Länder frisch und frei Aufgaben an die Kommunen delegieren und ihnen die Kosten auferlegen.

(Ministerin Sigrid Keler: Wollen.)

Nur, der von uns verabschiedete Landtagsbeschluss hatte diese Probleme der kommunalen Verantwortung im föderalen System wenigstens benannt.

Alles in allem, meine Damen und Herren, der Antrag der CDU ist keine helfende Medizin. Er ist falsch. Auf der Tagesordnung steht nicht der Wettbewerbsföderalismus, sondern weiterhin die Ausgestaltung des solidarischen und kooperativen Föderalismus der Länder. Dies ist der Wille der Mehrheit dieses Hauses im Interesse unseres Landes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ankermann von der Fraktion der CDU.

Michael Ankermann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Gramkow, da Sie zuletzt gesprochen haben, möchte ich auch, bevor ich zu dem vorbereiteten Teil komme, zunächst auf einiges, nicht auf alles, was Sie gesagt haben, eingehen. Wenn Sie hier Herbert von Arnim zitieren, dann ist das sehr gefährlich, meine ich, denn wenn Sie diesem Staatsrechtler folgen wollen in letzter Konsequenz, dann gehen Sie sehr bald nach Hause. Dann werden Sie und wir alle hier im Landtag überflüssig und können alle unsere Taschen packen und nach Hause gehen, denn nichts anderes ist die Postulation dieses Hochschulrechtlers.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will gar nicht polemisch werden. Ich habe hier nur mitgeschrieben, dass Sie den Antrag der CDU-Fraktion als Parole bezeichnen. Na gut, das nehme ich einfach mal so als Ihren Wortschatz hin. Das ist dann wohl so. Im Verlaufe Ihrer Rede war ich ganz erleichtert, als ich dann festgestellt habe, dass Sie doch nicht jeden einzelnen Artikel des Grundgesetzes zitieren, den die CDU mit diesem Antrag nicht ändern möchte. Vielen Dank dafür.

Herr Schlotmann hat davor geredet und ausgeführt, dass ja schon Herr Stoiber in Bezug auf die Steuerregelungen einiges gesagt hat. Damit haben Sie ja selbst eingeräumt, dass dieses nicht unbedingt das Thema dieses Antrages ist, den die CDU-Fraktion hier gestellt hat.

Zu Ihrem Angebot, Herr Schlotmann, ich gehe davon aus, dass der Fraktionsvorsitzende dazu noch Stellung nehmen wird. Wenn der Saal voller Zuschauer gewesen wäre, hätte ich es als populistisch bezeichnet, denn es hätte ja eher kommen können.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie müssen öfter mit Ihrem Vorsitzenden reden.)

Da der Saal leer ist, weiß ich nicht, was Sie damit erreichen wollen. Es ist ein bisschen spät. Es ist ja nett gemeint möglicherweise,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

aber es ist auch etwas merkwürdig.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD:
Herr Ankermann, Sie wissen doch nicht alles.
Sie müssen öfter mit Ihrem Vorsitzenden reden.)

Herr Schlotmann, ich gehe jetzt einfach über zu dem Teil, der etwas weniger auf das, was von Ihnen gesagt worden ist, was von meinen Vorrednern gesagt worden ist, eingeht.

Ich habe auch die „Bild“-Zeitung gelesen, Herr Kollege Rehberg, und da stand am 10. Februar 2003 unter der Schlagzeile „Altkanzler Schmidt spottet über Landespolitiker“ Folgendes:

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

„Ihre Minister und Abgeordneten bilden sich ein, sie seien Politiker. In Wirklichkeit sind sie Verwalter. Die entscheidenden Gesetze werden im Bund gemacht.“

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Das ist doch etwas, was uns alle angehen sollte in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist noch etwas, womit wir uns alle beschäftigen sollten. Das ist natürlich ein trockenes Thema, völlig klar.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch gar nicht drin. – Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

Deswegen sind auch hier die Stuhlreihen so leer und deswegen fällt es denjenigen, die hier sitzen, so schwer, dieser Debatte zu folgen. Das ist ja völlig verständlich.

(Heinz Müller, SPD: Na, na! –
Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD:
Er macht hier einen auf den
seriösen Netten und dann so was!)

Föderalismusdiskussion ist nichts Neues. Föderalismusdiskussion beschäftigt uns nun schon einige Jahre. Worum geht es denn beim vorliegenden Antrag? Es geht im Grunde um einen Wandel von 55 Jahren. Der 23. Mai, der Tag der Verkündung des Grundgesetzes steht kurz bevor. Es geht darum, dass der Grundgesetzgeber vor dieser Zeit etwas anderes gewollt hat, als es sich dann im Laufe der Jahre letztlich entwickelt hat. Die Länder, das ist der Grundgedanke des Grundgesetzes, haben das erste Gesetzgebungsrecht. Dann folgt der Bund, die Länder

haben Staatsqualität und innerhalb dieser Staatsqualität haben sie auch einen Gestaltungsföderalismus inne. Demgegenüber tritt die Bundesgesetzgebungskompetenz in den wesentlichen Bereichen quasi zurück. Auch so war es der Wille des Gesetzgebers. Er erreicht eine Subsidiarität gewissermaßen. Ausnahmen sind natürlich die Bereiche, die ausdrücklich dem Bund zugewiesen sind, das wissen wir alle, Außenpolitik, Verteidigungspolitik und so weiter.

Natürlich war es gewollt – auch dieses darf man dabei nicht verschweigen –, dass ein starker Bund geschaffen wird, dass einheitliche Lebensverhältnisse und gleichwertige Wirtschaftsverhältnisse herrschen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Der Föderalismus im Ganzen hat sich bewährt.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Und, Herr Schlotmann, niemand möchte aus dem Bundesstaat Bundesrepublik Deutschland einen Staatenbund machen. Manchmal hatte ich den Eindruck, dass Sie uns versuchen dieses einzureden. Aber das möchte niemand.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie haben immer ein schlechtes Gewissen, da Sie mir immer etwas unterstellen, was ich nicht gesagt habe.)

Aber die konkurrierende Gesetzgebung ist in den vergangenen Jahrzehnten so verändert worden, dass die Positionen der Länder im Gesetzgebungsbereich immer schlechter geworden sind. Zustimmungspflicht im Bundesrat führt dazu, dass ursprüngliche Gesetzgebungskraft einer Bundesregierung, eines Bundestages verwässert und aufgeweicht wird dadurch, dass Zustimmungsgesetze erlassen werden müssen und dass eine Zustimmung im Bundesrat erfolgen soll. So war das nicht gewollt. Der Bundesrat war eigentlich als Instrument dafür gedacht, dass Einfluss genommen wird zugunsten der Länder, dass die Länder ein Mitspracherecht haben und sie Einfluss auf Bundesgesetze nehmen können. Es war nicht dazu gedacht, Einfluss in der Art und Weise zu nehmen, dass Gesetze blockiert werden. Das hat sich im Laufe der Jahre so entwickelt und damit müssen wir heute leben. Das heißt aber nicht, dass wir es auf immer und ewig hinnehmen müssen, dass wir es immer und ewig schlucken müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

Natürlich kann man dieses auch ändern. Und gerade da setzt nicht nur die CDU-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern an, sondern da setzen im Grunde alle Landtage an und da setzt auch die Bundesrepublik Deutschland an mit dieser Diskussion.

Die Folge dieses Gesetzgebungsverfahrens, wie es sich in den letzten Jahren entwickelt hat, sind länger dauernde Gesetzgebungsverfahren und ein Zurückdrängen der Staatsqualität der Länder in ihrer Kernaufgabe, in der Kernaufgabe der ersten Gewalt, nämlich der Landtage, des Landtages in der Gesetzgebungskompetenz. Die erste Gewalt, der Landesgesetzgeber, und hier sind wir fast wieder bei von Arnim, wird nahezu überflüssig, wenn man diese Regelungen so beibehält und nicht ändert.

Wo stehen wir denn in der Föderalismusdiskussion? Bund und Länder, das hatte ich gerade ausgeführt, sind nahezu gelähmt in der Realisierung eigener selbstverantwortlicher und von den tragenden Parteien zu verantwortender Politik. Sie sehen das und Sie wissen das alle, wenn Sie an das Beispiel der Gesundheitspolitik denken, wenn Sie an die Regelungen denken, die dort im Bundesrat zum Gesetz geworden sind und die heute im Wesentlichen in der Öffentlichkeit der Regierungspolitik zugeschrieben werden, obwohl sie im Bundesrat natürlich auch durch Unionspolitik gestaltet worden sind. Die Folge dieses Verhaltens ist ein Minimalkonsens in der Politik und in der Gesetzgebung, niemals ein großer Wurf, wie er möglicherweise von der einen oder anderen tragenden Staatspartei gewollt ist, und ist möglicherweise ein Handel, ein Abkauf – auch das ist heute hier schon gesagt worden – des Vetorechtes. Das führt zu einer Aushöhlung der Gesetzgebungszuständigkeit der Länder. Aber die Politik hat, wie Sie wissen, reagiert, und zwar mit der Föderalismuskommission. Diese Kommission, die zusammengesetzt ist aus Bundestag und Landesregierung, bearbeitet dieses Feld, aber man muss natürlich dabei beachten, dass die Landtage, so, wie wir hier heute sitzen, daran nicht beteiligt sind.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Und ich kann nicht erkennen, auch nicht in irgendwelchen Staatsrechtslehrbüchern, wie es vorhin gesagt worden ist, dass es die erste und vornehmste Pflicht einer Landesregierung sei, sich für die Kompetenzen der ersten Gewalt, nämlich der gesetzgebenden Gewalt des Landtages, einzusetzen. Das gibt es nicht und das wird auch nicht so sein, dass eine Landesregierung, die in einer Kommission sitzt, sich zunächst einmal um die Kompetenzen des Landtages Sorgen macht.

Der Bundespräsident Rau hat beim Föderalismuskonvent und der Lübecker Erklärung am 31. März 2003 gesagt: „Die Landesparlamente sind die vom Volk gewählten obersten Organe politischer Willensbildung.“ Und darauf, meine Damen und Herren, kommt es doch an. Die Landtage, so, wie wir hier sitzen, sind diejenigen, die in dieser Diskussion gefragt sind. Und Sie sagen jetzt, Frau Gramkow, ach, was soll es denn, die Landesregierung tut es doch schon. Ihre Anträge, liebe CDU, sind doch alle überflüssig, weil die Landesregierung ihre Rechte, also die Rechte des Landtages, doch ohnehin schon wahrnimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS:
Das macht die Präsidentin.)

Das ist doch, ich sage mal, nicht wahr. Ich hätte fast ein anderes Wort benutzt, aber das ist doch nicht wahr, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Wollen Sie mich der Unwahrheit bezichtigen?!)

Ich denke, dass die Landesregierung zu Recht und völlig legitim ganz andere Interessen verfolgt, als ausgerechnet nun die Rechte des Landtages zu vertreten.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU:
Frau Präsidentin lächelt müde.)

Frau Präsidentin, ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Nein, die Präsidentin möchte mich eines Besseren belehren. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Martina Bunge, PDS)

Dieses hat nichts damit zu tun, das möchte ich gleich klarstellen, dass ich das dieser Landesregierung so ins Buch schreiben möchte, sondern das hat einfach mit dem Selbstverständnis zu tun und mit der Gewaltenteilung, dass man auf der einen Seite eine Landesregierung hat und auf der anderen Seite einen Landtag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese Dinge sind einfach zu trennen. Und wer sagt, der eine macht schon für den anderen, der hat das System offenbar nicht so richtig verstanden.

(Angelika Gramkow, PDS: Das steht aber leider nicht in Ihrem Antrag, was Sie da jetzt erzählen.)

Das bedeutet in der letzten Konsequenz – und da sind wir beim Antrag, Frau Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, wo denn?!)

dass der Landtag handeln muss und sich nicht darauf stützen darf, die anderen täten es ja schon.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Handeln bedeutet, der Landesregierung auch zu sagen, wie sie handeln soll und welche Ergebnisse der Landtag, nämlich wir in diesem Hohen Hause, gerne beispielsweise in der Kommission verhandelt und als Ergebnis sehen und erkennen möchte.

(Angelika Gramkow, PDS: Das haben wir doch schon beschlossen, und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Haben Sie das vergessen?!)

Es gibt Dinge in diesem Bereich, Frau Gramkow, ich möchte nicht immer wieder auf Sie eingehen müssen,

(Angelika Gramkow, PDS: Schade.)

aber es gibt Dinge in diesem Bereich, die haben wir nicht beschlossen. Nicht alles, was in diesem Antrag enthalten ist, ist tatsächlich schon von dem Landtag so ausführlich beschlossen und besprochen worden, wie es heute hier der Fall ist. Ein Beispiel ist der Konnexitätsgrundsatz, der stärker beachtet werden muss bei der Gesetzgebung, nämlich dass Regelungskompetenz und Finanzierungsverantwortung auf einer Ebene liegen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Dazu gibt es einen eindeutigen Landtagsbeschluss –
Konnexität im Grundgesetz.)

Das vermisste ich beispielsweise bei unserem letzten Antrag oder bei unserem letzten Beschluss.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Auch dieses ist kein Vorwurf, sondern einfach nur eine Weiterentwicklung der Politik insgesamt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann gibt es Europawahl. – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Die Beteiligung und die Beachtung der Gesetzgebungskompetenz der Länder, die entgegen einer Aushöh-

lung vorgenommen wird, stärkt nicht nur die Verantwortung innerhalb der Politik, sondern sie führt auch zu einer Stärkung der Demokratie und zu einer stärkeren Beteiligung der Bürger insgesamt. Deswegen ist der Landtag sehr wohl aufgefordert, Stellung zu nehmen in diesem Prozess, sich immer wieder vortragen zu lassen, wie der Fraktionsvorsitzende das auch schon ausgeführt hat, und sich selbst immer wieder einzumischen und sich nicht auf andere zu stützen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU,
und Dr. Henning von Storch, CDU)

Wenn ich an die Europapolitik denke, dann sollten wir als Landtag fordern, dass es dort eine Unterrichtspflicht der Landesregierung gibt.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Wir sollten darauf achten, dass die Stellungnahme des Landtages, die aufgrund dieser Berichtspflicht dann erfolgt, berücksichtigt wird, denn das ist natürlich keine Selbstverständlichkeit, auch dieses muss angesprochen werden. Sie wissen selbst, dass die europäische Gesetzgebung in Brüssel häufig über das Maß innerhalb der Rechtsetzung hinausgeht und man durchaus als Landtag an der einen oder anderen Stelle einhaken und Stellung nehmen kann. Nichts anderes beabsichtigt dieser Antrag in den von Ihnen etwas gelangweilt zur Kenntnis genommenen Punkten 3, 4 und 5.

Dass der Weg auch für einen Landtag natürlich schwierig ist in einer solch trockenen Materie und es mühsam ist, sich mit den Dingen zu beschäftigen und sich diese immer wieder auf den Tisch zu ziehen, das ist klar. Aber es ist auch klar, dass es immer schwieriger ist, einen Berg hinaufzugehen, als ihn wieder hinunterzugehen. Das ist keine neue Erkenntnis und hier komme ich zum Ende meines Vortrages. Diese Erkenntnis hatte auch schon Heinrich Heine, der irgendwann einmal mit seinen Eltern offensichtlich auf den Brocken im Harz gehen musste. Oben angekommen hatte er in das Gipfelbuch, oder wie auch immer man das bezeichnen möchte, hineingeschrieben: Aussicht keine, viele Steine, müde Beine, Heinrich Heine. – Vielen Dank.

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ankermann.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mir stellen sich folgende Fragen: Wie selbstbewusst sind wir eigentlich? Wer ist hier Legislative und wer ist hier Exekutive? Und wie oft beklagen wir uns, wie oft haben wir uns beklagt, dass wir als Landtage ohnmächtig daneben stehen und zuschauen müssen, wie im Bundesrat Entscheidungen gefällt werden. Mit welcher Ohnmacht müssen wir zuschauen, wie im Bundestag, im Bundesrat Entscheidungen gefällt werden, die wir dann in der Landespolitik vor Ort auslöfen müssen! Aber wir haben keinen Entscheidungseinfluss mehr. Ich würde mir wünschen –

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Herr Kollege Schlotmann, das ist sicher richtig –, dass es eine Nebenarbeitsgruppe der Fraktionen und der Land-

tage gibt, aber sie war nicht gewünscht von den Landesregierungen.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Es hatte schon enormen Drucks der Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten bedurft, Herrn Ahrens möchte ich noch stellvertretend nennen, oder auch der Fraktionsvorsitzendenkonferenzen, gerade von CDU/CSU und SPD, dass das überhaupt möglich geworden ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Das heißt, man wollte uns eigentlich gar nicht.

Und ich würde mir wünschen, meine sehr verehrten Damen und Herren – Kollege Ankermann hat das sehr grundsätzlich ausgeführt, das ist ja auch ein Prozess der Aushöhlung gewesen, ein Prozess, der über Jahrzehnte ging, in der problembehafteten Situation, in der wir gegenwärtig in Deutschland sind, ist es gut, dass das Thema Föderalismus auf die Agenda gekommen ist –, dass wir schlichtweg wegkommen vom Beteiligungsföderalismus wieder hin zum Gestaltungsföderalismus.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig, so ist es.)

Und dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört einmal die Möglichkeit des Gestaltens und zum Zweiten, Herr Kollege Schlotmann – Entschuldigung, das hat Frau Gramkow gesagt, nein, Sie haben es gesagt, Entschuldigung –, die Länder treten nicht in den Wettbewerb.

(Volker Schlotmann, SPD:
Die Koalition hat es gesagt.)

Wir sind im Wettbewerb auf vielen, vielen Gebieten. Wenn Sie sich nur den Bildungsbereich ansehen, die Länder sind im Wettbewerb

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

und die PISA-Studie hat das doch eindringlich belegt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Man sollte also nicht so tun, als ob eine Gefahr darin besteht. Ich werde auf die Gefahren auch noch eingehen, Frau Keler, aber wir sind im Wettbewerb miteinander, untereinander, nicht nur bei Standortentscheidungen für Wirtschaft. Natürlich haben wir im Augenblick, wenn ich nur die Ansiedlung von EDEKA sehe und von Kamps, gute Rahmenbedingungen, um im Wettbewerb zu bestehen. Aber ich möchte bei dem Thema noch bessere Rahmenbedingungen für uns haben. Natürlich kann man sich darüber streiten, ob ich ein Zugriffsrecht der Länder bekomme oder ob ich Öffnungsklauseln bekomme. Darüber kann man sich streiten. Aber ich möchte schon gerade im Bereich von Bürokratie und Regulierungswut – wir haben gestern und vorgestern darüber geredet –, dass hier jedes Land eigenständig entscheiden kann.

Ist Ihnen nicht aufgefallen, ich nehme auch einmal das – der Kollege Born ist da mit in der Kommission –, was die Testregion Westmecklenburg betrifft, die Relation dessen, was dort gefunden wurde: Bund zu Land ist wie eins zu zwei gewesen zuungunsten des Landes. Und übrigens, dies muss, sollte, kann und braucht auch kein Geld zu kosten. Und, Frau Gramkow, wenn Sie von eigenständiger, schöpferischer Gestaltung sprechen, dann müssen Sie auch die Möglichkeit haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Ich muss Ihnen ganz offen sagen, ich fühle mich als Landtag Mecklenburg-Vorpommern vom Bund zunehmend eingeengt. Das ist das Resümee, was ich ganz einfach nur ziehen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Frau Keler, ich will jetzt nicht im Einzelnen auf das Positionspapier eingehen. Ich bezeichne es mal so. Auf dem Deckblatt steht: Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz. Das ist die Realität. Ich hätte mir von Ihnen wirklich gewünscht, Sie haben es ja nur ansatzweise getan, dass Sie sich einmal an den einzelnen Punkten entlanghangeln und uns die abweichende Position der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Positionspapier vortragen. Das hätte ich mir dann bitte gewünscht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich weiß, diese Debatte ist schwierig – ich komme nachher noch auf den einen oder anderen Punkt des Ausschlusses zu sprechen –, weil man da auch sehr in der Substanz drinstecken muss. Es ist sehr vernetzt, sehr komplex. Aber ich hätte mir schon gewünscht, zum Beispiel, ich nehme nur ein Beispiel, ob Sie Ja dazu sagen, bei der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur, dass das jetzt so abläuft, wie es eben abläuft. Zum Beispiel im Deutschen Bundestag mit Mehrheit von Rot-Grün – wir haben schon darüber debattiert, 700 Millionen Euro stehen den neuen Bundesländern zu – werden mal klammheimlich 100 Millionen Euro herausgeschnitten und deckungsfähig auch für die alten Bundesländer gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Ja
natürlich waren wir nicht dafür.)

Die Frage ist doch zu stellen.

Der nächste Punkt. Wenn Sie sich die Politik des Bundes gerade in diesem Bereich ansehen, Thema Verpflichtungsermächtigung: Rate 2005, Sie kennen es genauso gut wie ich, 25 Prozent, 2006/2007 50 Prozent. Was ist denn die Konsequenz in diesem Bereich? Das heißt, dass nur 25 Prozent der gesamt zur Verfügung stehenden Mittel für das Jahr 2005 mit Verpflichtungsermächtigung belegt werden können, ein Viertel.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

In der Regel ist es so, Investitionen sollen getätigt werden. Die Entscheidung fällt, die Mittel müssen fließen in 2005 und in 2006 und jetzt müssen sie einen rechtskräftigen Fördermittelbescheid ausreichen, mit dem die Investoren dann zur finanzierenden Bank gehen können. Aber den können sie doch eigentlich gar nicht ausreichen, wenn der Bund gesagt hat, drei Viertel, sie sind gar nicht von ihnen belegbar. Das ist doch die Konsequenz dieser Bundespolitik, nur an diesem einen konkreten Beispiel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, da ist mir der politische Ansatz der GA lieber, weil ganz entscheidend ist, dass die entflochten wird und sie natürlich dynamisiert wird.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS –
Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Das ist ganz selbstverständlich.

Übrigens, Frau Kollegin Gramkow, was Frau Zypries am 7. alles von sich gegeben hat zu dem Positionspapier der Ministerpräsidentenkonferenz, zeugt doch davon, dass der Bund überhaupt nicht will, dass die Länder mehr Kompetenzen und mehr Gestaltungsmöglichkeiten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie hat doch alles negiert, in jeder Art und Weise.

Also ich will das noch ein bisschen praktisch herunterbrechen, wie Politik da eigentlich läuft oder laufen sollte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen hätte ich mir wirklich zu wissen gewünscht, wie die Position der Landesregierung ist. Natürlich können wir auch hier divergierende Interessenlagen haben. Es ist übrigens hochinteressant, dass der Kollege Rüttgers aus Nordrhein-Westfalen ein gemeinsames Positionspapier von den Landtagsfraktionen aus SPD, Grünen und CDU zustande gebracht hat. Das ist hochinteressant. Natürlich verstehe ich, dass Sie als Regierungsfaktionen näher an der Landesregierung dran sind, das ist ganz selbstverständlich. Bloß was ich mir wünschen würde und die Bitte habe ich, Frau Gramkow und Herr Schlotmann, wir sollten unsere Beschlüsse ernst nehmen. Die Landesregierung hat eine Bringepflicht der Information, eine Bringepflicht!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und wir sind hier – entschuldigen Sie bitte – kein Beteiligter gegenüber der Landesregierung, dass die Landtagsbeschlüsse erfüllt werden. Also so weit sind wir nicht! Das ist ein substantielles Thema und deswegen unsere Punkte 3, 4 und 5. Das ist eine Bestätigung, eine Bekräftigung dessen, was wir am 30. Januar 2003 beschlossen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt natürlich auch Punkte, auf diesen einen möchte ich noch eingehen, wo es mehr Gestaltungsmöglichkeiten gegeben hat. Frau Keler, Sie haben mich ganz massiv angegriffen am Mittwoch und mich zuvor als Nestbeschmutzer bezeichnet, was das ganze Thema Fortschrittsbericht Aufbau Ost betrifft. Frau Keler, ich denke, Sie kennen mich gut genug, dass ich, als der Fortschrittsbericht im Oktober letzten Jahres auf den Tisch kam, diesen von der ersten bis zur letzten Seite gelesen habe.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das macht er!)

Und ich habe mir dann überlegt – ich habe das auch besprochen bei uns im Vorstand –, was wir an der Stelle machen. Was machen wir als Opposition, die wir eigentlich die Pflicht haben, Regierungsentscheidungen kritisch zu hinterfragen, beim Bericht der Bundesregierung, wo gesagt wird, dass im Jahr 2002 bei den Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen jeder zweite Euro nicht zum teilungsbedingten Ausgleich oder zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft verwendet worden ist? Frau Keler, wir haben entschieden, das nicht im Landtag zu debattieren. Punkt, Schluss, aus! Das haben wir im Herbst letzten Jahres entschieden, denn der Bericht liegt seitdem vor. Übrigens aus einem ganz entscheidenden Grund, nämlich um hier nicht ausgehend von Mecklenburg-Vorpommern eine Debatte zu entfachen mit der ganzen schwierigen Gefechtslage EU-Strukturfonds und was da alles noch ist, wo Eichel sagt, es gibt keinen Euro mehr, obwohl zehn Länder dazukommen,

dass wir die nicht noch mehr belasten. Frau Keler, der Ehrlichkeit halber müssen Sie sich doch erst einmal fragen, wer verantwortlich für das Bewertungsschema ist. Ich entnehme diesem Bericht, das ist einvernehmlich miteinander abgestimmt.

Der zweite Punkt, ich begrüße das ganz ausdrücklich, ist nämlich ein Beispiel – man kann es aus meiner Sicht so sagen – des Abbaus von Mischfinanzierungen. Wie oft haben wir gestöhnt, ich kann mich noch an die große Koalition erinnern: Investitionsförderungsgesetz, Solidarpakt I, Verwaltungsvereinbarung im Bund. Wann war das fertig? Im August bis September. Mittel konnten nicht ausgebracht werden. Die Kommunen haben gestöhnt, das ist alles zu eng, wir können unsere Sportplätze nicht sanieren. Dann haben wir es zum Beispiel hineinbekommen in Sanierungsgebiete und so weiter Schritt für Schritt geöffnet. Und dann kam der Tag, auch den habe ich sehr begrüßt, dass die rund 350 Millionen Euro, 692 Millionen DM, ich habe das noch sehr gut als Zahl im Kopf, die Mittel des Investitionsförderungsgesetzes zu den Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen zugeschlagen worden sind und frei verwendbar waren.

Frau Keler, Entschuldigung, Ihnen ist ins Stammbuch geschrieben worden, der gesamten Landesregierung, ich kann das gerne zitieren, wenn Sie es wünschen, spare mir das aber im Augenblick, dass Sie jeden zweiten Euro nicht sachgerecht verwendet haben. Und das IFH in Halle hat noch einen draufgesetzt. Das hat sogar die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme noch einberechnet. Frau Keler, wenn ich dann gefragt werde an dieser Stelle, was die Opposition dazu sagt, dann habe ich das zu kritisieren. Und zweitens, das sage ich Ihnen ganz offen und ehrlich, wer auch immer die Debatte vom Zaun gebrochen hat zum Aufbau Ost: Am fatalsten finde ich diesen Satz – egal, wo das Zitat herstammt, das ist nicht mein Punkt –, dass zwei Drittel der Probleme des Westens am Aufbau Ost liegen. Das ist so ein fatales Zitat, ob das jetzt ein Entwurf ist oder was auch immer. Und dann müssen sich die Herren von Dohnanyi, Most oder wer auch immer daran mitgewirkt hat, wer das zu verantworten hat, wirklich fragen, was sie damit betrieben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und erst danach, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Debatte losgegangen. Und, Frau Keler, wenn nur dem Freistaat Sachsen in so einer schwierigen Debattenlage in Deutschland die Steuerausfälle von gestern konstatiert werden, können Sie froh sein, dass Sie so niedrig mit den Schätzungen rangegangen sind. Ob jeder Ihrer Kabinettskollegen so froh ist über den niedrigen Ansatz, das wage ich zu bezweifeln, aber ich sage einmal, es ist clever gemacht. Es ist alles in Ordnung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Mehr Sorgen mache ich mir um die Folgejahre bis 2007 mit 60 Milliarden Euro. Wenn man das dann wieder im normalen Verteilungsverhältnis von 55 bis 60 Prozent auf den Bund und zu 40 Prozent auf Länder und Kommunen verteilt, dann gnade uns Gott für die nächsten Jahre!

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dieses Jahr sind wir mit einem blauen Auge davongekommen. Ob es nächstes Jahr noch so wird, ist fraglich, denn die Verteilung ist dieses Jahr 7,5, 1,5:6, also deutlich eine andere Verteilung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir begrüßen, dass die Mittel frei verwendet werden können, aber bitte dann, Frau Keler, machen Sie es auch sachgerecht. Nicht wir haben Ihnen das ins Stammbuch geschrieben, nicht ich habe Ihnen das ins Stammbuch geschrieben. Wer so mit Mitteln verfährt, der muss sich natürlich dann auch Fragen stellen lassen in diesem Prozess, wo wir über Föderalismus, Entflechtung und so weiter miteinander debattieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde mir wünschen, Herr Kollege Schlotmann, ich nehme Ihr Gesprächsangebot an, das ist überhaupt kein Problem, ich bin immer für Gespräche, ich weiß nur nicht, was es bewirken soll, lassen Sie uns zusammensetzen, lassen Sie uns miteinander reden. Ich denke, ich bin inhaltlich fit genug, dass wir da auch auf gleicher Augenhöhe miteinander reden können.

Unsere Ziele sind folgende: Was wir wirklich möchten, sind mehr Kompetenzen, Eigenständigkeit für die Landesparlamente und nicht ein Seilbahngesetz. Wissen Sie, das brauchen wir nicht. Wir brauchen mehr Entscheidungskompetenzen in den originären Zuständigkeiten der Länderparlamente wie zum Beispiel im Bereich der Bildung, der Kommunen, der Polizei, aber wir wollen noch ein Stückchen darüber hinausgehen. Und wir sollten uns auch gegebenenfalls streiten, ob der Küstenschutz weiter Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund und Ländern bleiben muss.

Zu den Steuern muss ich Ihnen eines sagen, Herr Schlotmann: Die Aufregung war umsonst. Ich bin doch nicht so dämlich und möchte, dass wir Hebesatzrechte für die Einkommen-, Körperschaft- oder Umsatzsteuer haben. Was ich interessant finde – das hat auch etwas mit Standortwettbewerb zu tun –, ist, ob man bei den Steuern, die originär den Ländern und Kommunen zustehen, ob man da nicht über Hebesätze und mehr Zuständigkeiten reden könnte. Ich weiß, das ist nicht unproblematisch. Aber wenn ich zum Beispiel das Thema Kfz-Steuer sehe, frage ich mich, ob dort nicht ein Wettbewerb zwischen den Ländern dazu führt, dass sich mehr Unternehmen aus einer bestimmten Branche ansiedeln könnten. Wir sind Bindeglied nach Skandinavien, wir sind Bindeglied nach Osteuropa. Ich halte es gar nicht für so uninteressant,

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann lassen wir die LKWs über Mecklenburg-Vorpommern fahren.)

dieses Thema in aller Ruhe einmal zu beleuchten, ohne uns hier gleich zu unterstellen, Frau Keler, wir wollten dem Land Mecklenburg-Vorpommern schaden.

Was ich mir aber wünschen würde, und das kostet kein Geld, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, dass Sie sich wirklich massiv einsetzen für Öffnungsklauseln für die neuen Bundesländer, das heißt im Bereich von Bürokratie und Deregulierung. Wir haben gestern über Finanzierung gesprochen. Wenn Sie mit Unternehmern reden, dann sind es drei Komplexe, die sie bedrücken und berühren. Das ist erstens die völlig überzogene Gesetzgebung und Rechtsprechung im Bereich des Kündigungsschutzes, des Arbeitsmarktes, das ist zweitens die Frage der Finanzierung und das ist drittens Überregulierung und überordnende Bürokratie. Das Letzte abzubauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das kostet kein Geld. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Rehberg.

Um das Wort hat jetzt noch einmal die Finanzministerin Frau Keler gebeten.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich denke, wir liegen so gut in der Zeit, dass ich noch einmal auf einige Punkte eingehen möchte.

Ich komme zuerst zur bundesstaatlichen Ordnung und zu dem Antrag von der CDU-Fraktion. Meine Damen und Herren, die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, ich habe es gesagt, ist sinnvoll und notwendig. Aber wir sollten keine Wettbewerbsdiskussion führen. Herr Rehberg, der Begriff des Wettbewerbsföderalismus ist nun einmal belegt.

(Volker Schlotmann, SPD: So ist das.)

Da können Sie machen, was Sie wollen. Der Begriff steht für den Wettbewerb, und zwar in Sachen Länderfinanzausgleich und der Steuerhoheit. Deshalb: Vorsicht mit diesem Begriff!

(Volker Schlotmann, SPD: Ganz genau!)

Das Zweite, die beklagte fehlende Beteiligung der Landtage in den Strukturen der Föderalismusreform, ist durchaus ein Thema, aber keines, das man der Regierung von Mecklenburg-Vorpommern anlasten kann, denn das Problem ist in Bayern und Baden-Württemberg genauso. Da klagen die Länderparlamente genauso darüber.

(Rainer Prachtl, CDU: Das stimmt. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Deshalb bitte, sollten wir das ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das habe ich auch nicht gemacht, Frau Keler! – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Gut.

Und eine Diskussion im Landtag zu Föderalismusfragen ist zweifellos erforderlich. Ihr Antrag suggeriert aber etwas, was dem Land schadet, und Ihre Diskussionsbeiträge sind wesentlich konstruktiver gewesen als Ihr Antrag und vor allen Dingen die Überschrift Ihres Antrages. Deshalb würde ich Ihnen empfehlen, prüfen Sie doch noch einmal, ob Sie den Antrag nicht zurückziehen können.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich garantiere Ihnen aber und ich sage Ihnen hier zu, dass Sie ganz kurzfristig die Ergebnisse der Beratung vom 6. Mai erhalten.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Die habe ich mir doch schon besorgt, Frau Keler.)

Ja, aber Sie bekommen sie auch von uns offiziell

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist ja sehr schön!)

und Sie bekommen sie dann eben auch nicht als Beschluss, wie es in dem Papier steht. Ich sage Ihnen auch zu, dass die Landesregierung jederzeit bereit ist, in die entsprechenden Ausschüsse beziehungsweise in die Fraktionen zu kommen. Ich biete das hier ausdrücklich an.

Lassen Sie mich aber jetzt noch etwas zu dem Fortschrittsbericht sagen, denn das hängt ja zusammen. Es ist

nicht von ungefähr, dass gerade in der Diskussion, die jetzt aufgeflammt ist, dieses Thema eine entscheidende Rolle spielt, weil es natürlich in dieser Föderalismuskommission ganz direkt um Geld geht. Machen wir uns doch nichts vor, es ist doch ein Kampf der starken süddeutschen Länder gegen die wirtschaftlich schwächeren norddeutschen Länder. Die Finanzminister der norddeutschen Länder haben jetzt einen Beschluss gefasst und die Finanzminister der ostdeutschen Länder haben einen Beschluss gefasst und haben diese direkt an die Föderalismuskommissionsvorsitzende geschickt, weil wir durchaus die Angst haben, dass da einiges nicht in unserem Interesse läuft. Wir sehen das mit sehr gemischten Gefühlen und auch hochwach. Sie können sicher sein, dass wir daran natürlich ein Interesse haben.

Und noch einmal zu dem Fortschrittsbericht. Wir haben uns dazu bereit erklärt, Sie haben es schon gesagt. Als die Mittel aus dem Investitionsförderungsgesetz Ost zu dem Solidarpakt dazugekommen sind, hat der Bund gesagt, als Gegenleistung möchte er von den Ostländern und von Berlin jedes Jahr einen Fortschrittsbericht haben. An sich gelten die Fortschrittsberichte erst mit dem Solidarpakt II, aber es war dann schon vereinbart worden, wir machen einmal so eine Art Nullserie und prüfen, wie sieht das aus für das Jahr 2002.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann kann's ja nur besser werden, Frau Keler!)

Als wir dem im Jahr 2001 zugestimmt hatten, hatten wir noch 423 Millionen Euro mehr bei den Steuereinnahmen. Wir sind 2002 um 423 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Das ist doch der entscheidende Punkt. Wenn Sie sich unseren Bericht ansehen, dann wird deutlich, Mecklenburg-Vorpommern ist das Bundesland mit den höchsten Pro-Kopf-Infrastrukturausgaben. Wir haben mehr ausgegeben als Sachsen und wir haben 2,3-mal mehr ausgegeben als jedes – also pro Kopf Einwohner berechnet – finanzschwache westdeutsche Bundesland.

(Wolfgang Riemann, CDU: Setzen Sie mal die Pro-Kopf-Einnahmen dagegen!)

Ich kann Ihnen das erklären, Herr Riemann. Wir haben hier eine Brutto-Netto-Diskussion. Lassen Sie doch das weg! Das bringt uns hier nicht weiter.

Wir haben ferner nachgewiesen und auch der Bund sagt das in seinem Bericht – ich hoffe, Sie haben auch den Bundesbericht von Anfang bis Ende gelesen –

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja. – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, genau!)

auf der Seite 31, dass wir im Jahre 2001 durchaus noch 75 Prozent unserer Solidarpaktmittel eingesetzt haben für Infrastrukturausgaben, also auch da noch. Und dann kommt der Bund natürlich zu dem Ergebnis, im Jahr 2002 hat es nicht funktioniert, mit Ausnahme von Sachsen. Aber er sagt auf der Seite 41 ganz eindeutig und klar, woran es gelegen hat. Ich zitiere jetzt noch einmal, damit wir hier keine falschen Legenden bilden: „Bei der Bewertung der Ergebnisse darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die schwache konjunkturelle Entwicklung im Berichtsjahr in allen öffentlichen Haushalten deutliche Einnahmeausfälle verursacht hat, die allgemein zu einem großen Teil durch eine Ausweitung der Finanzierungsdefizite beziehungsweise der Nettokreditaufnahme ausgeglichen wurden. Rechnerisch weist der für den Nachweis der

SoBEZ-Verwendung herangezogene Indikator in diesem Fall einen Rückgang der zweckgerechten Mittelverwendung aus, der allerdings unmittelbar durch die Zunahme der Kreditfinanzierung und weniger durch den Rückgang der Investitionsausgaben ausgelöst ist.“

Herr Rehberg, Sie können mir glauben, dass wir das ganz genau verfolgen und dass wir das auch genau wissen, ich habe ja vorgestern dazu Stellung genommen. Ich vermute einmal, Sie ärgern sich selber über Ihren Ausspruch am 23. im Norddeutschen Rundfunk beziehungsweise im Fernsehen mehr, als Sie hier zugestehen wollen. Das war einfach ein unglücklicher Ausspruch.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach!)

Man kann nicht sagen, wer hier schlecht gearbeitet hat, unter anderem auch Mecklenburg-Vorpommern, der soll bestraft werden. Und „bestrafen“ bedeutet in diesem Fall Geldentzug. Und das ist das, was wir alle nicht wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Das
meinte er mit der Abwahl!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion.

Eckhardt Rehberg, CDU: Sehen Sie, Frau Keler, genau auf das Zitat bin ich vorbereitet gewesen, weil ich genau gewusst habe, dass Sie das bringen, weil Sie genau Folgendes machen werden, nämlich dass Sie nicht weiter zitieren.

(Angelika Gramkow, PDS: Vielleicht
sollten wir zum Thema zurückkehren! –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Weiter heißt es nämlich in dem Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“: „Auch unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge“, die Sie eben vorgetragen haben, „ist deshalb festzuhalten, dass mit Ausnahme von Sachsen alle Länder einen mehr oder weniger großen Teil Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen nicht für die gesetzlich vorgeschriebenen Zwecke verwendet haben.“ Und weiter: „Die Länder tragen die Verantwortung für die sachgerechte Mittelverwendung. Sie stehen deshalb in der Pflicht, in den kommenden Jahren einen ordnungsgemäßen Mitteleinsatz zu gewährleisten. Der Bund weist die Länder nachdrücklich auf Ihre Verpflichtung im Hinblick auf eine erfolgreiche Gestaltung des ostdeutschen Aufholprozesses hin.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Finanzministerin, Sie sollten sich aus meiner Sicht schon ein bisschen cleverer anstellen. Wenn Sie zitieren, dann zitieren Sie alles und reißen Sie nicht Teile aus dem Zusammenhang! Dass die Situation schwierig gewesen ist, Steuerausfälle, das will ich sehr wohl zugestehen, aber, Frau Keler, Sie tragen auch eine Verantwortung für die Außenwirkung. Diese Verantwortung haben Sie, denn Sie regieren.

Und, Frau Keler, ich ärgere mich nicht über meine Äußerung. Ich habe Ihnen ausdrücklich gesagt, wir haben das im Herbst 2003 nicht thematisiert im Landtag. Und ich gebe Ihnen ausdrücklich Recht, dass es natürlich Interessierte gibt, die dieses Thema auf die Agenda gehoben haben. Denn wenn ich sehe, welche deutschlandweit

bekannte Hamburger Zeitschrift das gemacht hat, dann kann ich aus der Vergangenheit nicht unbedingt feststellen, dass die Unionsnähe hat. Das ist nicht unbedingt so. Aber wer solche Dummheiten begeht, entschuldigen Sie bitte, wie die Dohnanyi-Kommission, dazu wünsche ich mir einmal eine Stellungnahme. Und dass dann alles nur in einen Topf geschmissen wird, das ist doch ganz selbstverständlich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die hätte
es gegeben, wenn die Kommission
Stoiber-Kommission geheißen hätte.)

Ich kann Ihnen nur eines empfehlen: Sehen Sie zu, dass der Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ der Bundesregierung und die Prüfung eines Wirtschaftsforschungsinstitutes wie das IWH in Halle für das Jahr 2003 deutlich bessere Aussagen zu Ihrer Politik findet. Dann braucht die Opposition auch nicht zu sagen, das ist nicht sachgerecht verwendet worden, und braucht das gegebenenfalls nicht nach außen deutlich zu machen. Sie müssen doch auf den Finanzministerkonferenzen Ihren Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern so gegenüberreten, dass man dann sagen kann, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Dann brauchen wir über Sanktionen, in welcher Form auch immer, nicht zu reden. Und mit Sanktionen, muss ich Ihnen sagen, ist übrigens nicht immer Geld gemeint.

(Wolfgang Riemann, CDU: Abwahl!)

Denken Sie einmal daran, dass Herr Eichel ohne einen roten Kopf zu bekommen dieses Jahr das nächste Mal die 3-Prozent-Grenze, den Stabilitätspakt, verletzen will. Ein blauer Brief tut es beim ersten Mal auch. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Rehberg.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1174, einschließlich der vom Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion Herrn Rehberg mündlich vorgetragenen redaktionellen Änderung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1174 einschließlich der mündlich vorgetragenen redaktionellen Änderung mit den Stimmen von SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Konversion in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/1178. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1204 vor.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Konversion in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/1178 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/1204 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Das Land wirkt darauf hin,

daß militärisch genutzte Liegenschaften verstärkt einer zivilen Nutzung zugeführt werden.“ So lautet Artikel 40 Absatz 5 der Verfassung des Landes Brandenburg. Auf dieser Grundlage hat das Land Brandenburg 1992 beginnend mit den Leitlinien zur Konversion die Umsetzung ehemaliger militärischer Liegenschaften in Landesgesetzen, Richtlinien und Förderprogrammen als konsequente Strukturpolitik verankert. Auf dieser Grundlage wurde Konversion den Leitlinien zufolge als eine zentrale landespolitische Gestaltungsaufgabe und als vorrangiges Problem der strukturellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes angesehen. Zur wirkungsvollen Umwandlung ehemaliger Objekte der Westgruppe der Truppen der russischen Streitkräfte wurde in Brandenburg eigens ein Gesetz über die Verwertung der Liegenschaften erlassen. Als Ziele der Verwertung werden unter anderem benannt:

- Anregung der Investitionstätigkeit
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Förderung kommunaler und regionaler Entwicklung
- Erhalt siedlungsfreier Räume und Naturschutzflächen

Auch die parlamentarische Kontrolle ist geregelt, unter anderem durch einen halbjährlichen Bericht des Finanzministeriums an den Landtag oder den periodisch dem Landtag vorzulegenden Konversionsbericht der Landesregierung. Darüber hinaus gibt es einen Beirat zur Beratung der Landesregierung und eine Arbeitsgemeinschaft, in der sich betroffene Konversionskommunen zusammengeschlossen haben.

Nun wäre es für Mecklenburg-Vorpommern sicher auch nicht schlecht, wenn Konversion Verfassungsrang hätte. Es wäre sicher auch nicht verkehrt, wenn wir ein eigenes Konversionsgesetz hätten, und es wäre sicherlich gut, wenn sich die betroffenen Kommunen zu einer Interessenvertretung zusammenschließen würden.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Entsprechende Anregungen von mir auch gegenüber dem Städte- und Gemeindetag des Landes sind leider noch nicht auf fruchtbaren Boden gefallen.

Das alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre nicht schlecht, aber vielleicht geht es ja auch angesichts der uns erfassenden Deregulierungswelle eine Nummer kleiner, indem nun endlich die Leitlinien für Konversion des Landes fortgeschrieben und den Bedingungen der neuen Konversion in Mecklenburg-Vorpommern angepasst werden. Neue Konversion heißt, dass es in Mecklenburg-Vorpommern bereits Konversionsmaßnahmen gegeben hat. Anfang der 90er Jahre wurden in 66 Förderprojekten im Rahmen des Operationellen Programms Konver der Europäischen Union militärisches Erbe beseitigt und vielerorts neue Arbeitsplätze, Wohnungen und intakte Natur geschaffen. Dieses spezielle Förderprogramm der Europäischen Union ist aber längst ausgelaufen und viele der alten Militärbrachen blieben ohne Aussicht auf Umnutzung oder Beseitigung. Der Bund negiert seit Jahren, nicht erst seit der Bundeswehrstrukturreform, dieses Problem und verweigert die Auflage neuer Förderinstrumente.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben diesen Altlasten der Konversionspolitik gibt es seit der im Januar 2001 verkündeten Strukturreform der Bundeswehr, einschließlich des neuen Stationierungskonzeptes, eine neue Etappe im Streitkräfteumbau. Diese neue Etappe

führt auch zu neuen Konversionsmaßnahmen. Diese neue Konversion ist durch völlig andere Ausgangsbedingungen gekennzeichnet. Es handelt sich in der Regel um Militär-objekte und Liegenschaften, die nach enormen Investitionen jetzt ausgesondert werden. Das bedeutet, dass erstens die Bauwerke nahezu prinzipiell saniert und technisch gut ausgestattet, zweitens Infrastrukturanlagen intakt und teilweise neu errichtet und drittens Altlasten weitgehend beseitigt sind. Das bedeutet, dass kostenintensive Eingriffe zur Herrichtung des ehemaligen Militärgeländes entfallen. Konversion wird also billiger, aber nur dann, wenn rechtzeitig gehandelt wird. Sind die Anlagen einmal freigezogen und verfallen, wird sich kein Investor mehr dafür interessieren, schon gar nicht bei dem Überangebot an Gewerbeflächen in unserem dünn besiedelten Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch deshalb sage ich, dass es endlich Zeit ist, die Leitlinien für Konversion fortzuschreiben und den neuen Bedingungen in Mecklenburg-Vorpommern anzupassen. Die Schritte, die von der Landesregierung zur Unterstützung der von der Bundeswehrstrukturreform betroffenen Kommunen eingeleitet wurden, waren Schritte in die richtige Richtung. Die Standortkonversionsrichtlinie, die Unterstützung bei Machbarkeitsstudien, die bevorzugte Ausreichung von Fördermitteln, die Unterstützung beim Stadtum- und beim Wohnungsrückbau, der Einsatz von Konversionsmanagern, all das sind wichtige Hilfen für die betroffenen Konversionskommunen und dieser Weg muss konsequent weitergegangen werden.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist zu begrüßen, dass Standortkonversion im „Regionalen Förderprogramm 2004“ erstmals Förderatbestand ist. Im Programm selbst heißt es aber: „Es ist beabsichtigt, im Rahmen von Leitlinien und Einzelfallprüfungen zugunsten der Konversionsstandorte Förderprioritäten innerhalb der bestehenden Programme festzulegen und umzusetzen. Im ersten Schritt werden die Aktivitäten insbesondere auf die Standorte in Eggesin, Reuterstadt Stavenhagen, Demen, Karow und Cölpin ausgerichtet.“ Und da nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, das erste halbe Jahr in 2004 nahezu vorbei ist, sage ich, dass es endlich Zeit ist, die Leitlinien für Konversion fortzuschreiben, anzupassen und zu untersetzen.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Und wenn ich „endlich“ sage, heißt das auch, dass das nunmehr bereits die zweite Aufforderung an die Landesregierung ist, in dieser Hinsicht aktiv zu werden. Dem aufmerksamen Kenner der Materie wird nicht verborgen geblieben sein, dass sich der Landtag bereits Anfang 2003 mit einem ähnlichen Antrag und Auftrag beschäftigt hat. Ich will aber deutlich sagen, ich habe keine Lust, von diesem Pult aus das zuständige Ressort ein drittes oder ein viertes Mal aufzufordern, im Interesse der betroffenen Kommunen aktiv zu werden. Meine Fraktion erwartet daher, dass die Beschlüsse des Landtages ernst genommen und umgesetzt werden. Wir erwarten also, dass die Fortschreibung der Konversionsleitlinien nunmehr zügig in Angriff genommen und der Landtag, wie im Antrag formuliert, in regelmäßigen Abständen über eingeleitete Maßnahmen informiert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss noch einmal einen Blick in unser südli-

ches Nachbarland. Als der heute unter anderem für den Aufbau Ost mit zuständige Minister Stolpe noch Ministerpräsident des Landes war, erklärte er, ich zitiere: „Schwerter zu Pflugscharen, das ist die biblische Metapher für das, was in der Politik Konversion, also zivile Umwandlung, genannt wird. Dass Konversion gelingt ist auch ein Gebot des Friedens. Ein Weg zum Frieden ist die militärische Abrüstung. Konversion, die Schwester der Abrüstung, kann helfen, der Abrüstung innen-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch den Weg zu bahnen.“ Lassen Sie uns diese Feststellung zum Leitbild auch unseres Handelns in Mecklenburg-Vorpommern machen! In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Arbeitsminister Herr Holter.

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Auf dem Territorium von Mecklenburg-Vorpommern wurde in der Vergangenheit rund 2,6 Prozent der Fläche militärisch genutzt. Im Vergleich mit anderen neuen Bundesländern liegen wir dort günstig. In Brandenburg, darauf wurde gerade eingegangen, waren es immerhin 8 Prozent. Doch auch die 600 Quadratkilometer in Mecklenburg-Vorpommern, die davon betroffen sind, schaffen Probleme, die über kurz oder lang einer Lösung bedürfen. Eigentlich, das weiß der Einbringer, ist Konversion Sache des Bundes. Sie betrifft aber viele Kommunen im Lande direkt, schließlich geht es um Arbeitsplätze, um Wirtschaftsstandorte. Wir hatten schon ausreichend Gelegenheit, hier im Landtag darüber zu sprechen. Deshalb haben sich die Regierungsparteien Mecklenburg-Vorpommerns in ihrer Koalitionsvereinbarung zur Konversion bekannt. Leider, und das ist eines unserer Probleme, stehen nicht so viele Mittel zur Verfügung, wie nötig wären.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Zum einen sind da die Probleme der so genannten alten Konversion, also der Beseitigung der Lasten aus zwei Weltkriegen und aus den Zeiten des kalten Krieges. Im Rahmen des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms fördern wir solche Konversionsvorhaben, zum Beispiel in einem am Gemeinwohl orientierten Arbeitsförderprojekt am Kap Arkona oder auf dem Gelände der ehemaligen Erprobungsstelle der Luftwaffe in Rechlin. Diese Vorhaben dienen der Verbesserung der touristischen Infrastruktur.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Rechlin und Arkona sind – in Anführungsstrichen – Glücksfälle. In Mecklenburg-Vorpommern geht es jedoch vorwiegend um Objekte, die fernab intakter Märkte und abseits reger Flächennachfrage liegen. Geschäftsträchtigkeit in landschaftlich reizvoller Lage können nur wenige ehemalige militärische Liegenschaften aufweisen. Umso wichtiger ist es, touristische Standortvorteile zu nutzen,

wo immer sie sich bieten. Deshalb unterstützt das Land die Gemeinde Rechlin bei der Fertigstellung der Planung mit entsprechenden finanziellen Mitteln aus dem Initiativefonds des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms.

Zu den Problemen der alten Konversion kommen die Anforderungen der neuen Konversion. Durch die Strukturreform innerhalb der Bundeswehr werden Standorte aufgegeben, die oft intakt und modernisiert sind. Herr Ritter hat das anschaulich noch einmal dargestellt. Der Markt regelt das Problem nicht, denn es besteht in Mecklenburg-Vorpommern wohl nirgends ein Mangel an Gewerbeflächen. Der Bund negiert das Problem und verweigert die Auflage neuer Förderinstrumente. Die Länder, so auch Mecklenburg-Vorpommern, können angesichts angespannter Haushaltslage nur begrenzt Hilfe gewähren. Gleichwohl ist die Standortkommissionsrichtlinie des Landes, deren Leitlinien derzeit vom Wirtschaftsministerium überarbeitet und fortgeschrieben werden, eine wichtige Hilfe für die betroffenen Kommunen. Mit diesem Programm werden der Abriss von Gebäuden, die Entsiegelung oder Renaturierung von Flächen und die Altlastenbeseitigung unterstützt.

Das Land fördert außerdem Maßnahmen, die die kleinräumige Infrastruktur der Kommunen verbessern, aber mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Infrastruktur“ nicht gefördert werden können. Auch der Initiativefonds des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms kann in Anspruch genommen werden, so zum Beispiel in Stavenhagen/Basepohl. Der Standort mit einer Gesamtgröße von 480 Hektar wird bis zum Jahre 2006 schrittweise aufgegeben. Eine Nachnutzung soll durch die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben erfolgen. Der Standort muss planungsrechtlich vorbereitet werden, das heißt, für ein Gewerbe- und Industriegebiet müssen die baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Kosten für den Bebauungsplan und für die Änderung des Flächennutzungsplanes belaufen sich nach einer ersten Schätzung auf 100.000 Euro für die Stadt Stavenhagen und 43.000 Euro für die Gemeinde Grammentin, also summa summarum 143.000 Euro. Beide Kommunen haben aber nicht genügend Geld in der Kasse, um die Bauleitplanung zu finanzieren. Während Stavenhagen in der Lage ist, ein Drittel aufzubringen, kann die kleine Gemeinde Grammentin mit 300 Einwohnern dazu keinen Beitrag leisten. Deswegen haben wir uns entschieden, 100.000 Euro für die Finanzierung dieser Planungsarbeiten dort bereitzustellen.

Damit wird sehr deutlich, meine Damen und Herren, die neue Konversion ist vor allem eine Kompensationsaufgabe. Die Bundeswehr ist in den betroffenen strukturschwachen Regionen ein maßgeblicher Verbraucher, auf dessen Bedarf sich Wirtschaft und Handel eingestellt haben. Verbunden mit der Standortaufgabe ist daher meist ein beträchtlicher Abbau von Arbeitsplätzen. Berechnungen zufolge geht durch den Wegfall der Kaufkraft ein Arbeitsplatz pro sieben Soldaten verloren. Das ist die Herausforderung, auch die Problematik, mit der wir es ganz konkret zu tun haben.

Standortaufgabe hat auch erhebliche Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, sprich eine geringere Nachfrage zur Folge. Eggesin zum Beispiel war 50 Jahre lang Garnisonsstadt. Ganze Wohnviertel wurden in den 50er und 70er Jahren nur für Militärangehörige und ihre Familien gebaut. Seit 1990 wurde der Bedarf an Wohnraum mit der

Standortverkleinerung immer geringer. Leerstand mit all seinen negativen Aspekten war die Folge. Nicht nur in Eggesin, sondern auch in den umliegenden Standorten kann man solche Entwicklungen beobachten. Daraufhin haben sich Ueckermünde, Torgelow und Eggesin zusammengetan und ein regionales Entwicklungskonzept erarbeitet unter dem schönen Namen UTE, also die drei Anfangsbuchstaben, die die Städte kennzeichnen. Sie haben ein Leitbild entwickelt, welches sozusagen ein strategischer Wegweiser für die Verwaltung ist. Deswegen ist es ihnen auch gelungen innerhalb des Stadtumbauprogramms Ost, im Rahmen ihres integrierten Stadtentwicklungskonzeptes – die drei Städte haben eins gemeinsam eingereicht – im bundesweiten Wettbewerb eine Silbermedaille zu gewinnen. Nun werden durch Rückbau, Abriss und Aufwertung intakte Stadtstrukturen mit zukunftsfähigen Beständen hergestellt. Dieser Prozess ist längst nicht abgeschlossen, aber es gibt positive Erfahrungen, auf die soll zurückgegriffen werden.

Im Haushaltsjahr 2004/2005 stellt Brüssel 3,7 Millionen Euro für die Standortkommission zur Verfügung, die vom Land ergänzungsfinanziert werden. Um alle vorliegenden Anträge auf Zuschüsse genehmigen zu können, brauchen wir jedoch doppelt so viel Geld. Trotzdem wird die Landesregierung die betroffenen Kommunen weiterhin mit allen ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten unterstützen. Ich bin mir gewiss, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern, namentlich die Landesregierung, diese Kommunen nicht alleine lassen wird. Wir werden – und deswegen kann ich mich ausdrücklich für diesen Antrag bedanken – natürlich unsere Aktivitäten verstärken müssen, um hier auch weitere positive Effekte im Interesse der Menschen in diesen Regionen und an diesen Orten zu erreichen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Petters. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Petters, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich einmal die Tagesordnungen der Landtagssitzungen der laufenden beziehungsweise der 3. Legislaturperiode vornimmt und sich auf das Thema Bundeswehr konzentriert, dann fällt eines besonders auf: Während es anfangs um die Sicherung und den Erhalt von Bundeswehrstandorten im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform ging, setzen wir uns heute mit den Folgen derselben auseinander, so auch mit vorliegendem Antrag „Konversion in Mecklenburg-Vorpommern“, denn Konversion wird erst notwendig, wenn der Bundeswehrstandort bereits geschlossen ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, Kern des Problems ist doch, dass die Koalitionsfraktionen ein ambivalentes Verhältnis zur Bundeswehr pflegen

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

und somit mit zweierlei Stimmen, also geschwächt als Vertreter des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Berlin auftreten.

Wäre ich Bundesverteidigungsminister und müsste eine entsprechende Strukturreform inklusive Standort-schließungen durchsetzen, würde ich mich über Länder wie Mecklenburg-Vorpommern als leichtes Opfer freuen. Wenn die SPD einerseits die Eurofighter in Laage stationiert, andererseits aber entsprechende Übungsplätze verhindern möchte, will die PDS keines von beiden.

(Peter Ritter, PDS: Einstimmiger
Landtagsbeschluss!)

Andererseits versucht der militärpolitische Sprecher der PDS, Herr Ritter, den wir ja gehört haben,

(Peter Ritter, PDS: Friedenspolitisch
bitte. Darauf lege ich Wert.)

natürlich alles, um die in seinem Wahlkreis gelegenen Standorte, und zwar in erster Linie Stavenhagen, vor Einschnitten zu retten.

(Peter Ritter, PDS: Und
was ist da Schlechtes dran?)

Wer soll das alles noch verstehen, meine Damen und Herren?

(Torsten Koplín, PDS: Sie
verstehen das nicht, das ist klar!)

Ich frage Sie: Wer in Berlin soll bei so einer Vorgehensweise dieses Land noch ernst nehmen?

(Zuruf von Gerd Walter, PDS)

Zu Ihrem Antrag. Wir, sprich der Landtag, sollen also die Initiativen der Landesregierung zum Thema Konversion begrüßen. Diese weichgespülte Politikrhetorik sind wir ja bereits von anderen Anträgen der Koalitionsfraktionen gewöhnt. Begrüßen wir also das Handeln, das nötig geworden ist, weil im Vorfeld nicht gehandelt worden ist.

Meine Damen und Herren, es geht nicht um irgendwelche belanglosen Absichtserklärungen, wenn wir über die Bundeswehr sprechen. Wir sprechen von insgesamt 16.960 Dienstposten, also auch von vielen Soldaten, zivilen Beschäftigten und deren Familien. Machen Sie sich das bitte, wenn Sie über dieses Thema diskutieren, bewusst!

Und dann schreiben Sie in Ihrem Antrag, dass die Landesregierung aufgefordert wird, die Leitlinien für Konversion auf der Grundlage der Bestimmungen des regionalen Förderprogramms bis Ende 2004 fortzuschreiben, sprich GA-Mittel für die Konversion einzusetzen. Ich hoffe nicht, dass es sich bei diesen eingesetzten Mitteln um die 7,9 Millionen Euro handelt, die der Wirtschaftsminister bereits zur Umsetzung der globalen Minderausgabe angeboten hat.

Punkt 2 Ihres Antrages wird auch immer wieder gern genommen. Das Schreien nach Bundeshilfen ist nicht immer legitim, kommt jedoch oft zu spät, um wirklich etwas für die Menschen vor Ort zu erreichen. Handeln, wenn fast alles zu spät ist, kann im Einzelfall die Probleme abmildern, lösen lassen sich die Probleme nicht. Ich habe dem Ministerpräsidenten des Landes am 7. April 2004 einen Brief zu diesem Thema geschrieben, in dem ich ihn gebeten habe, sich als Regierungschef ganz eindeutig noch einmal für die Standorte der Bundeswehr in diesem Land einzusetzen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

und dies gegenüber dem Bundesverteidigungsminister und dem Bundeskanzler deutlich zu machen. Und was ist passiert, meine Damen und Herren?

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Nichts.)

Ich habe nichts gehört von der Staatskanzlei, ich habe weder eine Eingangsbestätigung noch einen Zwischenbescheid bekommen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das stimmt doch nicht?! Kollege Petters, das gibt es doch nicht!)

Wie soll sich erst ein Soldat in diesem Land fühlen, ein Kommandeur oder die Bürger, wenn hier sogar schon Abgeordnete absolut ignoriert werden in diesem Land?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das gibt es doch gar nicht! Das kann doch gar nicht sein! – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das ist ein unbeliebtes Thema.)

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie das nicht hören wollen, es ist einfach Tatsache, wenn man sich hier für dieses Land einsetzen will und den Ministerpräsidenten bittet, sich wirklich dafür einzusetzen, wofür er eigentlich da ist, und zwar für dieses Land und auch für die Soldatinnen und Soldaten im Land, dass man keine Antwort bekommt.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Meine Fraktion hat Ihnen einen Änderungsantrag vorgelegt – weil dieser Antrag, wie Sie ihn präsentiert haben, aus unserer Sicht einfach nicht hinnehmbar und nicht zustimmungsfähig ist –, der sich in erster Linie mit unseren bisherigen Anträgen zum Thema Bundeswehr befasst und unsere Position auch ganz klar unterstützt.

Punkt 1 unseres Änderungsantrages ist ein klares Bekenntnis zur Bundeswehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist erst einmal ganz notwendig. Ihre Aufgaben, die Standorte und die dort arbeitenden Menschen sind Voraussetzung, um insbesondere glaubhaft nach Berlin zu vermitteln, dass es einem ernst ist mit den dort vertretenen Positionen, nämlich der Sicherung dieses auch wichtigen Wirtschaftszweiges in einem strukturschwachen Flächenland.

Direkt daran knüpft Punkt 2 unseres Änderungsantrages an. Dieser macht deutlich, dass es gerade dem fehlenden Engagement aufgrund der ambivalenten Haltung der Landesregierung geschuldet ist, dass ehemalige modernste Großstandorte wie Eggesin, Basepohl oder andere diesen Aderlass hinnehmen mussten.

Punkt 3 unseres Änderungsantrages bedeutet, dass die Landesregierung jetzt wirklich aufgefordert ist, denn es geht uns darum, dem Landtag umfassende Nachnutzungskonzepte vorzulegen. Schon jetzt wissen Sie ja, dass die letzte Veränderung der Standortkonzeption der Bundeswehr noch nicht abgeschlossen ist und da wird schon wieder über die nächste gesprochen. Was tun wir jetzt? Warten wir erst, bis wieder weitere Standorte dichtgemacht werden?

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Nein. Jetzt müssen wir im Vorfeld schon Kontakt mit der Bundeswehr und mit dem Bundesverteidigungsministerium haben. Was aber zu kritisieren ist, ist, dass im Vor-

feld weder die bundeseigene Verwertungsgesellschaft GEP noch die Oberfinanzdirektion Bundesvermögensabteilung in der Lage noch willens sind. Mein Wahlkreis ist unmittelbar davon betroffen, denn das Sanitätszentrum der Bundeswehr in Neustadt-Glewe soll geschlossen werden. Da muss man sich doch jetzt schon einmal darum kümmern, wie so ein attraktiver Standort am Neustädter See vermarktet wird.

(Minister Dr. Till Backhaus: Wo ist denn Ihr Wahlkreis? – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Da bekommen Sie weder von der Stadt noch von der Oberfinanzdirektion, noch von der GEP irgendwelche Unterlagen, um eventuell erste Investorengespräche führen zu können.

Meine Damen und Herren, auch dort haben wir keine Unterstützung, weder vom Bund noch vom Land. Und es reicht auch nicht, dass man sich zu diesen Standorten bekennt, denn Nachnutzungskonzepte sind für uns ganz klar nicht die Ausweisung ehemaliger Großstandorte der Bundeswehr wie beispielsweise Pütnitz als Biotop. Das ist sicherlich der falsche Weg.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und wenn ich den militärpolitischen Sprecher der PDS noch einmal zitieren darf:

(Torsten Koplín, PDS, und Peter Ritter, PDS: Friedenspolitisch!)

„Konversion sollte Verfassungsrang haben hier in Mecklenburg-Vorpommern.“ Dazu sage ich Ihnen: Mein Vorschlag ist ein klares Bekenntnis zur Bundeswehr, sie sollte hier Verfassungsrang haben, meine Damen und Herren! Das ist mir wichtig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Handeln ist angesagt, meine lieben Kollegen von der PDS und SPD, und nicht politische Rhetorik! Ich wünsche mir, dass Sie unserem Änderungsantrag zustimmen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Petters.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schwarz. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss erst einmal sehen, was hier drin ist, die trinken hier vorne alle so kräftig.

(Heinz Müller, SPD: Wasser!)

Es ist Wasser, wirklich Wasser!

Ich habe das Pech, hier wieder als Vierter zu reden, aber ich muss jetzt alles über Bord werfen. Herr Petters, das war keine faire Diskussion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich spreche jetzt einmal als einer der Betroffenen. Ich bin Bürgermeister der Gemeinde Demen und stecke mit in der Konversion.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was? Wer wird konvertiert?)

Doch, das ist so.

Ich sage einmal, in den 90er Jahren war es so, dass die Konversion, und zwar die alte Konversion, zumeist die Ostdeutschen getroffen hat. Jetzt, Herr Petters, ist es ein gesamtdeutsches Problem. Das heißt, wir reden jetzt von 16 Bundesländern, die betroffen sind.

(Torsten Koplín, PDS: Herr Petters hat nur die Wahl im Kopf.)

Ich bin im vorigen Jahr in Neuruppin zum so genannten Konversionsommer gewesen. Da wurden alle Bürgermeister von Deutschland eingeladen, die es betrifft. Es sind sehr viele da gewesen, und zwar von Bayern bis zum Norden und vom Westen bis zum Osten. Und wir alle haben ein Problem.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Sachsen auch.)

Deswegen gehe ich noch einmal ganz kurz auf Ihren Änderungsantrag ein, denn im ersten Satz schreiben Sie, dass wir uns zur Bundeswehr bekennen sollen. Ich glaube, das haben wir bereits vor über einem Jahr gemacht. Wir haben auch erkannt, dass es ein Wirtschaftsfaktor ist. Das haben wir getan.

(Andreas Petters, CDU: Aber nicht inhaltlich, dass wir zur Bundeswehr stehen.)

Jetzt muss ich noch einmal den zweiten Punkt herausnehmen: „alle Anstrengungen zu unternehmen, um weitere Standortschließungen zu verhindern“. Die Bundeswehr nimmt ja eine rasante Entwicklung. Wir haben jetzt momentan 270.000 und die sollen auf circa 250.000 abgespeckt werden. Wenn ich die Bundeswehr reduziere, dann hat das logischerweise auch Auswirkungen auf die Standorte, denn auch die Richtlinien der Bundeswehr haben sich geändert. Das heißt, die Landesverteidigung steht nicht mehr so im Vordergrund, dank des Wegfalls des eisernen Vorhangs. Und jetzt spielen andere. Am NATO-Gipfel 2002 in Prag haben die NATO-Mitgliedsstaaten dieses NATO-Response-Force beschlossen. Das heißt auf Deutsch gesagt: Krisenbewältigung, Eingreiftruppe unter UNO-Mandat. Die Verteidigung spielt nicht mehr diese Rolle und das bedeutet, dass es in der Struktur der Bundeswehr nicht nur bei den 250.000 bleiben wird, sondern dass die Abspeckung weitergehen wird.

Wir redeten gestern und vorgestern über globale Minderausgaben und über Strukturveränderungen und heute sagen Sie hier, die Standortschließung ist zu verhindern. Nun versetze ich mich einmal in die Lage des Bundes, denn wenn ich weniger Soldaten habe, dann habe ich auch weniger Standorte. Wenn ich zum Beispiel einmal weniger Schüler haben werde, dann muss ich auch weniger Standorte haben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Andreas Petters, CDU)

Das ist für mich eigentlich logisch und das sage ich jetzt wirklich als einer der Betroffenen.

Dann, haben Sie gesagt, wird das Personal entlassen. Ich kann aus Sicht der Gemeinde Demen sagen, dass das ganze Personal und alle Zivilisten in andere Standorte umgesetzt werden und kein einziger entlassen wird.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Schwarz, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Born?

Thomas Schwarz, SPD: Bitte.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Schwarz, stimmen Sie mir zu, dass es neben Mecklenburg-Vorpommern noch 15 weitere Bundesländer gibt

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Stehen Sie uns bei, Herr Dr. Born!)

und dass wir doch gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen sollten, insbesondere auch die Landesregierung, um weitere Standortschließungen in Mecklenburg-Vorpommern zu verhindern?

Thomas Schwarz, SPD: Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, dass das ein gesamtdeutsches Problem ist. Das heißt, dass dann 15 Ministerpräsidenten beim Bundesverteidigungsminister auftauchen würden. Können Sie sich in die Lage des Bundesverteidigungsministers versetzen?

(Renate Holznagel, CDU: Frau Simonis hat ja schon alles getan dafür.)

Ich habe gesagt, für mich ist es nachvollziehbar, dass es bei der Abspeckung des Personals logischerweise auch zu Standortschließungen kommt. Aber wir haben doch noch die Standortschließung, das, was ja meine Vorredner und der Herr Minister gesagt haben. Es betrifft jetzt ja Standorte, die gut saniert sind. Das heißt, es gibt dadurch ja auch eine Arbeitsmarktchance vor Ort.

(Andreas Petters, CDU: Deshalb fordern wir Nachnutzungskonzepte!)

Die kommen, die kommen, Herr Petters.

Ich wollte nur sagen, dass es nicht fair war, einerseits zu verhindern, dass Strukturentscheidungen gefällt werden, und andererseits hier im Land über Strukturentscheidungen zu reden. Das meine ich jetzt. Wenn, dann muss ich doch fair bleiben. Ich versuche es ganz einfach.

(Andreas Petters, CDU: Das ist doch die Realität! Das ist doch die Realität!)

Ich will damit einfach nur sagen, dass für Demen zum Beispiel unter Volker Rühle bereits schon 1995 beschlossen war, dass es geschlossen wird.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und das war schlimm.)

Es war schlimm. Nun kann ich mich aber als Bürgermeister nicht hinsetzen und sagen, es ist schlimm, sondern ich muss handeln. Und das werden wir tun.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Deshalb müssen wir verhindern, dass noch mehr geschlossen wird.)

Ich sage es noch einmal: Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat aus meiner Sicht im Zuge der Konversion und der finanziellen Lage, in der wir uns befinden, Großartiges getan.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Vor kurzem erst habe ich in der Zeitung gelesen, dass zum Beispiel 2 Millionen nach Eggesin gehen.

(Heinz Müller, SPD: Ja, sehr gut.)

Stavenhagen ist auf einem guten Weg. Der Arbeitsminister sagte es gerade, inwiefern sie gefördert worden sind, und der Innenminister hat auch wieder 700.000 Euro bereitgestellt. Wenn das im Rahmen der finanziellen Möglichkeit ist, dann finde ich das eine tolle Leistung, denn davon hat bereits Rostock profitiert, Wismar hat profitiert, auch ich in Demen habe profitiert. Die Machbarkeitsstudie ist vom Land finanziert worden. Ich habe lediglich 2,5 Prozent davon tragen müssen und es hat sich auch gelohnt. Die Machbarkeitsstudie sagt aus, in Demen ist ein Industrie- und Gewerbegebiet. Jetzt heißt es für mich als Kommunalpolitiker bei allen Problemen, die wir haben, dass ich nicht warten werde, bis der Geldsegen kommt. Dazu bin ich viel zu sehr Realist. Ich werde die Arme hochkrempeeln, in die Hände spucken und mit der Kommune gemeinsam versuchen, aus Demen etwas zu machen. Die Chancen sind nämlich da.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Andreas Petters, CDU)

Ich führe Gespräche auf allen Ebenen und sechsmal haben wir mit der Arbeitsgruppe getagt. Die Präsenz war wirklich da, und zwar vom Wirtschaftsministerium über die Standortverwaltung, über die Wehrbereichsleitung bis zur Oberfinanzdirektion. Alle waren vertreten und ständig da.

(Andreas Petters, CDU:
Und was ist rausgekommen?)

Ich habe auch die Wirtschaft eingeladen und habe die volle Unterstützung. Ich bin optimistisch, dass ich es schaffen werde.

Ich muss aber noch einmal darauf zurückkommen, warum können wir denn nicht den Antrag, den wir eingebracht haben, ...

(Andreas Petters, CDU: Weil er flach ist.)

Wieso denn flach? Herr Petters, es ist ja einfach, in der Opposition etwas zu fordern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein.)

Ich denke, der Antrag kann doch auch von Ihnen getragen werden. Das, was wir fordern, das ist doch in Ordnung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein.)

Es betrifft doch alle Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, in Vorpommern, in Mecklenburg, die Bürgermeister aller ...

(Renate Holznagel, CDU: Das ändern wir ja gar nicht mit dem Änderungsantrag.)

Nein. Ich finde, und wir haben uns bereits dazu bekannt, dass es ein Wirtschaftsfaktor ist. Und „alle Anstrengungen zu unternehmen“, das ist für mich zu populistisch. Ich habe es gerade gesagt, die Bundeswehr macht auch ihre Strukturen durch. Das hängt natürlich mit der Aufgabe der Bundeswehr zusammen, aber natürlich auch damit, dass sie finanziellen Zwängen ausgeliefert ist. Und deswegen würde ich Sie wirklich bitten, meine Damen und Herren, dass wir heute vielleicht parteiübergreifend diesen Antrag gemeinsam als Zeichen setzen, und zwar auch für die Kommunen.

(Andreas Petters, CDU: Dann müssen Sie den mal lesen!)

Wir können es nicht nach böse und gut einteilen, das ist nicht fair. Ich finde, das ist ein guter Antrag, mit dem wir alle leben können. Wichtig ist, dass wir nicht den Gemeinden vor Ort suggerieren, dass irgendwann der Wirtschaftsminister oder einer vom Bund mit dem Geldkoffer rumkommt, sondern auch wir ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das glauben sie ja sowieso nicht mehr.)

Deswegen sage ich ja, vor Ort in die Hände spucken. Es wurde doch vom Arbeitsminister und von meinem Vorredner, Herrn Ritter, bewiesen, dass sich hier einiges getan hat. Ich denke, auf diesem sollten wir weiter aufbauen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schwarz.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Petters, Ihre Argumentation ist einflach flach und nicht der Antrag.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Es ist einfach ein Märchen, dass Mecklenburg-Vorpommern Verlierer bei der Bundeswehrstrukturreform wäre. Dem ist nicht so. Rostock wird ausgebaut und Laage wird ausgebaut, ob mir das nun passt oder nicht. Die Dienstposten in Basepohl sind nicht ersatzlos gestrichen worden, die sind eins zu eins nach Hagenow verlagert worden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Finden Sie das gut?)

Was am Ende bleibt, ist, dass die Kaserne leer steht, und das ist unser Problem. Und dass man Konversion beginnen muss, bevor die Kasernen dichtgemacht werden, das haben Sie doch an Ihrem eigenen Beispiel in Neustadt-Glewe beschrieben.

(Torsten Koplín, PDS: Genau.)

Sie wissen jetzt, dass das Ding dichtgemacht wird oder dicht gemacht werden soll, dann muss ich mich doch jetzt kümmern. Dazu brauche ich die Unterstützung der Landesregierung und dazu brauche ich die Leitlinien.

(Andreas Petters, CDU: Bekomme ich gar nicht. Die Liegenschaften gehören dem Bund.)

Und das, was Sie in Ihrem Änderungsantrag fordern, soll Bestandteil der Leitlinien sein, also brauche ich das doch nicht noch einmal zu ergänzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will ganz kurz noch einmal zum Schluss auf vier Punkte eingehen:

Erstens möchte ich noch einmal unseren Vorschlag wiederholen, den ich schon im Januar 2003 unterbreitet habe, auch bei der Landesregierung, und zwar ähnlich wie in Brandenburg, einen Fachbeirat für Konversion zu bilden. Ich denke, Konversionsexperten mit ausreichender Erfahrung gibt es genug in unserem Land. Die können hel-

fen, den Stand der Konversion in Mecklenburg-Vorpommern aufzuarbeiten, zu analysieren, zu bewerten und vor allen Dingen langfristige Strategien zur Lösung der alten und neuen Konversion zu erarbeiten. Und es kann damit auch gelingen, die begrenzten Ressourcen, Herr Schwarz ist darauf eingegangen, die begrenzten Ressourcen des Landes und der Kommunen zu berücksichtigen und zu bündeln und vor allen Dingen die Landesregierung, die Kommunen und weitere Beteiligte fachlich zu beraten.

Zweitens möchte ich noch einmal unterstreichen, auch das hat Herr Schwarz als betroffener Bürgermeister hier dargestellt, dass Konversion nicht ohne die rechtzeitige und umfassende Einbeziehung der betroffenen Kommunen geht. Das besondere Problem dabei ist natürlich die Haushaltsschwächung unserer Kommunen. Es fehlen oft die Eigenmittel zur Kofinanzierung, das ist hier am Beispiel der Gemeinde Grammentin im Landkreis Demin dargestellt worden. So können weder die wichtigen Initiativfunktionen noch die kommunale Planungshoheit umgesetzt werden.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch den Städte- und Gemeindetag des Landes Mecklenburg-Vorpommern noch einmal bitten, sich dieser Problematik besonders anzunehmen, und die betroffenen Kommunen ermuntern, sich in einer Arbeitsgemeinschaft „Konversion und Stadtentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern“ zusammenzuschließen. Erfahrungen dazu gibt es in Brandenburg ausreichend, die sollten wir unbedingt aufnehmen.

Drittens, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es seit einiger Zeit ein Europäisches Netzwerk für Konversion, Convernet. Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Tschechien arbeiten in diesem Europäischen Netzwerk mit. Die Stadt Stavenhagen ist diesem Netzwerk beigetreten, und zwar aus eigenem Antrieb heraus und mit eigener Finanzierung. Ich bitte auch hier die Landesregierung, sich dieser internationalen Zusammenarbeit nicht länger zu verweigern.

Viertens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, plötzlich und unerwartet wurden gestern neue Steuerausfälle bekannt gegeben. Doch ungeachtet dieser angespannten Haushaltslage soll die Bundeswehr in den kommenden Jahren neue Fluggeräte erhalten. Dazu gehören nach Angaben von Verteidigungsminister Peter Struck das Kampfflugzeug Eurofighter, der Transporthubschrauber NH 90, der Kampfhubschrauber Tiger sowie das Tankflugzeug Airbus A310 MRTT. Die Beschaffungskosten werden sich auf gut 27 Milliarden Euro belaufen. Das teilte der Verteidigungsminister am Dienstag dieser Woche auf der internationalen Luft- und Raumfahrt Ausstellung in Berlin mit. Einen Tag zuvor stellte der Bundesverteidigungsminister seinen Jahresabrüstungsbericht vor. Das Wort „Konversion“ oder das Wort „Bundeskonversionsprogramm“ wird man dort vergeblich suchen. Deshalb lassen Sie uns weiter auf der Bundesebene für ein solches Programm kämpfen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Ritter, gestatten Sie eine Frage der Abgeordneten Frau Fiedler-Wilhelm?

Peter Ritter, PDS: Bitte.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Frau Fiedler-Wilhelm.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Herr Kollege, gestatten Sie mir drei Fragen hintereinander? Die gehören zusammen, keine Angst.

Erstens: Halten Sie grundsätzlich Konversion für besser als den Versuch, gut ausgebaute und teuer ausgebaute große Standorte, die gut funktionieren, zu erhalten?

Peter Ritter, PDS: Es wäre sicherlich sinnvoll gewesen, wenn man das am Beispiel des Standortes Basepohl einmal herleitet, den Standort Basepohl am Leben zu erhalten, anstatt wenige Kilometer entfernt von Basepohl einen neuen Truppenübungsplatz zu errichten und die Dienstposten von Stavenhagen aus nach Hagenow zu verlagern. Das ist aber nicht die Entscheidung der Landesregierung, das ist die Entscheidung des Bundes.

Diese Entscheidung des Bundes beläuft sich auf die Bundeswehrstrukturreform. Die Bundeswehr soll auf eine neue Aufgabenstellung ausgerichtet werden. Die gefällt mir zwar nicht, das habe ich hier mehrfach dargelegt, aber auch darauf habe ich keinen Einfluss. Wenn man aber wie Sie, diese neue Ausrichtung der Bundeswehr, den Einsatz der Bundeswehr unterstützt, dann muss man damit leben, dass auch neue Übungsbedingungen geschaffen werden, dass die Truppen konzentriert werden müssen et cetera pp. Das ist der Hintergrund dieser Strukturreform. Daher kommt es auch zur Verlagerung von Truppen aus einem modernen Standort, wo 60 Millionen reingeflossen sind, an einen anderen Standort. Das halte ich haushaltspolitisch für Unsinn! Aber das ist nicht meine Entscheidung. Meine Sorge ist es jetzt, dass wir diese Millionen nicht in den Sand setzen, sondern dass wir aus diesem Objekt etwas Brauchbares machen und Investoren reinholen, die bereit sind, auch dort zu investieren.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine zweite Frage von Frau Fiedler-Wilhelm?

Peter Ritter, PDS: Ja.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Eine kleine Nachfrage nur. Herr Ritter, nehmen Sie mir ab, dass ich diese Details kenne? Sie können auch ein bisschen kürzer antworten.

(Dr. Martina Bunge, PDS:
Das ist doch keine Frage.)

Peter Ritter, PDS: Ja, sicher.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Zweite Frage. Halten Sie es nicht für kontraproduktiv, gerade vor dem Hintergrund der jetzt in Bonn und Berlin passierenden Standortdiskussionen, die Entscheidungen sind ja noch nicht gefällt, wenn wir mit solchen Dingen wie Schutzstatus für Truppenübungsplätze, zum Beispiel Vogelschutzstatus, FFH-Gebiet, unter denen die Attraktivität von diesen Truppenübungsplätzen leidet, Standortfragen negativ beeinflussen?

Peter Ritter, PDS: Offenbar sind ja die Truppenübungsplätze, die Sie meinen, nicht so attraktiv, sonst würde sie die Bundeswehr nicht aufgeben.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine dritte Frage?

Peter Ritter, PDS: Ja.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: An die Frage anschließend, wissen Sie mehr über Standortentscheidungen als wir?

Peter Ritter, PDS: Nein, das kann ich mir nicht vorstellen.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Dann bezweifle ich, dass Sie die zweite Frage so beantworten können, wie Sie die beantwortet haben, Herr Ritter.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Keine Kommentare bitte, Frau Fiedler-Wilhelm. Fragen dürfen Sie stellen.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Danke.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Dann rufe ich als nächsten Redner noch einmal für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Petters auf.

(Andreas Petters, CDU: Nein, erst mal Herrn Backhaus!)

Ach nein, doch nicht. Dann rufe ich auf den Abgeordneten Herrn Backhaus. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Till Backhaus, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Vielen Dank, dass ich die Möglichkeit auch noch einmal ergreifen darf, aus der Sicht meines Wahlkreises zu dem Thema etwas zu sagen.

Herr Petters, Sie haben ja angedeutet, wie die Betroffenheit angeblich sein soll im Landkreis Ludwigslust. Und ich darf Ihnen noch einmal ausdrücklich sagen: Sie erwecken hier den Eindruck, als ob Sie sich zurzeit um alles und jedes kümmern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heike Polzin, SPD: Das tun wir ja auch. – Zuruf von Klaus Mohr, SPD)

Das ist viel Schaum, sehr viel Schaum und sehr viel Schlägerei.

(Torsten Koplín, PDS: Alles schäumt. – Heike Polzin, SPD: Er träumt.)

Ich hoffe, dass ich dafür keinen Ordnungsruf bekomme. Ich kenne Sie ja auch ein kleines bisschen und ich finde es zum Teil bemerkenswert, was Sie alles leisten.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Aber diese ewige Schaumschlägerei fällt Ihnen irgendwann auf die Füße. Das kann nur jemand machen, das kann wirklich nur jemand machen,

(Rainer Prachtl, CDU: Na, mal gucken, wer da wettbewerbsfähiger ist!)

der irgendwann einmal begreifen muss, dass die Menschen in diesem Bundesland auch eine andere Philosophie haben, und in die muss man hineinwachsen. Dazu brauchen Sie noch eine ganze Weile.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Was mich dabei wirklich aufregt, das kann ich Ihnen hier noch einmal sagen, vielleicht fangen Sie auch morgen an und sagen, wir müssten eigentlich die Grenztruppen wieder haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

Vielleicht wäre das ja auch einmal ein Beispiel. Ich will auch nicht polemisch werden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte ausdrücklich sagen, dass das nach der Wende Erbrachte, und man sieht ja auch bei Ihrer Fraktion, wie hochgradig interessant das Thema Bundeswehr und die Bundeswehrstandorte sind, denn es sind ganze vier Abgeordnete da.

(Jörg Heydorn, SPD: Sag's Ihnen doch mal, Till!)

Das zeigt ja wirklich auch das hochgradige Interesse.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Und deswegen will ich jetzt noch einmal eines sagen, ich will den Konsens auch nicht beschädigen, ich will Ihnen nur eines noch einmal sagen: Die SPD steht ohne Wenn und Aber zu dem, was die Bundeswehr in Mecklenburg-Vorpommern geleistet hat, und dazu, was die Soldaten und Soldatinnen hier leisten. Ich sage das ausdrücklich!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und wenn Sie hier wieder den Eindruck erwecken – und ich habe das ja sehr genau verfolgt, ob in Hagenow oder in Lübbtheen auf dem Truppenübungsplatz oder das, was Sie zum Standort in Neustadt-Glewe angedeutet haben –, als ob diese böse Bundesregierung nun herkommt und diese Standorte mit Gewalt kaputt machen will, dann frage ich Sie ausdrücklich: Was ist denn unter Herrn Ruhe passiert? Hat es da nicht auch Truppenübungsplatzkonzepte und Truppenstandortkonzepte gegeben?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Sind da nicht auch eine ganze Reihe von Truppenstandorten geschlossen worden? Tun Sie doch nicht so, als ob Sie das alles nicht wissen! Das ist doch unredlich, wenn man sich hier hinstellt und so tut, als ob man an wirtschaftlichen Zwängen nicht vorbeikommt. Und dann kommt eins noch hinzu, ...

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Das wissen Sie doch auch ganz genau. Jawohl!

Eins kommt noch hinzu, die Bundeswehr selber muss wirtschaftlicher werden. Der Bundesverteidigungsminister steht ja auch noch vor den Entscheidungen. Glauben Sie mir, dass der Ministerpräsident sich in dieses Thema intensiv einbringt.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Nee, das glaube ich nicht!)

Ach, Sie wissen doch gar nichts davon, Frau Fiedler!

(Jörg Heydorn, SPD: So ist es.)

Frau Fiedler, Sie wissen doch gar nicht, was dort abläuft. Hören Sie mir doch wenigstens zu!

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Hören Sie mir bitte wenigstens zu, damit Sie es auch mit nach Hause nehmen können!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich weiß, ich weiß ja. Heute Morgen haben Sie sich auch in die Debatte eingemischt, da waren Sie gar nicht dabei und haben den Redebeitrag gar nicht gehört. Dann

kommen Sie hier an und rufen genauso dazwischen. Das bringt uns doch überhaupt nicht weiter!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Holger Friedrich, SPD: Genau. –
Jörg Heydorn, SPD: So ist es!)

Ich will Ihnen nur eines sagen: Der Bundesverteidigungsminister hat zugesagt, ...

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Hören Sie doch bitte wenigstens einmal zu!

(Heinz Müller, SPD: Kann sie ja nicht.)

Der Bundesverteidigungsminister hat zugesagt, dass, bevor Entscheidungen getroffen werden – und das finde ich sehr, sehr positiv –, und zwar bevor für alle 16 Bundesländer Entscheidungen getroffen werden, die Ministerpräsidenten der Länder in einem Gespräch informiert werden. Ich finde das richtig. Und Sie wissen es auch ganz genau, dass im Oktober, November eine Entscheidung gefällt werden soll.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Andreas Petters, CDU)

Nein, das ist nicht normal. Das hat Herr Rühle zum Beispiel seinerzeit auch nicht gemacht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Natürlich hat er das gemacht! Selbstverständlich hat er das gemacht!)

Ja, vielleicht mit den Schwarzen, mit den CDU-Leuten. Das kann sein.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich denke, dass der Truppenübungsplatz unter anderem in Lübtheen auch damals schon zur Debatte stand, das ist bekannt gewesen. Und ich sage Ihnen eines noch einmal, es tut mir Leid, das muss ich in diesem Zusammenhang sagen, das, was die Bundeswehr leistet, gerade auch was die Friedenspolitik der Sozialdemokratie anbetrifft, das sage ich ausdrücklich, ist hervorragend. Das ist hervorragend!

(Torsten Koplín, PDS: Genau!)

Und wenn es nach Ihnen gegangen wäre, das muss ich hier heute so sagen, dann wäre heute die Bundeswehr wahrscheinlich im Irak und hätte dieses Desaster mitmachen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das sage ich Ihnen ganz ernst, Herr Petters, und deswegen noch einmal ausdrücklich ein Wort an Ihre Adresse.

(Egbert Liskow, CDU: Wir müssen
doch mal ehrlich bleiben! Unter
UN-Mandat haben Sie immer gesagt.)

Ich weiß, ich weiß. Und ich bin dem Bundeskanzler und insbesondere an dieser Stelle ausdrücklich dem Bundesverteidigungsminister Struck, der eine hohe Anerkennung mittlerweile in der Truppe sich erworben hat, dankbar, was er in den letzten Monaten für die Truppe geleistet hat. Das sollten Sie auch einmal anerkennen!

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das bestreitet ja auch keiner.)

Ansonsten möchte ich nur noch einmal erwähnen, ich finde den Antrag ausgesprochen gut. Ich bitte wirklich um Unterstützung. Für mich ist klar, dass wir alles daransetzen müssen, dass Standorte, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten möglichst erhalten werden müssen.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Genau! Ganz genau!)

Darum müssen wir uns kümmern und darüber sind wir uns auch sicherlich einig. Aber was Wirtschaftlichkeit auf der einen Seite bedeutet und welche Konsequenzen sich daraus gegebenenfalls ableiten, das haben doch andere Standorte schon erfahren.

Und, Frau Fiedler, abschließend, Wilhelm, wenn ich Ihnen das noch einmal sagen darf, ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Frau Fiedler-Wilhelm, Entschuldigung, wenn ich Ihnen das noch einmal sagen darf, Sie wissen es doch auch sehr genau, wenn Sie einmal in der Truppe gewesen sind und einmal in Eggesin oder in anderen Standorten mit Soldatinnen und Soldaten gesprochen haben, dann wissen Sie auch sehr genau, welche Probleme die Standorte durchlaufen und durchmachen müssen, insbesondere was Dienstgrade anbetrifft, die länger dienen. Das ist schon ein Problem für die Familien, wenn man dort keine Arbeit findet und wenn man dort auch die Probleme in dem sozialen Umfeld sieht, dass man dort nicht unbedingt so gerne hin will. Das wissen Sie doch ganz genau und deswegen müssen wir aufpassen. Ich bin davon überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass die Standorte, die unter wirtschaftlichen Voraussetzungen auch in der Existenz weitergeführt werden müssen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Dann müssen
Sie uns auch die Vorteile nennen! Wir haben
gute wirtschaftliche Voraussetzungen.)

dass wir uns da durchsetzen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Herr Petters von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Petters, CDU: Herr Backhaus, also wenn Sie jemals ein Amt angestrebt haben, das Ministerpräsident et cetera pp. heißen sollte, Sie haben sich mit diesem Redebeitrag für so eine Funktion absolut disqualifiziert.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD –
Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie mir unterstellen wollen, dass ich die Grenztruppen gerne wieder nach Mecklenburg-Vorpommern haben möchte, dann ist das unverschäm! Das waren nämlich Soldaten, die andere Menschen totschießen sollten an der Grenze.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das müssen Sie einmal ganz klar wissen! Und wenn Sie mir sagen, ich mache hier Populismus,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
 Dr. Till Backhaus, SPD: Und was ist im Irak?
 Was machen Ihre befreundeten Truppen im Irak?
 Was hat denn Frau Merkel gesagt? – Zurufe von
 Rainer Prachtl, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte, hier die Diskussion in einer entsprechenden Art und Weise zu führen. Der Redner hat hier das Rederecht. Ich bitte für eine solche Atmosphäre hier zu sorgen, dass man ihn auch im Saal verstehen kann.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ich habe
 gesagt, vielleicht! – Rainer Prachtl, CDU:
 Wenn man so was redet, das ist doch schlimm! –
 Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
 und Torsten Renz, CDU)

Ich habe die Redezeit unterbrochen, Herr Petters, Sie haben noch eine halbe Minute.

Andreas Petters, CDU: Danke sehr.

Herr Backhaus, Sie als Landwirtschaftsexperte sind ganz klar auch dort kompetent. Ich war seit 1978 bis 1990, bis ich in dieses schöne Land gekommen bin, bei der Bundeswehr. Sie können mir nicht unterstellen, dass ich in dem Bereich Polemik mache.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Doch, machen Sie.)

Es geht im Vorfeld darum, die Truppenteile, die von Schließung bedroht sind, zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
 Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Richtig. –
 Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Und nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass der Truppenübungsplatz in Lübtheen, obwohl es überhaupt noch keine Entscheidung über das Truppenübungsplatzkonzept des Bundes gibt, bereits jetzt insgesamt von den Informationskanälen abgeschlossen ist! Er wird so behandelt, als wenn er quasi geschlossen wäre. Da müssen doch wirklich mal Ihr Bundestagsabgeordneter, den Sie immer dorthin schicken, und auch Sie persönlich im BMVg mal Farbe bekennen und sagen, so lange ein Standort nicht geschlossen ist, muss man ihn auch noch anbinden und muss ihm Chancen geben, sich zu entwickeln und sich zu präsentieren. Das fordern wir von Ihnen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
 Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut. –
 Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Ich bitte um Sachlichkeit, um mehr Sachlichkeit beim Thema.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Petters, ...

Andreas Petters, CDU: Und Ihre Polemik können Sie woanders machen, in Ihrem Landwirtschaftsbereich, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Petters!

Andreas Petters, CDU: ... aber Verteidigungspolitik ist etwas, da sollten wir wirklich einen parteiübergreifenden Konsens ...

(Zurufe von Dr. Till Backhaus, SPD,
 und Regine Lück, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Petters! Herr Petters! Herr Abgeordneter Petters, Ihre Redezeit ist jetzt abgelaufen.

(Zuruf von Bodo Krumbholz, SPD)

Andreas Petters, CDU: Bitte?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ihre Redezeit ist jetzt abgelaufen. Ich habe Sie zweimal angemahnt. Es tut mir Leid, die Redezeit ist damit beendet. – Danke schön.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD –
 Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von
 Dr. Till Backhaus, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Die Aussprache ist beendet.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat eine Beratungspause beantragt. Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten. Wir setzen um 11.45 Uhr fort.

Unterbrechung: 11.33 Uhr

Wiederbeginn: 11.57 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. Die Aussprache war bereits beendet.

Wir kommen damit jetzt zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1204. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1204 bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und ansonsten Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf der Drucksache 4/1178. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1178 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Einführung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern, auf der Drucksache 4/1171.

Antrag der Fraktion der CDU: Einführung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (KiföG M-V) – Drucksache 4/1171 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Renz. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt der Antrag der CDU-Fraktion vor „Einführung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern“. Hier

geht es um eine Berichterstattung durch die Landesregierung. Sie werden sich sicherlich fragen in den Fraktionen der SPD und PDS, warum wir diesen Antrag gestellt haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das erzählen Sie uns doch jetzt.)

Dem will ich sehr gerne nachkommen, Herr Dr. Nieszery, da Sie das wahrscheinlich noch nicht wissen. Ich will Ihnen ganz klar sagen, was uns dazu bewogen hat, diesen Antrag heute noch einmal hier auf die Tagesordnung zu rufen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da sind wir alle ganz gespannt drauf.)

Uns hat nämlich Folgendes dazu bewogen, die chaotischen Meldungen über die Medien, die tagtäglich über die Medienlandschaft auf die Eltern, auf die Erzieher und auch auf uns Politiker hereinprasseln, die Meldung, dass die Einführung dieses Gesetzes chaotische Zustände bei der Umsetzung nach sich zieht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Sie könnten ja jetzt an dieser Stelle sagen, die Medien haben da Schuld.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber ich will auch recht deutlich sagen, das sind nicht nur die Medien. Ich persönlich als Sozialpolitiker beuge mich auch vor Ort und höre mir die Probleme an,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wenn wir eine Veranstaltung machen jetzt, ne?)

besuche zum Beispiel auch Ihre Veranstaltungen der SPD in Güstrow, wozu Sie nachher ja sicherlich noch etwas sagen werden, dass es da nämlich überhaupt keine Zustimmung in den Reihen der Erzieher gegeben hat zu diesem Gesetz und auch nicht auf der Landsratsebene. Solche Veranstaltungen besuchen wir auch als CDU-Politiker und informieren uns vor Ort

(Gerd Walther, PDS: Das machen wir auch, das machen wir auch, Herr Renz.)

und bekommen so die Probleme dann live mit.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie kriegen gleich einen Heiligenschein! –
Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Ich habe mir auch erlaubt, eine Veranstaltung des Sozialministeriums zu besuchen, zu der die Landkreise am Dienstag geladen wurden, wo ich doch einmal live erleben wollte, wie einfach die Umsetzung angeblich ist, wie ich schon mehrfach hören durfte. Aber wer solche Veranstaltungen dann besucht und erlebt, welche Probleme von der Landkreisebene – wo Sie ja ganz einfach die Probleme hindelegieren – auch in solchen Runden aufgezeigt werden, der muss schon mit Erstaunen feststellen, warum Sie dieses Gesetz nicht stoppen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich möchte an dieser Stelle versuchen, mit ein paar Fragestellungen, die wir dann sicherlich auch von der Ministerin beantwortet bekommen, hier in der Einbringung Probleme aufzuzeigen, die aus unserer Sicht und nicht nur

aus Sicht der CDU-Fraktion, sondern auch aus Sicht der Landkreisebene, aus Sicht der Eltern – Fragen, die offen sind bei einem In-Kraft-Treten des Gesetzes zum 01.08. – heute an dieser Stelle beantwortet werden sollten:

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Erstens. Ist die Verordnung des Sozialministeriums gemäß Paragraph 24 Absatz 4 KiföG fertig, die Inhalt, Ausgestaltung und Durchführung der Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege zur zielgerichteten Vorbereitung auf die Schule nach Paragraph 1 Absatz 3 sowie die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Erreichung der Qualifikation nach Paragraph 10 Absatz 6 regelt? Nach unserem Kenntnisstand, nein.

Zweitens. Wie kann das so genannte Vorschuljahr vorbereitet werden, wenn es noch keine Rechtsgrundlage gibt? Das würden wir an dieser Stelle auch gern geklärt haben. Es erfolgen Schulungen für die Multiplikatoren. Wir fragen, auf welcher Rechtsgrundlage.

Drittens. Ist die Verordnung des Sozialministeriums gemäß Paragraph 24 Absatz 5 KiföG fertig, die Inhalt, Ausgestaltung und Durchführung der Anweisung zur gesunden Lebensführung nach Paragraph 1 Absatz 5 regelt? Nach unserem Kenntnisstand, nein.

Viertens. Ist die Verordnung des Sozialministeriums gemäß Paragraph 24 Absatz 6 KiföG fertig, die in Paragraph 15 Absatz 1 die genannte Voraussetzung für die Betriebs- und Tagespflegeerlaubnis und das hierauf gerichtete Verfahren regelt? Nach unserem Kenntnisstand, nein.

Fünftens. Ist die Verordnung des Sozialministeriums gemäß Paragraph 24 Absatz 3 fertig, die die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen nach Paragraph 11 regelt? Nach unserem Kenntnisstand, nein.

(Rudolf Borchert, SPD: Da hätten Sie sich aber kürzer fassen können. Es hätte gereicht, wenn Sie den Paragraphen 24 genannt hätten.)

Die Probleme sind so vielfältig, Herr Borchert, da gestatten Sie mir, zumindest einen kleinen Ausschnitt hier wiederzugeben.

(Rudolf Borchert, SPD: Schön, wenn Sie es jetzt vorlesen. Sie zitieren gerade den Paragraphen 24.)

Sechstens. Ist die Verordnung des Sozialministeriums gemäß Paragraph 24 Absatz 2 – ein ganz wesentlicher Absatz und damit eine ganz wesentliche Verordnung – fertig, die die Verwendung der Mittel und das Verfahren der Zuweisung des in Paragraph 18 Absatz 3 genannten Betrages, also der Landesmittel, zur zielgerichteten Vorbereitung auf die Schule bestimmt?

(Rudolf Borchert, SPD: Sie verschenken ja Redezeit, Herr Renz.)

Nach unserem Kenntnisstand ist auch diese Verordnung nicht fertig.

Und, Herr Borchert, wenn das alles nur Paragraphen oder Absätze sind, die sich auf Paragraph 24 beziehen,

(Rudolf Borchert, SPD: Bis jetzt ja.)

dann müssen Sie inhaltlich weiter in dieses Thema einsteigen, da die einzelnen Absätze sich nämlich auf unterschiedliche Paragraphen des KiföG beziehen.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Siebtens. Wie können die Landkreise und kreisfreien Städte planen, wenn sie noch nicht einmal die Höhe der Finanzaufweisung kennen, weder für den Landesanteil noch die Höhe der Gelder für das so genannte Vorschuljahr? Nach unserer Einschätzung ist das nicht möglich.

Achtens. Ist die Verordnung des Sozialministeriums gemäß Paragraph 24 Absatz 1 fertig, die den in Paragraph 18 Absatz 2 genannten Betrag für die Jahre 2005 anpasst? Nach unserem Kenntnisstand, nein.

Neuntens. Ist der Fehler in Paragraph 18 Absatz 2 – Herr Koplín, das wird Sie besonders interessieren – korrigiert,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Beate Mahr, SPD: Woher wissen Sie das?)

der wegen der falschen Auszahlungstermine im Jahre 2005 eine Finanzlücke von sieben Monaten beziehungsweise in einer Höhe von 46 Millionen Euro zur Folge hat? Nach unserem Kenntnisstand, nein.

Zehntens. Wie können die Landkreise und kreisfreien Städte rechtzeitig – ich betone, rechtzeitig, da das Gesetz ja am 01.08. in Kraft treten soll – ihre Satzung erlassen? Aus unserer Sicht ist das unklar beziehungsweise unmöglich.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Peter Ritter, PDS: Wir machen das am Montag. – Glocke der Vizepräsidentin)

Elfens. Wie können die Landkreise und kreisfreien Städte rechtzeitig die Leistungsvereinbarung mit jeder einzelnen Einrichtung abschließen, die Vereinbarungen zu Umfang und Inhalt der Leistung und zur Qualitätssicherung der Vereinbarung der Entgelte enthalten? Aus unserer Sicht ist das unmöglich.

Zwölftens. Eine Frage, die die Ministerin sicherlich sofort aus dem Stegreif beantworten kann: Was bedeutet in Paragraph 10 Absatz 5 durchschnittlich, bezogen auf die Relation 18 Kinder zu einer pädagogischen Fachkraft?

(Rudolf Borchert, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wissen Sie immer noch nicht, Herr Renz?! – Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

Das war auch bis Dienstag in der Runde des Sozialministeriums gegenüber den öffentlichen Trägern der örtlichen Sozialhilfe nicht beantwortbar.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich denke, Sie haben so viele Veranstaltungen besucht. Da wurde das doch klargestellt.)

Und da hoffe ich, dass wir wenigstens bei dieser einen Frage von der Ministerin heute eine konkrete Auskunft erfahren. Darüber wären nicht nur die CDU-Fraktion froh, sondern sicherlich auch die Regierungsfaktionen hier,

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

da sie nur nach außen hin den Schein erwecken, dass sie in dieser Frage inhaltlich auf der Höhe des Geschehens sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Woher haben Sie die Erkenntnis? Woher haben Sie die Erkenntnis denn, Herr Renz? – Heinz Müller, SPD: Herr Renz hat in seine Glaskugel geschaut und die Welt verstanden. – Glocke der Vizepräsidentin)

Die Erkenntnis, Herr Dr. Nieszery, habe ich nach der Informationsveranstaltung der SPD in Güstrow erlangt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank machen wir solche Veranstaltungen!)

Dreizehtens. Ich gehe davon aus, dass die Frage von dem SPD-Redner beantwortet wird: Ist eine Staffelung der Elternbeiträge nach dem Einkommen zwingend vorgeschrieben? Das wäre meine dreizehnte Frage.

(Rudolf Borchert, SPD: Können Sie im Gesetz lesen.)

Und ich bitte, bei dieser Frage mir die Antwort zu ersparen,

(Heinz Müller, SPD: Erzählen Sie doch mal, was im Gesetz steht!)

dass der Generaldirektor nicht den gleichen Beitrag zahlen kann wie ein Schlosser. Ich würde das hier doch schon gern etwas fundierter bekommen.

(Torsten Koplín, PDS: Das geht doch aus dem Gesetz hervor.)

An dieser Stelle möchte ich meinen Fragenkomplex abrechnen, weil es sonst zu umfangreich werden würde.

(Heinz Müller, SPD: Andere Komplexe führen weiter.)

Diese Fragestellungen beziehen sich im Prinzip alle konkret auf das Sozialministerium und ich erspare mir, die gesamten Unklarheiten für die nächste Ebene, sprich für die Landkreisebene beziehungsweise die Träger, hier weiter aufzudröseln, weil das sicherlich den Umfang hier sprengen würde.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich möchte nicht in Ihre Schublade kommen mit 30 Entwürfen und über 30 Änderungsanträgen. Deswegen sage ich, bei 13 ist hier an dieser Stelle erst einmal Schluss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, Sie vernehmen sicherlich nicht nur hier von mir in diesem Hohen Hause, sondern auch von der Basis vor Ort, dass es doch sehr viele Ungeheimheiten gibt. Aus meiner Sicht ist es hier auch an der Zeit, nicht nur die Sozialministerin aufzufordern zu handeln,

(Gerd Walther, PDS: Sondern? – Torsten Koplín, PDS: Erst mal den Ball flach halten.)

sondern den Ball etwas weiter nach oben zu schieben. Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, wer von der Regierungsbank heute hier zuständig ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Sozialministerin. – Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

aber ich fordere den Verantwortlichen für den Ministerpräsidenten heute auf, ans Rednerpult zu treten und endlich einmal einzugreifen,

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

damit wir hier unserer Verantwortung gegenüber unseren Kindern gerecht werden. Ich brauche Ihnen ja nicht zu erklären, dass die Kinder die Zukunft sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Bravo, bravo, Herr Renz!)

Es ist einfach zu schade, das will ich Ihnen an dieser Stelle sagen, das Feld der Sozialministerin allein zu überlassen. Deswegen fordere ich den heutigen amtierenden Ministerpräsidenten auf, hier einmal Stellung zu beziehen und einzugreifen. Wir, ehrlich gesagt, können das Elend bei der Umsetzung nicht mehr mit ansehen. – Danke.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD-
Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Heinz Müller, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke schön, Herr Renz.

Meine Damen und Herren, ich bitte doch um Ruhe hier!

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Meine Damen und Herren, auch bei dieser etwas heftigen Debatte und Diskussion brauchen wir aber Verständnis für die Rednerin.

Das Wort hat jetzt die Sozialministerin.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich bedanke mich außerordentlich bei der Fraktion der CDU, die mir mit dem vorliegenden Antrag die Gelegenheit gibt, über den Stand der Vorbereitung, über den Stand der Umsetzung des neuen Gesetzes zu berichten.

Bei der Versorgung der Kinder mit Ganztagsplätzen nimmt unser Land mit den anderen neuen Bundesländern einen Spitzenplatz ein. Denken wir an Länder wie Bayern und Baden-Württemberg, rangieren diese weit, weit abgeschlagen am unteren Ende der Ganztagsbetreuung. Mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes im März dieses Jahres hat das Land die Voraussetzungen für eine dauerhafte Weiterentwicklung im Bereich der frühkindlichen Erziehung und Bildung geschaffen. Das verabschiedete Gesetz beinhaltet erstens das Ziel, die Bildungsarbeit in den Kindertageseinrichtungen verbindlich zu gestalten. Noch in diesem Jahr wird mit der praktischen Umsetzung dieses Bildungsauftrages begonnen. Ein verbindlicher Bildungsplan für alle Mädchen und Jungen, die vor der Einschulung stehen, liegt vor. Und die schrittweise Übertragung auf die jüngeren Altersgruppen ist vorgesehen. Zweitens haben mit dem neuen Gesetz die Eltern mehr Rechte erhalten. Sie können künftig die Kindertageseinrichtung für ihre Kinder frei wählen.

Um die Kindertageseinrichtungen in den eher ländlichen Räumen nicht zu benachteiligen, ist ein neuer Schlüssel bei der Berechnung der Verteilung der Landesmittel vorgesehen. Eltern erhalten mit dem neuen Gesetz weitere Mitwirkungsrechte auf allen Ebenen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie können in ihren Kindertageseinrichtungen die Leistungsverträge einsehen und an der Ausgestaltung der Erziehung und des Bildungsauftrages mitwirken. Sie können in den Landkreisen und kreisfreien Städten und auf der Landesebene Beiräte bilden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das gibt es in Koserow schon lange ohne das Gesetz.)

Das ist ein sehr konkretes Angebot, Herr Riemann, zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Drittens. Die Rechte der Erzieherinnen und Erzieher werden deutlich gestärkt. Die Qualität in den Kindertageseinrichtungen wird erhöht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Komisch,
dass die Leute das ganz anders sehen. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Erzieherinnen und Erzieher erhalten künftig einen gesetzlichen Anspruch auf Fortbildung und die Zeiten für die Vor- und Nachbereitung werden ebenfalls gesetzlich geregelt.

(Zurufe von Michael Ankermann, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Erzieherinnen und Erzieher erhalten einen Anspruch auf tarifliche Vergütung mit dem neuen Gesetz.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt geht's los!)

Sie werden außerdem gegenwärtig Zug um Zug auf die Umsetzung des gesetzlichen Bildungsauftrages vorbereitet. Und es wird auch Verbesserungen bei den Standards der Erzieher-Kind-Relation geben. Hier nehme ich Bezug auf eine Frage des Abgeordneten Renz.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Der Zwang zur Einhaltung eines im Paragraphen 10 Absatz 5 festgelegten „Durchschnitts“ dieser Relationen in den Krippen, Horten und Kindergärten sichert die Qualität in der Betreuung besser als die frühere Formulierung „in der Regel“. So kannten wir sie ja im alten Kindertagesstättengesetz.

(Torsten Renz, CDU: Ja, was heißt denn das?)

„In der Regel“ bedeutete, genehmigungsbedürftige Ausnahmeregelungen sind möglich. Von diesen Ausnahmeregelungen hatten im vergangenen Jahr 381 der 1.050 Kindertageseinrichtungen Gebrauch gemacht, Herr Renz. Und jetzt hören Sie bitte genau zu: Alle haben diese Ausnahmeregelungen zu Ungunsten der Erzieher-Kind-Relation beantragt und genehmigt bekommen. Das wollen wir ändern.

(Torsten Renz, CDU: Sagen Sie doch einfach,
worauf sich das durchschnittlich bezieht! Bezieht
sich das auf den Landkreis? Bezieht sich das auf
die Einrichtungen oder auf was bezieht sich das?)

Das ist anders als in der Schule. Durchschnitt ist ein Mittelwert, das lernt man in der Schule. Sie sind doch Lehrer.

Viertens. Das Land macht ernst mit der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Kommunale Selbstverwaltung heißt insbesondere, die Eigenverantwortung der Kreise und kreisfreien Städte zur Sicherstellung des Bedarfs an Kita-Plätzen und ihre finanzielle Verantwortung zu stärken.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Angelegenheiten der frühkindlichen Bildung und Erziehung werden künftig vor Ort entschieden. Nein, nicht erst künftig, sie werden bereits jetzt vor Ort entschieden.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Dabei nimmt das Land seine finanzielle Verantwortung weiterhin mit sehr großer Verantwortung wahr.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Landtag hat entschieden, dass den Landkreisen und kreisfreien Städten Landesmittel für die eigenverantwortliche Verwendung für die frühkindliche Bildung und Erziehung zur Verfügung gestellt werden. In diesem Jahr gibt das Land 77,7 Millionen Euro aus, das sind 13 Millionen Euro mehr als vor vier Jahren. Und dieser Betrag, das wissen Sie, steigt jährlich um zwei Prozent.

Meine Damen und Herren, ich möchte nachfolgend auf die Fragen der Fraktion der CDU,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die in dem Antrag gestellt sind, etwas näher eingehen.

(Harry Glawe, CDU:
Der BAT steigt um vier Prozent.)

Erstens zum konkreten Stand der Vorbereitungen in den Kommunen. Eine aktuelle Abfrage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses bei allen Jugendämtern zum Stand der Umsetzung des Gesetzes per 10.05.2004 ergibt folgendes Bild, wobei ich sagen muss, dass 15 der 18 Landkreise und kreisfreien Städte den aktuellen Stand mitgeteilt haben. 3 liegen also nicht vor.

Zu den Richtlinien. Richtlinien der zuständigen Jugendhilfeausschüsse zur Umsetzung des KiföG wurden oder werden demnächst beschlossen. Hier ergibt sich folgendes Bild: Rügen, der Uecker-Randow-Kreis und Greifswald haben das bereits getan. Wismar und Neubrandenburg planen keine Richtlinien. In Nordwestmecklenburg, Parchim und Ludwigslust wollen die dortigen Jugendhilfeausschüsse die KiföG-Richtlinien noch in diesem Monat beschließen. Ostvorpommern wird das im September tun, Güstrow im zweiten Halbjahr 2004. Der Landkreis Demmin plant eine Übergangsregelung zum 31.12.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS –

Harry Glawe, CDU: Was wollen Sie denn dann mit dem neuen Gesetz anfangen? Wie geht denn das?)

Der Jugendhilfeausschuss in der Hansestadt Stralsund befasst sich erst nach seiner Konstituierung nach den Kommunalwahlen mit dieser Thematik und in Schwerin und Mecklenburg-Strelitz werden gegenwärtig entsprechende Richtlinien erarbeitet. In Rostock hält man eine Verabschiedung derartiger Richtlinien nicht für sinnvoll.

Zweitens. Erarbeitung einer Satzung für die Kindertageseinrichtungen nach Paragraph 10 Absatz 5 und Paragraph 21 Absatz 2 Satz 3.

(Harry Glawe, CDU: Ja, da ist doch der Kreis dafür zuständig.)

Demnach planen die Landkreise Mecklenburg-Strelitz, Rügen und Uecker-Randow die Verabschiedung von Satzungen noch in diesem Monat. Wismar und Nordwestmecklenburg folgen im Juni, wobei die Bürgerschaft in Wismar bereits im April die Satzung zu Paragraph 10 Absatz 5 beschlossen hatte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Greifswald, Rostock und der Landkreis Ostvorpommern planen die Verabschiedung durch die Kreistage beziehungsweise durch die Bürgerschaft im Oktober, Stralsund im Dezember.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Landeshauptstadt Schwerin sowie der Landkreis Demmin bereiten Übergangsregelungen, nein, vorläufige Regelungen bis zum 31. Dezember dieses Jahres vor

(Harry Glawe, CDU: Ja,
nach den alten Regelungen.)

und wollen eine neue Satzung zum 1. Januar 2005 verabschieden. Die Stadtvertreter in Neubrandenburg werden sich voraussichtlich am 27. Mai mit der Umsetzung des KiföG befassen, Güstrow im zweiten Halbjahr.

(Unruhe bei Egbert Liskow, CDU, und
Peter Ritter, PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

In Ludwigslust liegt ein Satzungsentwurf vor und Parchim will die Satzung durch den Landrat per Eilentscheidung in Kraft setzen.

Drittens. Verehrte Abgeordnete der CDU, Sie fragen nach den Leistungsverträgen. Die Landkreise und kreisfreien Städte haben uns auch hierzu ihre Angaben mitgeteilt, ob sie im Rahmen der Leistungsverträge einheitliche oder differenzierte Entgelte vereinbaren werden und ob die Qualitätsentwicklung der Kindertageseinrichtungen auch Gegenstand der Leistungsverträge sein wird. Es ist sehr erfreulich, dass fast alle befragten Kreise und kreisfreien Städte selbstverständlich die Qualitätsentwicklung in den abzuschließenden Leistungsverträgen spätestens zum 1. Januar umsetzen werden.

(Harry Glawe, CDU: Aha, aha! Da bin ich ja gespannt. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Landkreis Güstrow plant dies bereits zum 1. August, während die Hansestadt Wismar die Qualitätsentwicklung erst ab 1. August nächsten Jahres zum Bestandteil der Leistungsverträge einbeziehen möchte.

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch wohl entscheidend für die Kreise.)

Fast alle Landkreise und kreisfreien Städte beabsichtigen, spätestens ab 1. Januar differenzierte Entgelte im Rahmen der Leistungsverträge zu vereinbaren.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Ministerin, entschuldigen Sie bitte.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch, mehr mit Ruhe und Aufmerksamkeit den Worten der Ministerin hier zu folgen. Zwischenrufe, denke ich, beleben diese Diskussion, aber dauerndes Sprechen von allen Fraktionen ist hier nicht hilfreich.

Bitte, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Ja, ich würde das auch sehr begrüßen, dass Sie gut zuhören. Sie können sich

notieren, wie es in Ihrem Landkreis, in Ihrer kreisfreien Stadt ist, für die Beratungen, die Sie dann kommunal vor Ort tätigen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich sage noch einmal, dass diese differenzierten Entgelte im Rahmen der Leistungsverträge vereinbart werden, und die Mehrheit wird sich in einer Übergangsphase vom 1. August bis zum 31. Dezember 2004 an den Regelkosten orientieren.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Damit machen sie von den im Paragraphen 16 Absatz 1 als zweite Alternative des Gesetzes vorgesehenen Regelungen Gebrauch.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD,
Angelika Gramkow, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Alle bewegen sich also im Rahmen des Gesetzes.

Viertens fragen Sie nach der künftigen Höhe der sozialen Staffelung der Elternbeiträge. Die Angaben, die dem Ministerium hierzu vorliegen, besagen Folgendes: Der Landkreis Rügen plant eine soziale Staffelung durch den Landkreis und nach Familieneinkommen durch die zuständigen Gemeinden. Die Hansestadt Greifswald sieht einheitliche Elternbeiträge vor, eine Staffelung ist für Geschwisterkinder vorgesehen. Letzteres gilt übrigens auch für Uecker-Randow, Neubrandenburg und Mecklenburg-Strelitz. Auch künftig wird der Elternbeitrag bei eingeschränkter Leistungsfähigkeit der Eltern reduziert oder er kann ganz entfallen. Das entspricht dem Paragraphen 21 Absatz 6 des KiföG und dem SGB VIII.

Im Landkreis Ludwigslust liegen zu dieser Frage erste Entwürfe vor, die rechtlich geprüft werden. Der Landkreis Ostvorpommern geht davon aus, dass die Elternbeiträge ab 01.01.2005 aufgrund der neuen Leistungsverträge unterschiedlich ausfallen werden.

(Harry Glawe, CDU: Aber Sie haben doch ein Gesetz verabschiedet zum 01.08.
Wo bleibt die Umsetzung?)

In Güstrow und Stralsund gibt es dazu derzeit noch keine weiteren Überlegungen. Rostock und Wismar haben erste verwaltungsinterne Überlegungen angestellt. Eine abschließende Würdigung dieser Problematik ist noch nicht erfolgt.

Sie sehen also, verehrte Abgeordnete, dass die Landkreise und die kreisfreien Städte bereits sehr intensiv gearbeitet haben, um das neue Gesetz umzusetzen.

(Beifall Heinz Müller, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Sie alle befinden sich auf einem guten Weg, der zugleich auch die Vielfalt und die regionale Eigenständigkeit zum Ausdruck bringt.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Jeder macht was anderes. – Torsten Koplin, PDS: Ja, das möchte Herr Riemann nicht. – Heinz Müller, SPD: Das ist kommunale Selbstverwaltung, Herr Riemann. – Zuruf von Harry Glawe, CDU – Heinz Müller, SPD: Das ist mir neu. – Jörg Heydorn, SPD: Dann hätte er nicht so einen Einwand gemacht. – Glocke der Vizepräsidentin)

Ich denke, wir sind uns einig, verehrte Abgeordnete.

(Harry Glawe, CDU: Das kann doch wohl nicht angehen hier!)

Die Darlegungen zeigen den Willen des Gesetzgebers, hier vor Ort eigenständig zu entscheiden, wie das Gesetz umgesetzt wird.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist ein Beitrag zur Chancengleichheit. Das ist ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Soziale Gerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit!)

Das, verehrte Abgeordnete, ist ein Beitrag zur gelebten kommunalen Selbstverwaltung

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

und dafür haben Sie die Unterstützung des Landes und speziell auch des Sozialministeriums, das den Kommunen beratend und unterstützend zur Seite steht.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Renz?

Ministerin Dr. Marianne Linke: Ich würde sehr gern den Beitrag beenden.

Damit komme ich zur zweiten Frage, zu der die CDU Auskünfte wünscht, nämlich zur administrativen Unterstützung, die das Land den Kommunen gewährt hat beziehungsweise noch gewähren wird. Bereits im Dezember des vergangenen Jahres wurde zur Vorbereitung des In-Kraft-Tretens des KiföG eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Ministeriums, des Landesjugendamtes, der Jugendämter und der kommunalen Landesverbände, gegründet. In den Gesprächen innerhalb dieser Arbeitsgruppe wurde angeregt, die Umsetzung des Gesetzes prozessbegleitend in regelmäßigen Abständen, jedoch in einem größeren Gremium, sprich mit den Leitern der Jugendämter, zu gestalten. Gleichzeitig wurde deutlich, dass bereits zu diesem Zeitpunkt die meisten örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe sich schon auf der Grundlage des Gesetzentwurfes erste Muster für die Leistungsverträge mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen und die damit verbundenen Entgeltvereinbarungen erarbeitet hatten, die sie nun – und darauf kam es besonders an in diesem Kreis – gegenseitig vorstellen und auch miteinander diskutieren wollten.

Themen der Beratungen in den vergangenen Monaten waren die Gestaltung von Richtlinien, Leistungsverträgen, vorläufigen Regelungen nach Paragraph 16 – zweite Alternative –, kommunalen Satzungen sowie die sozial verträgliche Staffelung von Elternbeiträgen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben wurden den kommunalen Vertretern durch das Sozialministerium Materialien, zum Beispiel zur Ermittlung der Betriebskosten, zur Verfügung gestellt. Es wurde eine Vielzahl von Einzelberatungen angeboten und auch wahrgenommen. Und es wurden Fachveranstaltungen für die Jugendamtsleiter und für die zuständigen Finanzsachbearbeiter der Jugendämter durchgeführt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Angeregt durch die Arbeitsgruppe am Landesjugendamt trafen sich am 14./15. April die Jugendamtsleiter der Landkreise und kreisfreien Städte mit Vertretern des Sozialministeriums, um eben diese Fragen zu debattieren. Am 27. April wurde die Diskussion auf der zweitägigen Beratung der Jugendamtsleiter in Rothenklempenow zu Fragen der Umsetzung des KiföG fortgesetzt. Neben den genannten Beratungen fanden am 27. April, am 5. und am 11. Mai Schulungen der für die Finanzfragen zuständigen Mitarbeiter der Jugendämter statt. Die Sozialdezernenten wurden ebenfalls in der letzten Woche bei einem Treffen mit dem Staatssekretär in diese gesamte Problematik einbezogen. Die fachliche Begleitung der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch das Ministerium ist vor allem wichtig, um die langjährigen Erfahrungen, die das Land gerade bei der Kostenanalyse und auch bei der Entgeltfestsetzung hat, zu nutzen. Denn diese Erfahrungen sollen im Interesse der Eltern und aller Beteiligten natürlich weitergegeben werden und auch weiterhin genutzt werden. Schließlich sind die Entgeltfestlegungen entscheidend für die Auswirkungen auf die Elternbeiträge.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich betone noch einmal an dieser Stelle, das neue Kindertagesförderungsgesetz macht die Kindertagesbetreuung nicht teurer. Alle heutigen Aufwendungen, die in Rechnung gestellt werden für den Betrieb einer Einrichtung, waren auch bereits in der Vergangenheit zu leisten.

(Harry Glawe, CDU: Das nimmt Ihnen doch keiner ab, Frau Ministerin.)

Das Neue im Gesetz, die vorschulische Bildung, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird allein vom Land finanziert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS, Heinz Müller, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

Eine drastische Erhöhung, die gern von einigen an die Wand gemalt wird, kann es nur dann geben, wenn sich die an der Finanzierung beteiligten öffentlichen Geldgeber aus ihrer bisher wahrgenommenen Verantwortung künftig zurückziehen. Ich sagte, das Land wird sich weiterhin auf hohem finanziellen Niveau beteiligen.

(Harry Glawe, CDU: Aber mit einem Festbetrag.)

Damit wir verhindern, dass sich öffentliche Geldgeber aus der Finanzverantwortung stehlen, ist ja die kommunale Selbstverwaltung auch gehalten, über Satzungen, über Richtlinien, über Leistungsverträge zu agieren. Deshalb muss die Gemeinde das Einvernehmen zu den Beitragsätzen erteilen. Deshalb können Eltern eine Offenlegung der Finanzen einfordern und deshalb kann gegebenenfalls die Schiedsstelle eingeschaltet werden. Hier gilt es, konkrete Verantwortung in den Kommunen vor Ort wahrzunehmen.

(Harry Glawe, CDU: Die öffentliche Jugendhilfe hat zuzustimmen. So steht es im Gesetz.)

Meine Damen und Herren, parallel zu den Fragen der neuen Finanzierungsregelungen hat das Sozialministerium genauso intensiv die Umsetzung des Bildungsauftrages dieses Gesetzes begleitet. Ich will Sie daran erinnern, dass das Ministerium in enger Zusammenarbeit mit der Universität Rostock einen Rahmenplan zur Umsetzung des Bildungsauftrages im Bereich der frühkindlichen Bildung vorgelegt hat. Er wurde hier in diesem Hause im März einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Eine diesbe-

zügliche Rechtsverordnung ist inzwischen ressortabgestimmt und wird pünktlich mit dem Gesetz in Kraft treten.

Herr Renz, eine Sache: Die Verordnungen, die Sie erwähnt haben, sind ressortabgestimmt. Ihr In-Kraft-Treten vollzieht sich mit dem Gesetz zum 01.08. und nicht vorher.

(Torsten Renz, CDU: Dann hätten Sie es im Gesetz anders formulieren müssen von der Zeitfolge her.)

Wir werden die Zahl der Fachberaterinnen und Fachberater, die den Bildungsauftrag begleiten und die Erzieherinnen und Erzieher beraten sollen,

(Torsten Renz, CDU: Wie das abläuft, ist doch unlogisch. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

von 20 auf 60 erhöhen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Von den 2,3 Millionen Euro für die vorschulische Bildung stehen ab Herbst 490.000 Euro für die pädagogische Beratung zur Verfügung.

(Unruhe bei Rudolf Borchert, SPD, und Torsten Renz, CDU)

Am 7. und 8. Mai fand, in Verantwortung des Sozialministeriums und fachlich geführt durch Wissenschaftler der Universität, die erste Fortbildungsveranstaltung für die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt. Fortgesetzt werden sie am 14./15. Mai, abgeschlossen werden sie am 4. und 5. Juni diesen Jahres. Gleichzeitig sollen nach der ersten Fortbildungsveranstaltung die weiteren Fach- und Praxisberater der Kreise und Kreisverbände und in der Folge kurzfristig die Erzieherinnen, die ab September in die Umsetzung der vorschulischen Bildung einbezogen werden, qualifiziert werden. Damit wird erreicht, dass alle zum Termin pünktlich auf diese neue Aufgabe vorbereitet sind.

Das Ministerium hat auch seine Unterstützung an Eltern und interessierte Bürgerinnen und Bürger gegeben. Wir haben im April eine Telefonhotline geschaltet, an die sich alle wenden können, die Fragen haben. Wir haben auf der Internetseite aktuelle Informationen. Wir haben Handreichungen vorbereitet. Ich habe Infoveranstaltungen durchgeführt und habe mich auch an die Vorsitzenden der Fraktionen im Landtag gewandt. Für Gesprächsbedarf stehe ich jederzeit bereit, auch den Kolleginnen und Kollegen der CDU.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich hab keinen Bedarf, Frau Linke.)

Wir können uns hier also zu Fragen, die Sie vor Ort haben, auch detailliert verständigen.

Die letzte Frage der CDU bezieht sich auf die zeitnahe Auszahlung der Landesfinanzen. Die finanzielle Beteiligung des Landes ist im Paragraphen 18 geregelt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Für das laufende Jahr gewährt das Land den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe Zuweisungen in Höhe von 77,7 Millionen Euro. Dabei ist der bereits verausgabte Beitrag bis zum In-Kraft-Treten des Gesetzes am 1. August auf den Jahresbetrag anzurechnen. Die Auszahlung der Landesmittel erfolgt in zwei gleich großen Teilbeträgen, am 1. August und am 1. November. Maß-

geblich für die Festlegung der Anzahl der belegten Kita-Plätze ist der Durchschnitt der Meldungen, der Platzbelegungen am 1. April und 1. Oktober 2003,

(Harry Glawe, CDU: Soll das bis 2005 gemacht werden, Frau Ministerin? 2005?)

also für den Endzeitraum des Jahres. Die Höhe der bis zum 31.07.2004 ausgereichten Landesmittel bemisst sich nach der im alten Kita-Gesetz festgelegten Stichtagsregelung. Sie ist Ihnen bekannt. Die Kinderzahl zum 1. April wird gemeldet über die Jugendämter an das Landesjugendamt. Das bedeutet, sofern diese Meldungen korrekt vorliegen und geprüft sind, ...

(Harry Glawe, CDU: Die haben Sie doch schon.)

Bedauerlicherweise nicht.

... wird die Höhe der Auszahlungen kurzfristig – und ich gehe davon aus, dass das zeitnah ist,

(Harry Glawe, CDU: Die überprüfen Sie doch genau.)

in der Regel war das um den 15. Mai – auch in diesem Jahr den Kreisen und kreisfreien Städten mitgeteilt.

In Paragraph 18 Absatz 2 ist die finanzielle Beteiligung des Landes für die Jahre 2005 und 2006 geregelt. Es handelt sich um Festbeträge, die im Vergleich zu den Daten des Jahres 2004 in den beiden Folgejahren um jeweils zwei Prozent steigen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Zuweisungen des Landes errechnen sich zu einer Hälfte aus der Gesamtzahl aller im Zuständigkeitsbereich eines örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe lebenden Kinder bis zu 11 Jahren – Stichtag ist der 31.12. des vorvergangenen Jahres – und zur anderen Hälfte aus der Zahl der durchschnittlich belegten Kita-Plätze auf der Basis der Angaben vom 1. April und 1. Oktober 2003. Das Land wird auch hier eine zeitnahe Auszahlung der Landesmittel sicherstellen. Die Mittel sind im Doppelhaushalt enthalten, da gibt es überhaupt keine Frage. Falls das auf der jetzigen gesetzlichen Grundlage nicht gewährleistet sein sollte, ist der Landtag gefragt, gegebenenfalls hier Veränderungen vorzunehmen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Torsten Renz, CDU: Das tragen wir mündlich vor.)

Sehr verehrte Abgeordnete, die Bilanz der bisherigen Umsetzung des neuen Kindertagesförderungsgesetzes, das wir im Land haben, fällt sehr positiv aus.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Oh! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Erstens. Die Umsetzung des gesetzlichen Bildungsauftrages ist gut vorbereitet. Wir liegen im Zeitplan.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ah!)

Zweitens. Die Finanzzuweisungen werden in den nächsten Tagen konkret ausgewiesen.

Drittens. Die drei zum 01.08.2004 zu erlassenden Rechtsverordnungen zum Bildungsauftrag, zur Finanzierung und zur Gesundheitserziehung sind mit den Ressorts abgestimmt. Das Einvernehmen mit den zuständigen Ministerien ist hergestellt und sie werden pünktlich zum 1. August 2004 mit In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Verfügung stehen.

Viertens. Die kommunale Selbstverwaltung nimmt ihre Verantwortung zur Umsetzung des Gesetzes selbstbewusst und selbstbestimmt wahr.

Fünftens. Verehrte Abgeordnete, es ist uns im vergangenen Jahr, seit wir über dieses Gesetz diskutiert haben, gelungen, alle Bereiche der Gesellschaft über die Notwendigkeit vorschulischer Bildung zu informieren und die Gesellschaft zu sensibilisieren. Kaum ein Tag vergeht, wo nicht in den Tageszeitungen ein Träger seine Kinder oder sein Konzept vorstellt, für sich wirbt und die gesamte Gesellschaft an diesen Prozessen Anteil nimmt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Verehrte Abgeordnete, der Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder ist sowohl unter dem Aspekt einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit als auch unter dem Gesichtspunkt einer früheren und besseren Bildung von Kindern voranzutreiben. So steht es in den zehn Eckpunkten der Frauenunion der CDU.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Was die CDU dort vorschlägt, das haben diese Landesregierung und diese Koalitionspartner bereits auf den Weg gebracht. – Vielen Dank.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Peinlich! Peinlich! Ganz peinlich! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Ministerin, gestatten Sie jetzt die Anfrage des Abgeordneten Renz?

Ministerin Dr. Marianne Linke: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Renz, fragen Sie.

Torsten Renz, CDU: Frau Ministerin, Sie haben ausgeführt, dass die Formulierung im Paragraphen 10 Absatz 5 „durchschnittlich“ mindestens genauso gut beziehungsweise besser ist als die alte Formulierung, „in der Regel“. Meine Frage ist an dieser Stelle noch einmal: Was bedeutet „durchschnittlich“?

Ministerin Dr. Marianne Linke: „In der Regel“ ist eine feste Angabe. Das hatte ich schon gesagt. Ich will es in Bezug auf den Durchschnitt noch einmal erläutern. „In der Regel“ bedeutet, dass Ausnahmen von diesem Erzieher-Kind-Schlüssel der Genehmigung bedürfen.

(Harry Glawe, CDU: Er hatte nach dem Durchschnitt gefragt, Frau Ministerin!)

Ja, ich sage es noch einmal. Es gab etwa über 300 Ausnahmeanträge und das hat uns bewogen, über eine Formulierung nachzudenken – weil nämlich alle Ausnahmen immer zu Ungunsten der Kindertagesbetreuung, und zwar des Erzieher-Kind-Schlüssels, beantragt wurden – und den Begriff „durchschnittlich“ zu wählen. Das heißt, wir werden dem Rechnung tragen, dass die Besetzung in den Kindertageseinrichtungen im Laufe des Jahres unterschiedlich ist.

Sie wissen, dass es anders ist als in der Schule, wo man annähernd gleiche Klassenstärken hat. Gehen Kinder aus dem Kindergarten in die Schule, dann sind die Gruppen kleiner. Werden neue Kinder aufgenommen, gibt es eine Differenzierung im Laufe des Jahres bei der Anzahl der Kinder, eine Differenzierung zwischen Urlaubszeit und Nichturlaubszeit und eine Differenzierung in den Früh- und Nachmittagsstunden. All diese Einzeldaten bilden

den Gesamtwert und die Summe, aus der man dann den Durchschnitt wählen kann. Der muss eingehalten werden und dem trägt der Gesetzgeber Rechnung, damit es zeitweilig möglich ist, größere Spannen und auch entsprechend kleinere Spannen zu bilden.

Sie haben auch die Möglichkeit in besonderen sozialen Brennpunkten, darauf zielt der Paragraph ja ab, zeitweilig kleinere Gruppen zu bilden. Und wenn sie viele Kinder haben, die Deutsch als zweite Sprache lernen, dann können sie verstärkt mit diesen Kindern arbeiten. Alle diese Möglichkeiten sind jetzt gegeben, ohne dass dafür eine Ausnahme eingeholt wird. Aber bei der Verhandlung der Leistungsverträge sind diese Dinge zur Sprache zu bringen und mit zu regeln.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt haben wir's.)

Torsten Renz, CDU: Gestatten Sie noch eine kurze Nachfrage, Frau Ministerin?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage, Frau Ministerin? (Zustimmung)

Torsten Renz, CDU: Dann hätte ich aber noch eine zweite Frage. Bezieht sich „durchschnittlich“ auf eine Einrichtung?

(Rudolf Borchert, SPD: Nein.)

Ministerin Dr. Marianne Linke: Das ist in dem Passus sehr deutlich erkennbar, denn das ist durch Satzung zu klären. Es ist auf der Ebene des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe zu klären.

(Jörg Heydorn, SPD: Völlig klare Rechtsanwendung. Das ist praktische Rechtsanwendung.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt noch eine Frage des Abgeordneten Renz?

Ministerin Dr. Marianne Linke: Bitte.

(allgemeine Unruhe)

Torsten Renz, CDU: Eine zweite Frage. Gibt es ...

(Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, jetzt ist Herr Renz mit seinen Fragen dran.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Ministerin, gibt es einen endgültig abgestimmten Bildungsplan? Wenn nein, dann hätte ich eine Nachfrage.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Es gibt einen ressortabgestimmten Bildungsplan. Sie wissen, dass nach dem Gesetz eine Ministerverordnung vorgesehen ist. Wir haben dies ressortabgestimmt und das Benehmen mit dem Bildungsministerium hergestellt. Es ist bei einer Rechtsverordnung nicht vorgesehen, dass es eine öffentliche Anhörung gibt, falls Sie in diese Richtung gehen wollen.

Torsten Renz, CDU: Darf ich noch einmal nachfragen?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ist es gestattet, Frau Ministerin?

Ministerin Dr. Marianne Linke: Ich denke, das reicht zu den Verordnungen. Ich habe auch im Text ausreichend dazu gesprochen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau, das finde ich auch, Frau Ministerin.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt eine Frage des Abgeordneten Herrn Schlotmann?

Ministerin Dr. Marianne Linke: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Ministerin Linke, teilen Sie meine Auffassung, dass sich durch Ihren umfassenden und detaillierten Bericht, der wirklich zu allen Punkten, die die CDU als Fragestellung aufgeworfen hat,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Ihre Beantwortung erledigt hat und die CDU, wenn Sie Anstand hätte, diesen eigentlich zurückziehen müsste?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Ministerin Dr. Marianne Linke: Der Bericht wurde in allen Fragen sehr akribisch mit den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe erarbeitet.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Anfrage des Abgeordneten Ankermann?

Ministerin Dr. Marianne Linke: Ich denke, das reicht. Ich habe ausreichend zu Ihren Fragen gesprochen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es, Frau Ministerin. Das ist vollkommen ausreichend.)

Ich habe der CDU-Fraktion im Vorfeld vor längerer Zeit schon angeboten, auch in ihre Fraktion zu kommen, um mit ihnen über Detailfragen zu sprechen. Ich halte das Angebot aufrecht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Die angemeldete Redezeit wurde überschritten, so dass sich dafür entsprechend Paragraph 85 Absatz 1 der Geschäftsordnung die Redezeit der Fraktion der CDU um sieben Minuten erhöht.

(Torsten Renz, CDU: Dafür bin ich äußerst dankbar.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Renz, ich hätte mit viel gerechnet, aber dass ich mir von Ihnen hier sagen lassen muss, dass ich von Sozialpolitik keine Ahnung habe, das überrascht mich doch stark.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist unerhört! – Gerd Walther, PDS: Unerhört!)

Das kann man wahrscheinlich unter „Zirkus Renz“ verbuchen. Anders kann man das nicht bewerten.

(Heiterkeit und Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und, meine Damen und Herren von der CDU, ich habe die herzliche Bitte an Sie, dieses wichtige Thema nicht mehr als Wahlkampfthema zu gebrauchen

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und die Leute, ob das Eltern oder Erzieherinnen sind, hier in dem Umfang mit solchen Aussagen zu verunsichern.

(Michael Ankermann, CDU: Das hat doch mit dem Wahlkampf gar nichts zu tun. Sie stehen doch gar nicht auf der Liste!)

So ist das. Hier wird nur Verunsicherung betrieben, und zwar ohne Ende. Das ist der Sache nicht dienlich.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Dr. Jäger, Sie machen das doch auch bei der Verwaltungsreform. Sie sagen, wir nehmen zwei Ministerien weg und sparen 19 Millionen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat doch Frau Keler gesagt, das mit den 19 Millionen.)

Sie reißen das voll aus dem Kontext heraus und rennen los. Sie rennen und rennen und rennen und sind durch sachliche Argumente nicht mehr zu stoppen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist die Realität! Und hier findet wieder das Gleiche statt. Das muss Ihnen doch einmal gesagt werden!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Ich erkläre Ihnen das gerne.)

Darauf bin ich aber gespannt.

Die CDU sagt, ohne inhaltlich überhaupt etwas zu bieten, das Thema Kindertagesstättenförderung ist für uns ein Wahlkampfschwerpunkt. Fachlich und inhaltlich kommt doch überhaupt nichts von Ihnen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Fachlich und inhaltlich habe ich dazu bis heute nichts gehört.

(Gerd Walther, PDS: Das ist unter der Gürtellinie!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang an Ihren Gesetzentwurf erinnern, der zu dem Thema gekommen ist. Im Gesetzentwurf steht: Wir verlängern die Regelung mit den Regelkosten. Wir verlängern also die Regelkostenregelung, von denen jeder weiß, dass sie in den letzten Jahren inhaltlich immer wieder sehr stark in die Kritik gezogen worden sind. Diese Regelung will keiner mehr haben. Und Sie kommen mit einem Gesetzentwurf und sagen, das wird von uns verändert.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das war in der Anhörung aber ganz anders.)

Das ist in der Anhörung überhaupt nicht anders rübergekommen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Natürlich!)

Ich war im Gegensatz zu Ihnen, Herr Rehberg, zugegen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich habe die Anhörungsergebnisse gelesen.)

Und wie gesagt, fachlich und inhaltlich stand in Ihrem Gesetzentwurf nichts drin.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Sie wollten nur die Regelkosten verändern, führen aber seitdem hier eine Verunsicherungsdiskussion,

(Gerd Walther, PDS: Und Blockade.
Eine Blockadepolitik ist das.)

die der Sache nicht gerecht wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Renz?

Jörg Heydorn, SPD: Ich würde gerne meinen Beitrag zu Ende bringen. Das machen wir dann zum Schluss.

Herr Renz, ich bin auch auf dieser von Ihnen benannten Veranstaltung in Güstrow gewesen. Eines ist klar: Von uns ist keine Frage unbeantwortet geblieben. Keine Frage!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Wir haben nicht eine Frage nicht beantwortet.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich weiß nicht, Herr Renz, ob Sie es schon wussten, Mecklenburg-Vorpommern besteht nicht nur aus Güstrow. Ich bin auch auf anderen Veranstaltungen gewesen, da sah es ganz anders aus.

(Torsten Renz, CDU: Auf dem Dreesch?!)

Und nun wollen wir einmal gucken, was es denn inhaltlich auf dieser Veranstaltung in Güstrow gegeben hat. Es lagen keine berechneten Elternbeiträge vor,

(Gerd Walther, PDS: Können
ja auch noch gar nicht.)

es ist nur so rumfabuliert worden. Es gab inhaltliche Kritik zu den geringen Leistungen und das Thema Hauptbetreuung wurde angesprochen.

(Gerd Walther, PDS: Wer jetzt schon
mit Zahlen arbeitet, der ist unehrlich.)

Es gab jemanden aus der Elterninitiative, der gesagt hat: Es ist ja ungeheuerlich! Wenn ich mein Kind in den Ferien in den Hort bringe, dann werde ich jetzt zu den Kosten herangezogen. Im zweiten Satz sagte sie, weil das in Mecklenburg-Vorpommern alles so schlecht ist, dann packe ich jetzt meinen Mann und meine drei Kinder und ziehe Richtung Westen. Als ich sie dann gefragt habe, ...

(Zurufe von Klaus Mohr, SPD,
und Wolfgang Riemann, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Als ich sie gefragt habe, wie sie denn das Thema Hortbetreuung für ihre Kinder im Westen geklärt hat, da kam inhaltlich nichts mehr, nur noch Leere. Das ist die Realität!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das Zweite, ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren!

(Zurufe von Klaus Mohr, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Jörg Heydorn, SPD: Herr Renz, wir wollen uns doch noch einmal gemeinsam an diese Veranstaltung erinnern.

Das Zweite, was angesprochen wurde, war die Kritik am Rahmenplan, und zwar die inhaltlich pädagogische Kritik am Rahmenplan. Da ist jemand von der Diakonie ans Mikro gegangen und hat gesagt: Das ist alles von vorgestern, das ist Schrott! Wir sind heute schon viel weiter. Dann sprach er diese so genannte Kompetenzpädagogik à la Montessori an und sagte: Das ist heute zeitgemäß.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das sehen andere aber ganz anders. Ich finde das Thema Kompetenztheorie auch ziemlich mittelschichtig orientiert. Ihnen mag das entgegenkommen, aber ich habe bei dem Thema Bildung im Vorschulbereich unter anderem auch noch andere Menschen im Auge.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Torsten Koplín, PDS)

Auch das ist im Grunde eine Geschichte, die letztendlich nicht greift.

Und nun kommen wir zu anderen Gebietskörperschaften. Wenn man sich beispielsweise ansieht, was wir denn aus der Hansestadt Stralsund hören, vom CDU-Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund. Die Hansestadt Stralsund sagt: Wir verstehen die Aufregung überhaupt nicht.

(Rudolf Borchert, SPD: Hört, hört!)

Wir haben uns das Thema angesehen und wir haben es durchgerechnet. Bei uns werden sich die Elternbeiträge nicht nach oben entwickeln und wenn da etwas passiert, dann sind das Dimensionen von 8 bis 9 Euro.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist
nicht abgestimmt mit Herrn Rehberg. –
Zuruf von Michael Ankermann, CDU)

Hat Herr Rehberg dazu sein Plazet nicht gegeben, ja?

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Hätte die Hansestadt Stralsund die Elternbeiträge nach oben katapultieren müssen, Herr Rehberg?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Haben Sie da etwas unterlassen?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der macht dahinten,
was er will. Das ist ja unglaublich! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Also, dass man das hier zur Kenntnis nehmen muss.

Und dann sprach Herr Renz das Thema der Rechtsverordnung an. Das Gesetz tritt zum 01.08. in Kraft. Es gibt Übergangsfristen und jeder örtliche Jugendhilfeträger weiß, dass er sich letztendlich damit Zeit lassen kann. Ich verstehe es nicht, Sie lesen doch sonst immer so intensiv Zeitung. Frau Gramkow hat sich zu dem Thema geäußert, die Ministerin hat sich zu dem Thema geäußert und darauf hingewiesen. Herr Renz kommt heute und käst das in dieser Breite hier aus. Das ist für mich nicht nachzuvollziehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und dann war ich in Greifswald und habe im Jugendhilfeausschuss über das Thema KifÖG diskutiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und wen haben wir da vermisst?)

Ja, Herrn Liskow. Der war auch eingeladen, der kam aber erst gar nicht. Den haben wir da nicht gesehen.

(Heiterkeit und Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

So ist es. Ich habe mich so gefreut. Heute ist er übrigens auch nicht da.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir waren also in Greifswald und haben das Thema dort sehr offen erörtert.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und was mussten wir zur Kenntnis nehmen?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Hansestadt Greifswald subventioniert ihre kommunalen Kitas jährlich mit 3,6 Millionen Euro.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist auch gut so.)

Und die spannende Frage ist: Wie wird sich die Hansestadt Greifswald perspektivisch zu dem Thema verhalten?

(Rudolf Borchert, SPD: Zukünftig, zukünftig. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das wird der Innenminister nicht tun, denn das sind Dinge, die werden vor Ort entschieden.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wird die Hansestadt Greifswald auch weiterhin diese 3,6 Millionen Euro zusätzlich im System halten oder wird sie zur Entscheidung kommen, dass letztendlich damit die Eltern belastet werden? Im Jugendhilfeausschuss der Hansestadt Greifswald hat man sich erklärt und möchte, dass die Eltern nicht belastet werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist lange her.)

Ich bin ja einmal gespannt, Herr Dr. Jäger, bei welcher Pirouette ich Sie hier in Schwerin erlebe,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

denn Sie zahlen ja hier auch zügig aus dem Stadtsäckel noch in die gGmbH.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aus unternehmerischer Sicht ist das bestimmt anders. –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Ja, ja, Schwerin leistet sich da auch noch etwas. Also, wenn es nach mir geht, ich bin ja auch stadtpolitisch aktiv, dann wird das hier auch so bleiben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

In den SPD-Stadtstrukturen bin ich doch politisch aktiv, das wollen Sie doch wohl nicht abstreiten.

(Michael Ankermann, CDU:
Ja, wo denn? Wo denn?)

Ja überall. Ja, Herr Rehberg, Sie habe ich hier noch nicht gesehen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie müssen nicht alles übernehmen, was Ihnen Ihr Kollege Jäger sagt. Da müssen Sie schon mal gucken, wie es vor Ort aussieht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo sind Sie denn? –
Eckhardt Rehberg, CDU: Sie müssen
sich dem Bürger stellen!)

Damit habe ich keine Mühe, das habe ich im letzten Wahlkampf bewiesen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Das habe ich im letzten Wahlkampf bewiesen, Herr Rehberg.

(Beifall Klaus Mohr, SPD, und
Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich habe keine Mühe, mich den Leuten zu stellen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte jetzt noch gerne etwas zu dem Vereinbarungsverfahren sagen, denn dieses KiföG sieht ja ein bestimmtes Vereinbarungsverfahren vor. Wie kommt man also zu Leistungsverträgen? Da gibt es ein altbewährtes Verfahren, das ist so ein Verfahren gemäß der Paragraphen 78 b fortfolgende KJHG. Das wird von den örtlichen Jugendhilfeträgern seit vielen Jahren im Bereich der Hilfe zur Erziehung praktiziert, damit haben sie keine Mühe. Und zu sagen, Herr Renz, die sind alle völlig überfordert, die wissen nicht, wie es geht, das stimmt ganz einfach nicht. Auch in diesem Kreis weiß man, wie Vereinbarungen in diese Richtung zu schließen sind. Das weiß man einfach!

(Gerd Walther, PDS: Es sei
denn, sie wurden verunsichert.)

Und dieses Verfahren, das wird begrüßt. Es wird sowohl von den freien gemeinnützigen Trägern – da weiß ich das, da habe ich Gespräche geführt – als auch von den örtlichen Jugendhilfeträgern begrüßt.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Ich habe hier in Schwerin ein entsprechendes Gespräch gehabt. Dort sagte man Folgendes: Wir begrüßen dieses Vereinbarungsverfahren gemäß Paragraph 78 b fortfolgende KJHG, weil es zu mehr Transparenz führt. Derjenige, der etwas will, der muss die Fakten und Daten auf den Tisch legen und sagen: So sieht es aus, das will ich vereinbaren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich möchte an dieser Stelle noch einen Hinweis loswerden. Es gibt zu dieser Vereinbarungsregelung eine Rahmenvereinbarung zwischen der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege auf der einen Seite und auf der anderen Seite den kommunalen Spitzenverbänden, wie solche Vereinbarungen gemäß des KJHG abzuschließen sind.

Und abschließend, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen nicht ersparen, Sie noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, um was es eigentlich bei unserem Kindertagesstättenförderungsgesetz in erster Linie geht. Wir haben

gestern gemeinsam hier einen Antrag beschlossen. Dieser Antrag hieß: „Erziehungsfunktion von Schule stärken“. In diesem Kontext muss man auch das ganze Kindertagesstätten-thema sehen. Wir haben hier Voraussetzungen geschaffen, dass das auch funktioniert. Es gibt in dem Kindertagesstättenförderungsgesetz eine Regelung, die die Einrichtung zur Zusammenarbeit mit der Grundschule verpflichtet. Das ist ein ganz wichtiges Thema, also eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Wir haben in unserem Gesetz eine unterschiedliche Förderung von Sozialräumen ermöglicht. Das heißt, dass da, wo wir schwierige Verhältnisse haben, heute auch mehr Geld hingebacht werden kann. Das war in der Vergangenheit nicht so. Wir haben explizit die individuelle Förderung von Kindern reingeschrieben. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf Kinder mit Migrantenhintergrund deutlich machen. Ich weiß, Herr Dr. Jäger, dass Sie sich persönlich stark dafür engagieren. Das haben wir reingenommen und sie können heute individuell besser unterstützt werden. Wir haben in unserem Gesetz klar die Aufgaben und Ziele von Förderungen reingeschrieben. Wir haben den Eltern ein Wahlrecht ermöglicht und wir haben die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern deutlich verbessert.

Und hier noch einmal zum Schluss: Das, was wir hier eigentlich damit wollen, das ist ein richtig guter Schritt nach vorne. Deswegen sage ich, insgesamt ist Ihr Antrag doch rein populistischer Natur und wird von uns konsequent abgelehnt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt eine Anfrage des Abgeordneten Renz?

Jörg Heydorn, SPD: Gerne, aber Herr Glawe war, glaube ich, eher dran.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie
drängeln sich am Mikrophon.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Nein, Herr Renz war eher. Bitte, Herr Renz.

(Heinz Müller, SPD: Sie stehen Schlange.)

Torsten Renz, CDU: Herr Heydorn, Sie propagieren in Ihren Reden immer wieder unterschiedliche Elternbeiträge. Meine Frage lautet: Ist durch das vorliegende Gesetz eine Staffelung der Elternbeiträge nach dem Einkommen zwingend vorgeschrieben?

(Torsten Koplín, PDS: Der
kann das Gesetz nicht lesen.)

Jörg Heydorn, SPD: Eine Staffelung der Elternbeiträge nach Einkommen ist nach meiner Kenntnis nicht zwingend vorgeschrieben. Es gibt auch andere Staffelmöglichkeiten wie die Geschwisterkinderregelung et cetera, et cetera. Ich kann Ihnen aber sagen, was ich persönlich präferiere.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Ich präferiere eine Staffelung nach Einkommen, weil ich tatsächlich der Meinung bin – Herr Renz, das wollen Sie ja wieder nicht hören –, dass ein Generaldirektor einen

anderen Beitrag zahlen kann als ein Schlosser. Das hat für mich etwas mit Gerechtigkeit zu tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das hat für mich mit sozialer Gerechtigkeit zu tun.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Jörg Heydorn, SPD: Ich bin noch nicht fertig mit der Beantwortung.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Entschuldigung.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Renz, es gibt ein Positionspapier der Kleinen Liga der Wohlfahrtspflege in der Hansestadt Greifswald. Daraus möchte ich gerne zitieren. Das hat man uns in die Hand gedrückt und da steht Folgendes drin: „Als familienfreundliche Stadt plädieren wir dafür, uns vor dem Aufwand und den Kosten einer sozialen Staffelung im Kitabereich nicht zu scheuen.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das heißt, die Kleine Liga in Greifswald ist dafür, hier nach Einkommen zu staffeln. Wir können uns dem nur anschließen, Herr Renz.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage des Abgeordneten Renz?

Jörg Heydorn, SPD: Ja.

Torsten Renz, CDU: Herr Heydorn, ich werde Sie also jetzt nicht fragen, ob es hier noch Generaldirektoren gibt, das werden Sie besser wissen, aber ich habe noch eine Nachfrage.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie sagen, es ist nicht der Fall, dass es nach dem Einkommen zwingend notwendig ist, dann frage ich Sie jetzt: War es nicht Ziel des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und PDS, dieses zu schaffen? Und wenn es jetzt so gekommen ist, dass es nicht der Fall ist, kann ich dann schlussfolgern, dass Sie in diesem Punkt versagt haben und ein schlechtes Gesetz gemacht haben, Herr Heydorn?

(Heinz Müller, SPD: O Gott, o Gott! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Paragraph 50. –
Volker Schlotmann, SPD: Oh, was der schlussfolgern kann! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Der kann machen, was er will! –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Jörg Heydorn, SPD: Nein, nein. Sie haben es nicht verstanden! Sie haben es nicht verstanden! Sie müssen einfach mal nach der Rechtsanwendung gehen, denn jetzt sind wir wieder mal bei der Rechtsanwendung. Nach SGV VIII liegt die Zuständigkeit der Kindertagesstättenförderung bei den örtlichen Jugendhilfeträgern. Sie liegt bei den örtlichen Jugendhilfeträgern vor Ort und da wollten wir es hin haben. Und wenn ein örtlicher Jugendhilfeträger durch Entscheidung sagt, wir staffeln nicht nach Einkommen, dann ist das seine Entscheidung. Die wird von einer Mehrheit zu beschließen sein und von uns akzeptiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber Staffelung.)

Ein anderer mag zu einer anderen Entscheidung kommen. Und das ist einfach unser Selbstverständnis von

Dezentralisierung, von Aufgaben dahin bringen, wo sie letztendlich hingehören,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Kommunale Selbstverwaltung.)

und zwar auf die kommunale Ebene in die Selbstverwaltung.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach!)

Torsten Renz, CDU: Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt eine Nachfrage des Abgeordneten Glawe?

Jörg Heydorn, SPD: Gerne.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Herr Kollege Heydorn, Sie führten vorhin aus, dass das Kita-Gesetz durch die CDU nur in der Regelkostenverordnung geändert werden sollte. Würden Sie mir zustimmen, dass die CDU einen Antrag gestellt hat, das Kita-Gesetz zu öffnen und den Bildungsauftrag für Kinder ab dem dritten Lebensjahr festzuschreiben, also Landesgesetzgebung und Bundesgesetzgebung konform zu machen?

Jörg Heydorn, SPD: Ja, aber das ist inhaltlich ja nicht untersetzt worden. Im Grunde genommen geht es nur darum, dass Sie nur die Regelkosten verändern wollten.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Harry Glawe, CDU: Sie bestätigen doch den Antrag.

Jörg Heydorn, SPD: Ja, aber der ist inhaltlich nicht untersetzt. Der Antrag ist drin, aber er ist inhaltlich keinesfalls untersetzt. Da steht doch nicht drin, was Sie wollen, im Gegensatz zu unserem.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Heiße Luft.)

Harry Glawe, CDU: Da steht drin, dass ab dem dritten Lebensjahr der Bildungsauftrag für Kinder ...

Jörg Heydorn, SPD: Schauen Sie sich doch um! Herr Renz hat immer nur unsere 30 Änderungsanträge erwähnt. Schauen Sie sich einmal an, was substantiiert ausgeführt wurde! Das ist substantiiert von vorne bis hinten. Aber bei Ihnen – Herr Glawe, es tut mir Leid, Ihnen das sagen zu müssen – ist das doch nur eine Hülse.

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Harry Glawe, CDU: Ist Ihnen das bekannt, Herr Kollege Heydorn, oder ist es Ihnen nicht bekannt?

Jörg Heydorn, SPD: Ist mir bekannt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Harry Glawe, CDU: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Caffier?

Jörg Heydorn, SPD: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Kollege Heydorn, könnten Sie bitte ausführen, ob denn Ihr Kollege Herr Dr. Gerd Zielenkiewitz auch rumkäst zum Gesetz,

(Volker Schlotmann, SPD: Wer käst?)

wenn er in der vergangenen Woche beschließt: Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar fordert den Landtag

auf, das Gesetz zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen in Tagespflege aufzuheben und erst dann wieder zu verabschieden, wenn das Land bereit ist, die finanziellen Mittel so weit aufzustocken, bis gewährleistet ist, dass weder Eltern noch Kommunen durch das Gesetz stärker belastet werden? Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Dr. Gerd Zielenkiewitz, so viel zu den Ausführungen zu Ihrem glänzenden Gesetz.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Kollege Caffier, es entspricht meinem politischen Verständnis, mich hier zum Thema Äußerungen aus Wismar nicht so öffentlich bemerkbar zu machen.

(Heiterkeit bei Michael Ankeremann, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Und was haben denn die Wismaraner falsch gemacht?)

Lorenz Caffier, CDU: Vielen Dank.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplín, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Inzwischen muss offenkundig noch geklärt werden, was es da mit Wismar auf sich hat. Ich hielt die Fragen, die hier gestellt wurden, ...

(Lorenz Caffier, CDU: Sie müssen erst mal die Post lesen, Herr Kollege!)

Ich habe das doch gehört, Herr Caffier.

Wissen Sie, ich hielt die Fragen, die gestellt wurden, für wichtig. Das ist gar keine Frage. Aber was mich so verblüfft und letztendlich dazu führt, dass mir ein Licht aufgegangen ist, ist, dass Sie das Gesetz, das wir am 1. März hier beschlossen haben, bis zum heutigen Tag nicht begriffen haben.

(Angelika Gramkow, PDS:
Sie wollen es nicht begreifen.)

Sie haben nicht verstanden, dass es sich um einen Systemwechsel handelt,

(Torsten Renz, CDU: Das ist eine ganz neue Taktik, die Sie jetzt anschlagen.)

dass im Grunde genommen ein ganz anderes Konstrukt aufgelegt ist. Und alle Fragen, die Sie gestellt haben, haben hier eine Beantwortung gefunden. Und nun fordere ich Sie auf: Springen Sie über Ihren Schatten!

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Gestehen Sie, dass im Ministerium verantwortlich an der Umsetzung des Gesetzes gearbeitet wird! Geben Sie zu, dass sich die Umsetzung des Gesetzes an Wort und Buchstaben, die wir hier beschlossen haben, hält!

Ein Wort an Herrn Riemann. Herr Riemann, Sie sind ja noch da, ich muss Ihnen ehrlich sagen, da tun sich mir Abgründe auf. Da tun sich mir wirklich Abgründe auf,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

wenn von Ihnen so ein qualifizierter Zwischenruf kommt, wie: Alle machen etwas anderes. Alle machen etwas anderes, sagen Sie.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich muss Sie fragen: Meinen Sie es mit der kommunalen Selbstverwaltung ehrlich oder nicht?

(Wolfgang Riemann, CDU: Jeder legt das Gesetz anders aus.)

Sagen Sie doch ehrlich, wie Sie zur kommunalen Selbstverwaltung stehen!

(Wolfgang Riemann, CDU: Jeder legt das Gesetz anders aus.)

Das ist die Frage und nicht so, wie Sie sie stellen. Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit gehören dazu und ich möchte sie auch walten lassen.

An dieser Stelle muss ich mich bei Ihnen entschuldigen, und zwar bei Ihnen allen, die hier sitzen. Am 1. März ist mir ein ganz dummes Fehler unterlaufen, der mich sehr grämt. Ich habe in Ansehung einer fehlenden Textpassage in der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses versucht, den Fehler zu heilen. Das sind so die dümmsten Fehler, die manchmal passieren, wenn man versucht, etwas zu heilen, und dann einen neuen Fehler produziert. Aber die Regelung, um die es geht, nämlich die Auszahlung der Finanzen für das Jahr 2005, ist heilbar und tut der Grundlage des Gesetzes und auch der Umsetzbarkeit jetzt zu diesem Zeitpunkt keinen Abbruch. Wir erhalten ...

(Harry Glawe, CDU: Na, dann ist es ja gut.)

Ich weiß nicht, auf welchen Veranstaltungen Sie sind. Einiges ist ja hier deutlich geworden. Sie kehren das ja raus, was Ihnen passt.

(Torsten Renz, CDU: Das ist nicht wahr!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wir erhalten für dieses Gesetz sehr, sehr viel Zustimmung.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich habe jetzt meine Veranstaltung von Montag dieser Woche in Wolgast im Blick und da ist es noch einmal deutlich bei allen Fragen, die es auch gibt, unterstrichen worden. Es liegt auch beim Wechsel eines Systems in der Natur der Sache, dass wir dafür Zustimmung erhalten, dass die Bildungsarbeit verbindlich gestaltet wird.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Torsten Koplín, PDS: Ja, wenn sie hier reinpasst, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte schön, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Koplín, wie würden Sie das beurteilen, wenn die Landrätin des Landkreises Ostvorpommern dem Kreistag am Montag vorschlägt, in diesem Jahr nach der alten Regelkostenverordnung zu verfahren und die gesetzlichen und ordnungsmäßigen Grundlagen weiterzuführen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der hat die Mehrheit in Ostvorpommern.)

Es ist eindeutig gegen das Gesetz, was wir beschlossen haben. Es ist eindeutig gegen das Gesetz, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Gerd Walther, PDS: Übergangsregelung.
Sie haben das immer noch nicht kapiert! –
Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Riemann, nur eine Frage!

Torsten Koplín, PDS: Herr Riemann, ich sage Ihnen gern etwas dazu.

Wolfgang Riemann, CDU: ... ohne dass mit den Kommunen

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Gerd Walther, PDS –
Glocke der Vizepräsidentin)

und mit den Trägern diese Vereinbarung untersetzt wird.

(Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich bitte hier um mehr Ruhe.

Torsten Koplín, PDS: Dazu sage ich Ihnen gern etwas, weil ich mich gestern intensiv mit diesem Antrag beschäftigt habe. Ich muss Ihnen sagen, dass die Landrätin aus Ostvorpommern Frau Dr. Syrbe völlig gesetzeskonform handelt. Im Paragraphen 16 Absatz 2 steht, dass vergleichbare Leistungsvereinbarungen, Satzungen und Verträge möglich sind. Das nimmt sie in Anwendung und handelt nach Wort und Buchstaben dieses Gesetzes, und zwar völlig korrekt.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Wolfgang Riemann, CDU: Ohne Vereinbarung, habe ich betont!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Riemann!

Torsten Koplín, PDS: Es wird hier deutlich, dass Sie das Gesetz nicht verstanden haben.

Wolfgang Riemann, CDU: Ohne Vereinbarung!

Torsten Koplín, PDS: Es ist vorhin ausgeführt worden, dass es intensive Gespräche zwischen dem Ministerium, den Jugendamtsleiterinnen und Jugendamtsleitern zur Umsetzung des Gesetzes gibt. Und wenn dann noch die Frage der Auszahlungsbeträge in Euro und Cent steht, muss ich Ihnen sagen, das hängt ganz einfach damit zusammen, dass einige die Anzahl der Kinder bis zum heutigen Tage noch nicht gemeldet haben. Das ist das Problem! Es kann der Betrag nur errechnet und ermittelt werden, wenn alle gemeldet haben. Und ich fordere an dieser Stelle auch auf, das verantwortungsvoll in den Kreisen und kreisfreien Städten so zu handhaben, damit gerechnet werden kann. In Ostvorpommern wird verantwortungsvoll mit diesem Gesetz umgegangen. Das will ich Ihnen sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und das sage ich Ihnen auch aus der Kenntnis, ich komme noch einmal auf die Veranstaltung am Montag zurück, weil dort noch einmal betont wurde, wie wichtig und vernünftig es ist, Kindergesundheit mit einem besonderen Gewicht zu versehen. Wir erhalten Zustimmung dafür, weil wir den Beruf der Erzieherin aufwerten. Gerade die PDS-Fraktion engagiert sich an dieser Stelle sehr stark dafür, dass wir in Zukunft eine Fachhochschulausbildung für Erzieherinnen von Kindereinrichtungen im Land haben. Die Fachhochschule Neubrandenburg ist zur Einrichtung eines solchen Lehrstuhles bereit

(Torsten Renz, CDU: Der Lehrstuhl steht bereit.)

und die Verhandlungen mit dem Bildungsministerium laufen. Ich bin davon überzeugt, auch die PDS-Fraktion ist

davon überzeugt, dass diese Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende geführt werden.

(Beifall Gerd Walther, PDS)

Wir erhalten ausdrücklich Zustimmung dafür, dass der ländliche Raum gestärkt wird. Was Sie aus meiner Sicht seitens der CDU machen, ist, die Sache zu einem Wahlkampfthema zu machen und, auch das muss traurigerweise festgestellt werden, die Sache fachlich und inhaltlich nicht zu beherrschen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Alle Ihre Presseerklärungen vom 9. Mai – Herr Walther hat sie gerade in der Hand –, und zwar die Presseerklärungen von Herrn Glawe, die strotzen nur so von Vermutungen und Spekulationen, keine Tatsachen, kein Hintergrundwissen.

(Regine Lück, PDS: Das ist ja unglaublich! –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Der Umgang mit diesem Gesetz und mit den Fragen, die es in den Kreisen und kreisfreien Städten gibt, hat etwas mit Respekt zu tun,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

den Sie, das muss ich hier sagen, nicht aufbringen. Denn es ist respektlos, unseriöse Zahlen – ich erinnere an die ganze Debatte, die von Ihnen infolge eines Besuchs losgelöst wurde, Herr Glawe, in Rostock – in die Welt zu setzen, die im Grunde genommen rein spekulativer Natur sind, und mit den Empfindungen der Menschen in diesem Land Schindluder zu treiben.

(Gerd Walther, PDS: Genau, genau.)

Es ist respektlos von Ihnen – Ihre Homepage habe ich mir heute früh noch einmal angeguckt –, wenn Sie sagen, die Verunsicherung müsse gestoppt werden, Sie aber selbst diejenigen sind, die diese Verunsicherung schüren. Ich denke, die Fragen sind von der Ministerin so umfassend beantwortet worden, dass ich es mir ersparen kann, hier zu Fragen des Standards, verlässlichen landeseinheitlichen Elternbeiträgen und so weiter zu sprechen.

(Harry Glawe, CDU: Ja, einheitlich werden Sie das nicht hinkriegen.)

Ich sehe dieses Gesetz in der Umsetzung auf einem guten Weg. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplín.

Das Wort hat jetzt Herr Renz von der Fraktion der CDU.

(Minister Dr. Till Backhaus: Zwei Mann sind noch da. – Rudolf Borchert, SPD:
Erklären Sie jetzt, dass der Antrag sich erledigt hat. – Wolfgang Riemann, CDU:
Ich komme gleich. Ich komme gleich. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Torsten Renz, CDU: Von Seiten der Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist man ja einig gewohnt. Wenn das stimmt, was mir berichtet wurde, dass die amtierende Ministerpräsidentin in einer Art und Weise über meine Person Handzeichen von sich gegeben

hat, dann möchte ich nur an die Wertediskussion von gestern erinnern und hoffe,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was hat sie gemacht? Was meinen Sie denn damit, Herr Renz?)

dass ich vielleicht im Anschluss dazu eine gewisse Aufklärung erhalten werde.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ich habe nichts gesehen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte versuchen,

(Harry Glawe, CDU: Das war das Scheibenwischersyndrom.)

vor allem nachdem Herr Heydorn hier gesprochen hat, die Diskussion wieder auf eine sachliche Ebene zu bringen.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Es verwundert mich nicht, dass die bestellten Klopfer der SPD jetzt wieder unruhig werden.

Ich habe bei seinen Ausführungen ...

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was, was, was, was, was?! Ich bin
hier Landtagsabgeordneter!)

Herr Nieszery, das können Sie nicht wissen, früher wurden sie bestellt mit Fähnchen, sie sind heute erst beim Klopfen. Aber wir haben ja vielleicht hier in diesem Landtag noch einiges zu erwarten.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Holger Friedrich, SPD)

Ich habe zum Beispiel bei den Ausführungen von Herrn Heydorn viel mehr auf die Reaktion der Abgeordneten der PDS geachtet und gesehen,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

dass man versucht, sich hier inhaltlich auseinander zu setzen und sich nicht durch Klopforgien in Ekstase zu bringen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh je, oh je! –
Zuruf von Holger Friedrich, SPD,
und Birgit Schwebs, PDS)

Herr Koplín, wenn Sie hier von einer gewissen Fachlichkeit sprechen und uns unterstellen, dass diese eventuell nicht vorhanden sein sollte,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Offensichtlich ist sie nicht vorhanden.)

dann ist das logischerweise an dieser Stelle ganz klar, dass ich das zurückweisen muss. Sie wissen das auch. Ich muss Sie aber deutlich fragen, auch wenn Güstrow nicht der Nabel der Welt ist, aber vielleicht die heimliche Landeshauptstadt, wenn ich mich auf die politischen Verhältnisse in Güstrow beziehe

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

und die angesprochene Veranstaltung zweier Landtagsabgeordneter noch einmal Revue passieren lasse, der Landrat sagt, ich habe kein Verständnis für die Staffe-

lung der Elternbeiträge, für die technische Umsetzung dieser ganzen Sache, die nicht machbar ist, denn ich muss nämlich bei 5.000 Kindern eventuell 10.000 Einkommensüberprüfungen vornehmen, wie Sie das alles noch leisten wollen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das frage ich mich auch.)

Dann frage ich mich: Ist dieser Mann nicht auf der Höhe? Seien Sie aber vorsichtig bei der Beantwortung der Frage, der ist nämlich Mitglied der SPD.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich frage mich weiter, wenn ich wie am Dienstag mit Herrn Friedersdorf und mit der versammelten Landrats-ebene aus allen Landkreisen zusammensitze, wir über Umsetzungen sprechen, über konkrete Umsetzungen, wahrscheinlich wurde das im Hause auch noch nicht durchgestellt, was es dort für Widersprüche gab, und der zweite Beigeordnete des Landkreises Güstrow erklärt, dass zum heutigen Zeitpunkt erst 50 Prozent der Berechnungen, der Trägerunterlagen eingetroffen sind, erst 50 Prozent, und darauf aufmerksam macht, dass vor allem große Träger enorme Schwierigkeiten haben, die Zeitschiene zu halten,

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

ist dieser Mann nicht auf der Höhe der Zeit? Seien Sie vorsichtig bei der Beantwortung dieser Frage, denn auch dieser Mann ist SPD-Mitglied. Zeigen Sie nicht mit dem Finger auf die CDU-Fraktion!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind sehr wohl in der Lage, über dieses Gesetz zu diskutieren.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Ritter?

Torsten Renz, CDU: Ich bitte darum.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Ritter.

Peter Ritter, PDS: Herr Renz, Sie kritisieren immer die Art und Weise der Staffe- lung der Elternbeiträge und meinen, es wäre nicht möglich, das umzusetzen. Meine Kinder sind Anfang der 90er Jahre in diesem Land in die Kita gegangen. Wir hatten zum damaligen Zeitpunkt eine Staf- fe- lung der Elternbeiträge und das hat hervorragend geklappt. Warum soll das, was Anfang der 90er Jahre geklappt hat, jetzt nicht klappen? Das erklären Sie mir einmal!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das hat überhaupt nicht geklappt, Herr Ritter. Überhaupt nicht.)

Ich habe einen gestaffelten Elternbeitrag bezahlt. Das hat geklappt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: In Rostock haben sie 500 Mark bezahlt und in Ribnitz nur die Hälfte. Was ist denn daran sinnvoll? –

Angelika Gramkow, PDS: Das hat doch mit der Staffe- lung nichts zu tun.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, Herr Renz darf jetzt die Frage beantworten.

Torsten Renz, CDU: Ich möchte auch antworten.

Sehr geehrter Herr Ritter, nach meinem Kenntnisstand hat es damals nicht richtig funktioniert.

(Angelika Gramkow, PDS: Warum nicht? –
Eckhardt Rehberg, CDU: So ist das gewesen. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Herr Schlotmann, also so viel können Sie mir zutrauen, ...

Peter Ritter, PDS: Antworten Sie doch bitte auf meine Frage, Herr Renz!

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU,
und Angelika Gramkow, PDS)

Torsten Renz, CDU: ... dass ich meinen eigenen Standort vertrete.

Ich sage Ihnen nur, dass ich Ihre Fragestellung von vorn nicht werten will. Die Fragestellung an sich hat selbst für sich gesprochen und auch die Fragen, die Sie der Frau Ministerin gestellt haben.

(Volker Schlotmann, SPD: Deswegen
traue ich Ihnen das ja nicht zu.)

Aber, Herr Ritter, ich denke, dass das damals nicht richtig funktioniert hat. Ich sage Ihnen auch heute, wir sollten darauf verzichten, einkommensabhängig dieses bürokratische Monster hier aufzubauen. Für mich stellt sich, wie gesagt, die Frage, wenn ich durch die Lande ziehe – ich habe es konkret bei einem Abgeordneten erlebt – und es sich vor Ort als wesentlicher Punkt herausstellt, dass die Staffelung der Elternbeiträge bezogen auf die unterschiedlichen Berufsgruppen unter anderem das Hauptziel dieses Gesetzes sind, und mich dann im Parlament hinstelle und sage, das gibt unser Gesetz aber gar nicht her, dann sage ich Ihnen, Herr Ritter: Das hat mit Ehrlichkeit aus meiner Sicht nicht sehr viel zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist nämlich Polemik! Ich gehe an dieser Stelle auch noch einen Schritt weiter, wenn ich sage, das ist nämlich nicht nur Polemik, das ist Demagogie.

(Harry Glawe, CDU, Rainer Prachtl, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU: Oh!)

Peter Ritter, PDS: Das habe ich aber nicht gefragt, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe schon kurz dargelegt, was für Erfahrungen wir vor Ort zum Beispiel bei Sitzungen und bei Schulungen machen, die ja hier vom Sozialministerium auch angesprochen wurden. Ich sage Ihnen auch, was ich vor Ort erlebe, weil hier Güstrow genannt und gesagt wurde, wie gut das dort alles läuft. Der Landrat hat sich öffentlich positioniert. Ich war im Jugendhilfeausschuss des Kreises und es konnten keine Fragen hinsichtlich der Umsetzung beantwortet werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Von wem?)

Es wird von dieser Ebene bedauert, dass sie keine ausreichende fachliche Anleitung von der Ebene des Sozialministeriums erhalten. Das ist die Realität, meine Damen und Herren,

(Rudolf Borchert, SPD: Na dann kommen Sie mal nach Müritz oder nach Neubrandenburg oder Mecklenburg-Strelitz oder nach Parchim!)

und das sollten Sie zur Kenntnis nehmen! Und wenn ich bei so einer Veranstaltung wie am Dienstag den Herrn Dr. Friedersdorf höre, der sich die Paradebeispiele herausucht und die Landkreise konkret anspricht – das hat ja auch Frau Dr. Linke versucht, hier zu tun –, dann sage ich, dass Herr Dr. Friedersdorf Ihnen, Frau Dr. Linke, wahrscheinlich nicht erzählt hat, wie die Reaktionen dieser Landkreise waren,

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

die ja zu Beginn noch optimistisch waren, weil sie intensiv arbeiten,

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

weil sie sich bemühen und weil sie gehofft haben, dass sie es zum 01.08. auf den Weg bringen. Wenn Ihnen in diesen Runden gesagt wird, ...

(Angelika Gramkow, PDS:
Wer hat denn das gehofft?)

Frau Gramkow, Sie können das glauben, aber ich merke schon, Sie werden wahrscheinlich nur Wortprotokolle überzeugen.

(Rudolf Borchert, SPD: Hoffentlich
ist Ihre Redezeit bald zu Ende! –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Aber ich sage Ihnen, wenn die Landkreise Herrn Dr. Friedersdorf sagen, dass sie Zeit brauchen, um Verständnis vor Ort zu erzeugen, um die Träger in die Lage zu versetzen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

durch einen Zeitaufschub hier die konkrete Kostenermittlung zu tätigen,

(Angelika Gramkow, PDS:
Na, da lache ich mich tot.)

wenn diese Ebene darum bittet und Sie das alles ignorieren,

(Angelika Gramkow, PDS: Jeder
Träger hat seit Jahren Kostenblätter.)

das erinnert mich an Zeiten, wo man die Wahrheit vor Ort ausblendet.

(Angelika Gramkow, PDS: Wo sind denn
die ganzen Kostenblätter geblieben?)

Und Sie wissen, das wird Ihnen eines Tages auf die Füße fallen,

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD, und
Harry Glawe, CDU – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

wenn Sie nicht mehr an die untere Ebene glauben und auf die untere Ebene nicht hören, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich habe mir auch in Vorbereitung dieses sehr sinnvollen Antrages, das muss ich an dieser Stelle einfach noch einmal betonen, weil Sie mir ja auch vorwerfen, dass wir uns damit inhaltlich nicht auseinander setzen –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das sagen
Sie, Herr Renz. Das müssen Sie ja auch.)

Sie fordern mich auf, über den Schatten zu springen,

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, der Wahlkampf lässt grüßen.)

ich sage Ihnen, wenn der Schatten des Sozialministeriums so groß ist, so weit kann gar kein Mensch springen –,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

ich weise es auch noch einmal zurück, dass wir uns inhaltlich nicht damit auseinander setzen, ich habe gerade gestern zufällig das Bürgerinformationsbürotelefon des Sozialministeriums benutzt, um mich einmal zu informieren.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS – Jörg Heydorn, SPD: Oh super! Ich habe auch noch die richtige Nummer gehabt. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Herr Heydorn, es geht sogar so weit, dass ich mich mit dem eigenen Namen vorstelle. Ich habe bei Ihnen manchmal Bedenken, ob Sie das vor Ort auch überall tun.

(Angelika Gramkow, PDS: Jetzt ist es aber langsam gut! – Volker Schlotmann, SPD: Mein lieber Herr Gesangsverein!)

Ich habe mich also dort vorgestellt und mich einmal informiert.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist sein Stil. So kennen wir ihn. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich möchte an dieser Stelle deutlich sagen, dass die Information, die durch dieses Bürgerinformationsbüro ...

(Jörg Heydorn, SPD: Am Telefon war es, am Telefon!)

Bürgertelefon, vielen Dank für die Hilfestellung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen wir gerne. Das machen wir gerne.)

Es wurde eine fundierte Auskunft gegeben. Das möchte ich an dieser Stelle bestätigen.

(Angelika Gramkow, PDS: Haben Sie etwas anderes erwartet?)

Wenn die Mitarbeiter mit falschen Informationen beliefert werden, dann können sie natürlich nichts anderes sagen, das ist ganz klar, Frau Gramkow.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Wenn mir die Mitarbeiter sagen, dass der Rahmenlehrplan, der Bildungsplan – früher hieß es ja Curriculum, wer weiß, wie es in einem Monat heißen wird –,

(Angelika Gramkow, PDS: Das heißt beides das Gleiche.)

wenn mir die Mitarbeiter am Telefon sagen, der Rahmenlehrplan wurde im Landtag vorgestellt, dann sind das schon Sachen, die mich teilweise nachdenklich stimmen. Das muss ich sagen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich muss natürlich die Mitarbeiter auch in Schutz nehmen, denn dafür können sie ja nichts.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö!)

Sie können nur Auskunft über bestehende Verhältnisse und über die handwerklichen Fehler geben, die in dieses Gesetz eingebaut worden sind.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und jetzt beziehe ich mich bei den Fehlern auf die Aussage von Herrn Koplín, da können wir natürlich den Mitarbeitern vor Ort keine Schuld geben. Im Großen und Ganzen, denke ich, machen sie aber dort einen guten Job. Ich kann die Bürger nur auffordern, sich dort auch weiterhin zu informieren!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja?)

Was politisch hier in diesem Lande abläuft, meine Damen und Herren, wenn es um die Umsetzung geht, macht mich doch stutzig.

(Volker Schlotmann, SPD: Da haben Sie Recht. Was Sie hier abliefern!)

Ein Kollege von mir hat es in einer Fragestellung angesprochen, er hat sich auf Wismar berufen. Sie können vor Ort nicht mit einer Sprache sprechen und hier in Schwerin mit einer anderen Sprache.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das finde ich auch.)

Und nur bloße Lippenbekenntnisse vor Ort, die nützen nämlich gar nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich frage mich wirklich: Wer hindert Sie hier als Landtagsabgeordnete oder Landtagsabgeordneter an dieser Stelle daran, einen Antrag zu stellen oder das Gesetz zu stoppen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Die CDU-Fraktion auf keinen Fall, da werden Sie nur Zustimmung ernten. Tun Sie es endlich und reden Sie nicht vor Ort so und hier in Schwerin so!

(Torsten Koplín, PDS: Seien Sie doch nicht so überzeugt!)

Und, Herr Koplín, Sie versuchen, hier einen auf diese ehrliche Tour zu machen.

(Angelika Gramkow, PDS: Er ist so ehrlich!)

Sie stellen sich hin und sagen, es war ein Fehler, dass Sie falsche Daten angegeben haben. Warum stellen Sie sich nicht hin und stellen den Antrag, dass wir das reparieren?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Unsere Zustimmung haben Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Tun Sie es einfach! Tun Sie es einfach, meine Damen und Herren von der PDS, und handeln Sie!

(Jörg Heydorn, SPD: Das machen wir. – Torsten Koplín, PDS: Das werden wir machen.)

Ich sage Ihnen, wie Sie handeln. Sie bringen eine Informationsbroschüre raus,

(Angelika Gramkow, PDS: Nee, Herr Renz, die ist aber schon zwei Monate überfällig.)

Kindertagesförderungsgesetz, und schreiben ...

(Angelika Gramkow, PDS: Die neue?)

Ich hoffe, Sie lassen sie mir zukommen, vielleicht auch gleich, dann könnte ich darauf noch eingehen.

(Angelika Gramkow, PDS: Inzwischen ist das Gesetz veröffentlicht.)

Sie bringen hier einen Flyer für die Bürger raus und dazu will ich Ihnen ehrlich sagen, als ich den in die Hand bekommen habe,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

war ich fast sprachlos.

(Volker Schlotmann, SPD: Oh schade! So ein Pech aber auch!)

Wenn Sie das Gesetz in Ihrem Flyer umschreiben und die Zahlungstermine im Paragraphen 18 hier schon revidieren,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

dann muss ich sagen, da hat Herr Neumann gute Arbeit geleistet. Er schreibt also ein beschlossenes verabschiedetes Gesetz, was ja auch vom Ministerpräsidenten unter anderem unterzeichnet wurde,

(Angelika Gramkow, PDS: Da war es noch gar nicht unterzeichnet.)

einfach für eine Informationsbroschüre für die Bürger um. Aber clever sind Sie ja von der PDS, das muss ich Ihnen sagen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU, und Angelika Gramkow, PDS)

Sie schreiben nämlich ganz einfach auf: Trotz sorgfältiger Zusammenstellung wird keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit übernommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU, und Torsten Koplin, PDS)

Also das ist wirklich schon die Höhe! Das erinnert mich doch sehr stark an Ihren Gutschein,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh ja!)

den Sie im Wahlkampf verteilt haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Haben Sie einen, Herr Renz? Ich wollte schon immer einen haben. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welch niveauvolle Debatte! Welch niveauvolle Debatte! – Zuruf von Regine Lück, PDS)

Also, ich muss schon sagen, es geht voran bei Ihnen, Frau Gramkow.

Ich möchte Sie einfach auffordern, handeln Sie,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

aber hier, wo es hingehört, nämlich beim Gesetzgeber!

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Und wissen Sie, was mich bei der Veranstaltung am Dienstag stutzig gemacht hat? Mich hat stutzig gemacht,

dass das Ministerium von Seiten der Landkreise aufgefordert wird, dieses verkorkste Gesetz, was der Landtag auf den Weg gebracht hat – die Betonung lag darauf, dass wir, Sie alle, die CDU-Fraktion lasse ich in diesem Fall mal raus, weil wir ja nicht dafür gestimmt haben, aber Ihre beiden Fraktionen –, dass dieses verkorkste Gesetz, das wurde dort formuliert, durch die Regierungsbank revidiert werden soll. So weit ist es jetzt schon gekommen.

(Angelika Gramkow, PDS: Würden Sie uns gerne sagen, welche Landkreise oder welche Dezernenten aus welchen Landkreisen es waren?)

Jetzt wird der Spieß umgedreht. Jetzt sind Sie für diesen Zustand, der hier in diesem Lande herrscht, in den Fraktionen dafür zuständig. Das sollte auch Sie nachdenklich stimmen.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

Ich möchte jetzt zu einem zweiten großen Schwerpunkt kommen, und zwar zum Thema Bildung. Ich hatte versucht, eine Nachfrage an die Ministerin zu stellen, denn der Bildungsplan soll ja nun abgestimmt vorliegen. Das macht mich sehr stutzig und daher wäre auch meine Frage gewesen: Wie kann es sein, wenn der Bildungsplan in seiner endgültigen Fassung vorliegt, dass in der letzten Woche die Multiplikatorenveranstaltungen begonnen haben und als Einführung bei diesen Veranstaltungen darauf hingewiesen wurde, dass ein korrigierter Entwurf vorliegt und demnächst weitere korrigierte Entwürfe folgen sollen? Das ist für mich völlig unverständlich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das werden Sie schon einsehen. Das müssen Sie.)

Auf welcher Arbeitsgrundlage wollen Sie überhaupt die Multiplikatoren schulen, wenn Sie ständig die Bildungspläne verändern? Diese Frage muss gestattet sein. Das sind für mich chaotische Zustände! Das muss ich Ihnen hier an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wenn in dem Zusammenhang mein von mir sehr geschätzter Kollege Heydorn, den ich im Moment gerade nicht entdecken kann,

(Volker Schlotmann, SPD: Der ist geflüchtet vor Ihnen! – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, Wolfgang Riemann, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

eine einzelne Person in diesem Lande für die Qualität des Bildungsplanes verantwortlich macht, für deren Einschätzung ein Vertreter der Diakonie, da erlaubt er sich übrigens kein Urteil über die Fraktion in Wismar, aber das werden wir ihm überlassen, aber wenn er eine einzelne Person darstellt, die sich auf die Stellungnahme des Landesjugendhilfeausschusses Mecklenburg-Vorpommern beruft, dann hoffe ich, dass die Bildungspolitiker, die Sozialpolitiker und vielleicht auch alle anderen Abgeordneten in diesem Hohen Hause die Stellungnahme des Landesjugendhilfeausschusses kennen. Ich stelle fest, dass sie wohl kaum jemandem bekannt ist. Herrn Heydorn war sie nämlich bei dieser Veranstaltung auch nicht bekannt. Herr Nieszery hat dann gesagt, wir werden uns auf alle Fälle damit befassen. Ich möchte hiermit beginnen, und zwar an dieser Stelle.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Dieser Landesjugendhilfeausschuss stellt Folgendes fest:

Erstens. Er kritisiert die bildungspolitische Bedeutung. Es wird gesagt, der gesamte Elementarbereich – ich spreche hier vom Bildungsplan – wird in die Gefahr einer Spaltung begeben. Auf der einen Seite gibt es eine Betreuung im Kindergarten für die unter fünfjährigen Kinder und auf der anderen Seite die Förderung von Bildung im Rahmen der Vorschule.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch nicht exakt. Ich kenne das Protokoll. Herr Renz, Sie sollten das nicht so zitieren!)

Ein nächster Kritikpunkt ist das Bildungsverständnis, Bild vom Kind.

(Angelika Gramkow, PDS: Im Gesetz ist gar keine Vorschule.)

Der vorliegende Bildungsplan bewertet Bildung nach ihrer Nützlichkeit, Wissen, Können und nach ihrer Verwendbarkeit. Dieses Verständnis von Bildung widerspricht der Erkenntnis, dass der ganze Mensch sich bildet, und dies zunächst absichtslos. Es wird in dem vorliegenden Bildungsplan weiterhin die Alltagsorientierung kritisiert,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass man sich zu stark auf die Schule orientiert und den sozialpädagogischen Bildungsbegriff, nämlich das Lernen, das Bewältigen von Alltagssituationen, eher ausblendet. Und gerade das ist durch die moderne Hirnforschung bestätigt worden. Es wird weiter die Gesamtstruktur des Bildungsplanes kritisiert. Wenn man in diesem Fall auch bei der Wahrheit bleibt und so eine Veranstaltung besucht hat, wie ich sie in Güstrow besucht habe, und dort gestandene Erzieherinnen ihr Urteil über diesen vorliegenden Bildungsplan abgeben, dass der so unübersichtlich und nicht nachvollziehbar in seiner Gesamtstruktur ist, dann sollte das auch die Bildungsexperten hier sehr, sehr nachdenklich stimmen. Auch das wird durch den Landesjugendhilfeausschuss kritisiert.

Ein nächster Fakt, der den Bildungsaspekt berührt, ist die Anschlussfähigkeit des Bildungsplanes. Die beabsichtigte Erweiterung des Bildungsplanes für die unter fünfjährigen Kinder kann in der vorliegenden Struktur nicht gelingen, da sie sich in der Art und Weise in ihrer Ausgestaltung sehr an der Fachdidaktik bisheriger Grundschulpädagogik orientiert. Wenn für fünfjährige Kinder diese Struktur abzulehnen ist, dann gilt die Zurückweisung für jüngere Kinder erst recht. Das aktuelle Grundschulkonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist bereits nach dem Kompetenzmodell aufgebaut und somit pädagogisch weiter entwickelt als der vorliegende Bildungsplan für fünfjährige Kinder. Es geht weiter, dass hier gesetzliche Fehler enthalten sind, denn der vorliegende Bildungsplan ignoriert den langjährigen bundesgesetzlichen Auftrag.

Noch ein Punkt. Leider ist der Bildungsexperte Herr Bluhm hier nicht im Hause, aber ich möchte es an dieser Stelle sagen. Ein weiterer Punkt, den ich persönlich als ganz wesentlich ansehe, ist die Chancengleichheit.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Hier wird beurteilt, dass durch den vorliegenden Bildungsplan und die zeitgleich mit seiner Einführung beab-

sichtigte Herausnahme der Fünfjährigen aus den altersgemischten Gruppen die Selektion geradezu vorverlegt wird, was dem beabsichtigten Ziel der Stärkung von Chancengleichheit direkt entgegenspricht.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist doch wohl nicht wahr!)

Frau Gramkow, ich habe auch gestern dieses Thema diskutiert. Ob wir das Ganze in heterogenen oder in homogenen Gruppen durchführen,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

das ist sicherlich ein Punkt, der hier beachtet werden muss. Weiter wurde kritisiert, dass bei der Erarbeitung des vorliegenden Bildungsplanes die Vertreter der Fachpraxis im Land Mecklenburg-Vorpommern systematisch ausgegrenzt worden sind. Allein das Hinzuziehen von zwei Kindergartenleiterinnen einer Großstadt kann nicht als repräsentativ und als Beteiligung in der Praxis gewertet werden. Ich möchte auch noch einmal das Fazit des Landesjugendhilfeausschusses hier zitieren und denke, darüber sollte in den Fraktionen auch diskutiert werden. Das sollte man hier nicht als Einzelmeinung eines Bürgers abstempeln.

(Angelika Gramkow, PDS: Das macht keiner.)

Herr Heydorn hat das hier gerade versucht zu suggerieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Fazit: „Der vorliegende Bildungsplan genügt in keiner Hinsicht den Anforderungen an zeitgemäße Bildungsförderung im Elementarbereich.“

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

„Das angebliche Ziel der Erhöhung von Chancengleichheit wird mit dem Bildungsplan für die pädagogische Arbeit mit Fünfjährigen nicht nur nicht erreicht werden, sondern durch die frühe Selektion der Kinder des pädagogischen Fachpersonals und der Rahmenbedingungen werden im Gegenteil die bestehenden Chancenungleichheiten noch vergrößert.“

(Angelika Gramkow, PDS: Mann, o Mann!)

„Mit der Einführung der Vorschulpädagogik werden Erneuerungsmöglichkeiten im Elementarbereich regelrecht verhindert.“

(Angelika Gramkow, PDS: Das liest ein Pädagoge vor! – Zuruf von Regine Lück, PDS)

Hier wird Herr Professor Tietze, Freie Universität Berlin, zitiert.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

„Somit wird der vorliegende Bildungsplan durch den Unterausschuss Kindertagesförderung, Tagespflege abgelehnt.“

(Angelika Gramkow, PDS: Alles klar!)

Ich möchte Ihnen, Frau Ministerin, an dieser Stelle auch symbolisch einen Bildungsplan überreichen.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist nicht statthaft!)

Wir haben immer die Auffassung vertreten, dass Bildung ein ganz einheitlicher Prozess ist, der sofort beginnt.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich fasse es nicht!
Wer ist denn eigentlich verantwortlich für
das, was in den letzten zehn Jahren auf
dem Gebiet gelaufen ist? – Zurufe von
Torsten Koplin, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Frau Ministerin, ich möchte Ihnen hier einen offenen Bil-
dungsplan für Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-
Westfalen überreichen. Sie wissen sicherlich, wie Nord-
rhein-Westfalen im Moment noch politisch ausgerichtet
ist.

(Volker Schlotmann, SPD:
Und auch so bleiben wird.)

Titel dieses Bildungsplanes: „Bildung beginnt mit der
Geburt“. Und darauf sollten wir abzielen. – Schönen Dank,
meine Damen und Herren.

(Beifall und Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr
Renz.

Ich schließe die Aussprache.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der
Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1171. Wer dem
Antrag der CDU zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt
um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Damit ist
der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1171
gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den Stimmen
von SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung
des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Bekämp-
fung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ras-
sismus in Mecklenburg-Vorpommern fortführen, auf
Drucksache 4/1181.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Bekämpfung von Rechtsextremismus,
Antisemitismus und Rassismus in
Mecklenburg-Vorpommern fortführen
– Drucksache 4/1181 –**

Das Wort zur Begründung hat der Vorsitzende der
SPD-Fraktion Herr Volker Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine
Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ins-
besondere der CDU-Fraktion!

Lieber Herr Jäger, ich hoffe, dass Sie mit dem ge-
bürenden Respekt vor dem Thema mit diesem Antrag
umgehen und nicht aus kurzfristigen Erwägungen, die an
mein Ohr draußen gedrungen sind, jetzt versuchen, hier-
aus eine Schlamm Schlacht zu machen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo haben Sie
denn Ihre Spitzel her, Herr Kollege?)

Ich glaube, das Thema

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

verdient eine entsprechende Behandlung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Werden wir jetzt hier
schon von Ihnen überwacht oder was ist hier los?)

Sie haben neben mir gestanden, meine Güte noch ein-
mal! Stehen Sie doch dazu!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben. Dann
diskutieren Sie doch mal mit mir!)

Hören Sie doch erst einmal zu!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das
bringen Sie nämlich nicht.)

Ich hoffe, dass Sie das so behandeln, wie es sich
gehört.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das
werden wir dann gleich hören.)

Ja, davon gehe ich mal aus. Es wird uns ja letztendlich
nicht erspart bleiben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso haben
Sie eigentlich immer so viel Angst vor mir?
Ich tue Ihnen doch gar nichts. – Heiterkeit bei
Heinz Müller, SPD – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Meine Damen und Herren, die Zwischenrufe des Herrn
Jäger sprechen für sich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie hatten
mich direkt angesprochen. Das ist es. –
Angelika Peters, SPD: Herr Oberlehrer!)

Meine Damen und Herren, ich möchte zwei Anmerkun-
gen machen.

(Beifall Peter Ritter, PDS –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Erstens möchte ich etwas zitieren, meine Damen und
Herren. Wir alle, auch die CDU, wir alle stehen unter
Beobachtung, und zwar unter Beobachtung ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Vor allem die CDU.)

Ja, diesmal sage ich das auch einmal. Das ist wirklich
nicht zum Lachen.

Wir stehen aktuell unter Beobachtung im Störtebeker-
Netz. Alle, die sich damit auskennen, wissen, das ist ein
rechtsextremes Internetforum. Dort befindet sich ganz
groß ein Artikel, ja, Artikel kann man sagen, über die heu-
tige Sitzung, in dem man uns als Parlament und uns als
Koalition bewertet, und zwar auch mit nationalsozialisti-
schen Aufwertungen zu dem, was wir hier diskutieren wol-
len. Was ich damit klar machen möchte, ist, dass wir nicht
so tun können, als wäre das ein Thema, das für parteipo-
litische Spenzchen sein darf oder sein könnte, sondern
wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es da ande-
re gibt, die, Gott sei Dank, Gott sei Dank, nicht in diesem
Parlament sitzen, die etwas anderes damit vorhaben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Das vergessen wir ganz gerne im Tagesgeschäft.

Meine Damen und Herren, eine andere Anmerkung vor-
weg. Es gibt seit gestern bundesweit neue Zahlen. Ich
sage sie einfach nur wegen der Aktualität und weil gestern
die Statistik der politisch motivierten Straftaten öffentlich
gemacht worden ist. Darin steht unter anderem:

Erstens. Der Rechtsextremismus ist die größte Heraus-
forderung unserer Demokratie.

Ich möchte nur einmal die drei Zahlen nennen, die für
mich bedrückend sind, nicht beeindruckend, sondern
bedrückend. Von den rund 13.900 extremistischen

Straftaten – hier beider Couleur, nämlich Links und Rechts – sind aber, um die Größenverhältnisse hier deutlich zu machen, knapp 10.800 dem Rechtsextremismus zuzuordnen. Meine Damen und Herren, von den rechtsextremistischen Gewalttaten mussten wir im vergangenen Jahr 759 vermerken. Das sind nackte Zahlen! In Wirklichkeit steht dahinter das Leid von vielen Menschen, die zusammengeschlagen worden sind oder denen Schlimmeres widerfahren ist. Das sollten wir uns bei der Diskussion auch vor Augen halten.

Meine Damen und Herren, ich bin am Montag von Journalisten gefragt worden: Warum stellen Sie eigentlich so einen Antrag? Kommt damit etwa zum Beispiel zum Ausdruck, dass die Politik bei diesem Thema gescheitert ist? Oder reicht das nicht aus, was bisher beschlossen ist? Da kann man sicherlich kräftig streiten. Ich sage Ihnen eines ganz deutlich: Solange braunes und menschenverachtendes Gedankengut in den Köpfen herumgeistert und diese Demokratie bedroht, die wir hier alle repräsentieren, solange kann und wird es nicht sinnlos sein, wenn wir uns in diesem Parlament mit der Ideologie, die dahinter steckt, auseinander setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Torsten Koplín, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Und ich sage Ihnen ganz deutlich: Keinen Fußbreit Boden und auch nicht in den Köpfen für diese Spießgesellen!

(Beifall Reinhard Dankert, SPD,
und Heinz Müller, SPD)

Sie alle haben sicherlich in den letzten Tagen schon Plakate von der NPD erlebt, aber auch von anderen, für den anlaufenden Kommunalwahlkampf. Ich sage Ihnen, wenn so etwas passiert, dass Andersdenkende an den Pranger gestellt werden und mit üblen Ausdrücken belegt werden, die Bürger im Grunde genommen so auf die Leimrute gehen sollen. Ich nenne hier ein Beispiel. Es gibt ein Plakat, das ist mir in Richtung Autobahn aufgefallen. Auf dem Plakat sind gemeinsame Bilder von Frau Merkel und Herrn Schröder zu sehen und darunter steht ein Untertitel: Lasst Euch nicht von denen ver...!

(Dr. Armin Jäger, CDU: ...dingsen!)

Und wieder andere sprechen sich jetzt noch radikal gegen die EU-Osterweiterung aus, die wir hier alle als Demokraten im Parlament begrüßt haben. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, genau weil dieses Gedankengut existiert, genau deshalb müssen wir uns immer wieder hier diesem Thema widmen, ob es uns gefällt oder nicht.

Unter dem Deckmantel der Kameradschaft und hinter dem Tarnschild Widerstand gegen Sozialabbau und Globalisierung, auch schamlos versteckt hinter angeblichen Friedenspositionen agieren in unserem Land rechtsextreme Gruppierungen und versuchen, die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Selbst, das sage ich auch mit allem Nachdruck, in den Köpfen vieler Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ist aus meiner Sicht Rassismus und Antisemitismus sowie Nationalismus alter Prägung vorhanden und Objekt der Begierde der Nazis. Gruppierungen wie Kameradschaftsbund Mecklenburg-Vorpommern, Pommersche Aktionsfront, Nationalgermanische Bruderschaft oder Mecklenburger Aktionsfront verteilen Hetzblätter in diesem Land à la „völkischer Beobachter“ mit Titeln wie „Der Fahnenträger“ oder „Der weiße Wolf“, in denen sie sich als nationale Sozialisten bezeichnen, soziale Themen

aufgreifen oder zum Beispiel gegen den Irakkrieg zu Felde ziehen.

Verräterisch ist unter anderem dabei auch die Aussage, dieser Krieg sei ja nur ein Krieg jüdischer amerikanischer Imperialisten. Man kann zu diesem Krieg stehen wie man will, dass das der Hintergrund ist, glaube ich, ist zwischen Demokraten unbestritten, es ist absoluter Schwachsinn, wenn nicht gar üble Hetze. Damit aber, meine Damen und Herren, bedienen sich diese braunen Herrschaften auch der Themen, die demokratische Parteien, so, wie die hier im Parlament vertretenen, in der offenen politischen Debatte mit dem Respekt vor dem Andersdenkenden diskutieren. Und da sage ich Ihnen: Hier sind alle Demokraten gefordert, ob man sich leiden kann oder nicht!

Deshalb wollen wir unter anderem mit diesem Antrag Folgendes zum Ausdruck bringen: Wie sieht es zum Beispiel draußen im Lande aus? Rechtsextremisten veranstalten Aufmärsche in Neubrandenburg, Rostock, alles in den letzten drei Wochen passiert, und anderswo. Sie ziehen mit Trommeln und schwarzen Fahnen unter den Augen der Bürger durch die Straßen. Die Bürgerinnen und Bürger versuchen, oft mit mehr als flauem Gefühl im Magen, diese dann zu meiden. Schlimmer noch, meine Damen und Herren, diese Bürger brechen ihren samstäglichem Einkauf, ihren Stadtbummel ab, um bloß diesem Faschistenpack nicht zu begegnen. Andere ziehen es vor, ihren Protest erkennbar zu machen. Sie stellen sich friedlich und mit Mut den Nazis in den Weg. Wenn wir dies als Politiker machen, dann sage ich Ihnen, ist das unsere verdamnte Pflicht. Wenn das diese Demonstranten machen, der normale Bürger sozusagen, so gebührt ihm unsere Achtung und Anerkennung, und zwar ohne Wenn und Aber von allen hier.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, die braunen Marschkolonnen erheben den Anspruch, den öffentlichen Raum in diesem Land zu beherrschen, das kann man überall nachlesen. Ich sage Ihnen, dass diese Dreistigkeit unter dem Deckmäntelchen der Meinungsfreiheit praktiziert wird, das kann und darf von Demokraten nicht hingenommen werden. Eines unserer Instrumente ist die Erhöhung des Verfolgungsdrucks auf erkannte Rädelsführer und Gewalttäter dieser Nazis und Neonazis. Da sich die so genannten Kameradschaften und andere Organisationen nach dem Führerprinzip organisieren, muss man genau diese Führer gezielt attackieren und mit allen Möglichkeiten und der gesamten Unnachgiebigkeit des Rechtsstaates bekämpfen.

(Peter Ritter, PDS: So ist es, Volker.)

Die drei Säulen unserer Demokratie, Regierung, Parlament und Justiz, sind hier aufgefordert und gefordert, auf allen Ebenen gemeinsam Strategien zu entwickeln und im alltäglichen Kampf gegen die Feinde der Demokratie Flagge zu zeigen.

Meine Damen und Herren, dazu zähle ich unter anderem auch die immer wieder angedeutete Notwendigkeit einer Wertedebatte in unserer Gesellschaft. Immer wieder begegnet mir und sicherlich allen anderen Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen dieser Begriff in Gesprächen und bei Veranstaltungen, ob im Wahlkreis oder anderswo. Ich sage Ihnen, eine organisierte Diskussion findet aber öffentlich wahrnehmbar kaum statt, zumindest nicht bei

den von mir gerade genannten Säulen unserer Gesellschaft. Dass dies intensiver geschieht, dafür möchte ich an dieser Stelle werben. Auch dieser Verantwortung müssen wir uns hier stellen und das ist kein, wie mir vorhin unterstellt worden ist zu einem anderen Punkt, kein populistisches Angebot oder taktisches Manöver, meine Damen und Herren, sondern ich meine das wirklich ernst. Dieses Parlament will und muss ernst genommen werden! Darüber waren wir uns einig. Ich sage Ihnen, es müsste doch mit dem Teufel zugehen, wenn es uns nicht gelingt, gemeinsam diese Diskussion zu führen, um denen, die am liebsten unsere – unsere, ganz betont, unsere – Totengräber wären, Paroli bieten zu können.

Sehen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Antrag als einen Einstieg in eine solche Debatte auch um Werte hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern an! Nutzen Sie diesen Antrag, stimmen Sie ihm zu und treten Sie mit uns ohne Vorbehalte in eine solche Debatte! Lassen Sie uns mit Unternehmern, Gewerkschaften, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, anderen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen diskutieren und dann gemeinsam – gemeinsam, das möchte ich betonen – in parlamentarische Initiativen einfließen, stärker als bisher und effektiver als bisher. Und zum Schluss noch einmal: Damit können wir den Möchtegern-Totengräbern der Demokratie das Handwerk legen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Torsten Koplín, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schlotmann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der rechtsextremistischen Szene in unserem Bundesland wurden 2003 insgesamt 1.340 Personen zugerechnet. Das sind gegenüber 2002, in dem Jahr wurden 1.500 Personen dieser Szene zugerechnet, weniger. Sie besteht aus einem harten Kern von circa 800 rechtsextremistischen Skinheads und sonstigen gewaltbereiten Sympathisanten sowie circa 290 Neonazis.

Bei den Straftaten, Herr Schlotmann hat schon einiges dazu gesagt, bewegt sich die Zahl der Fälle im Bereich der „Politisch motivierten Kriminalität Rechts“ in den zurückliegenden Jahren insgesamt zwar auf einem annähernd gleichbleibenden Niveau, im letzten Jahr ging die Zahl der Straftaten glücklicherweise um 10 Prozent zurück. Von den 274 im Jahr 2003 gemeldeten Delikten der „Politisch motivierten Kriminalität Rechts“ wurden 159 als Propagandadelikte erfasst. Mehr als die Hälfte aller Fälle, nämlich 58 Prozent, sind damit diesen Straftaten zuzuordnen. 253 der 274 Delikte galten als extremistisch motiviert, 2002 waren dieses 140.

Dieser scheinbare Anstieg bei den als extremistisch bewerteten Straftaten geht dabei nicht mit einer veränderten Lage einher, sondern die Ursache liegt hier in der Einführung des neuen Meldesystems „Politisch motivierte Kriminalität“ im Jahr 2002, das bundesweit zu Unsicherheiten bei der Bewertung geführt hat. Ob das System bes-

ser ist als das alte System, das ist eine andere Frage. Ich habe mich nicht so sehr dafür eingesetzt, aber wir haben es nun einmal.

Ein kontinuierlicher Rückgang ist bei der Anzahl der Gewaltdelikte PMK-Rechts zu verzeichnen. Wurden 1998 in Mecklenburg-Vorpommern noch 51 Gewaltdelikte registriert, so waren es im Jahre 2003 35. Von diesen 35 wurden 32 als extremistische Gewaltdelikte bewertet.

Meine Damen und Herren, der Rechtsextremismus in unserem Bundesland ist insgesamt durch eine äußerst aktive Skinhead- und Neonaziszene geprägt, zu der Herr Schlotmann schon einiges gesagt hat, die über eine hohe Mobilisierungsfähigkeit verfügt. Und das ist der entscheidende Bewertungsmaßstab für uns im Innenministerium. Während alle rechtsextremistischen Parteien, mit Ausnahme einiger Kreisverbände der NPD, kaum mehr Aktivitäten entfalten und laufend an Bedeutung verlieren, baut die rechtsextremistische Szene zunehmend dezentrale Strukturen und hier insbesondere die Kameradschaftsstrukturen auf. Dabei spielen insbesondere im Bereich des Neonazismus die Kameradschaften ihre Rolle, von denen derzeit mindestens acht vorrangig im Raum Rostock sowie in den Landkreisen Ostvorpommern, Uecker-Randow, Mecklenburg-Strelitz und Ludwigslust aktiv sind. Daneben existieren vorwiegend auf örtlicher Ebene Personengruppen, die sich um eine Leitperson scharen und sich teilweise um den Aufbau festerer Strukturen bemühen.

Die wachsende Bedeutung der Kameradschaften ergibt sich insbesondere bei der Darstellung der politischen Ziele des Rechtsextremismus, mit denen wir uns auch auseinander setzen müssen. Bei einzelnen Anlässen, beispielsweise anlässlich der Wehrmachtsausstellung in Peenemünde war dies besonders zu beobachten, oder auch bei solchen Veranstaltungen, wie sie am Volkstrauertag stattfinden, dringen die ideologisch gefestigten Angehörigen dieser Zusammenschlüsse teilweise sehr massiv in die Öffentlichkeit. Auch sonst sind sie in der Lage, Aktionen konspirativ vorzubereiten und dazu eine große Anzahl von Personen der rechten Szene zu mobilisieren, ohne gegen Strafrechtsnormen zu verstoßen. Das ist auch ein Vorsatz dieser Szene, bis an den Rand der rechtlichen Möglichkeiten vorzugehen.

Die Beobachtung des Rechtsextremismus und die Anwendung aller rechtlichen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Polizei und Ordnungsbehörden halte ich nach wie vor in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern für eine ganz zentrale Aufgabe. Und damit komme ich zu den Maßnahmen, die es im Bereich der Landesregierung gibt, um den Rechtsextremismus einzugrenzen und ihn zu bekämpfen.

Voranschicken will ich allerdings, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor allem eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Herr Schlotmann hat schon von den drei Säulen gesprochen und ich will eine vierte hinzufügen. Jeder einzelne Bürger, sozusagen als tragende Säule einer Demokratie, muss diese Auseinandersetzung in seinem Umfeld, in seinem Wirkungsbereich führen, sonst sind wir in der Regierungskoalition bestenfalls gut aufgestellt und motiviert. Wir müssen aber erreichen, dass sich die Gesellschaft im Ganzen schützt und hart gegenüber diesen Attacken aus diesem Milieu wird.

Für die Regierungskoalition darf ich sagen, dass wir sehr vieles in den letzten Jahren seit 1998 auf den Weg gebracht haben. Entscheidend ist allerdings, dass die

Dinge, die wir auf den Weg bringen, vor Ort auch umgesetzt werden. Das heißt, dass Handlungsmöglichkeiten vor Ort ergriffen werden, um die Szene im örtlichen Bereich zu erreichen.

Zahlreiche Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und zur Stärkung von Demokratie und Toleranz zum Beispiel im „Programm zur Kriminalprävention und zum Kampf gegen das Verbrechen und seine Ursachen“ und auch im Handlungsrahmen „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“, außerdem im Sonderprogramm gegen Rechtsextremismus „Pro Zivilcourage – gegen Extremismus“ sind von uns auf den Weg gebracht worden und führten in den letzten Jahren örtlich zu sinnvollen Einzelinitiativen. Diese Programme haben auch dazu beigetragen, die erforderliche Zusammenarbeit verschiedener Aktionen und Akteure in Mecklenburg-Vorpommern zu vernetzen. Dabei haben die zuständigen Ministerien mit Tatkraft entsprechend ihrer eigenen Möglichkeiten ihre Beiträge geleistet. Ich will einige Dinge aufführen, die die Polizei seit 1998 auf den Weg gebracht hat:

Am 01.07.1999 wurde in den fünf Polizeidirektionen jeweils eine Einsatzgruppe „Mobile Aufklärung Extremismus“ und beim LKA eine Koordinierungsstelle MAEX eingerichtet. Inzwischen sind hier in den Direktionen circa 50 Polizeibeamte tätig.

Mit dem Erlass „Ordnungsbehördliches und polizeiliches Vorgehen bei Veranstaltungen von Rechtsextremisten“, dem so genannten Musikerlass vom März 1999, wurde den Ordnungsbehörden und der Polizei eine Grundlage für die Einordnung von Gefahrenprognosen sowie Handlungsalternativen bei solchen Veranstaltungen an die Hand gegeben.

Mit dem Erlass vom 30. August 2000 wurde beim Landeskriminalamt eine Hotline gegen Rechts eingerichtet.

Das Intensivtäterkonzept vom 19. Juli 2002, durch das polizeiliche Maßnahmen insbesondere auf mehrfach auffällige Täter konzentriert werden, schließt ausdrücklich die Bekämpfung politisch motivierter Straftäter mit ein, weil sich ja zeigt, dass nur ein Teilbereich der Kriminalität aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität“ herreicht. Vielfaches ist auch sonst im Bereich der Kriminalität zu suchen.

Auf Beschluss der Landesregierung vom 20. November 2002 wurde ein Analyse- und Beraterteam eingerichtet, bestehend aus Mitarbeitern des Innen-, des Sozial- und des Bildungsministeriums. Aus meinem Hause sind Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und der Polizeiabteilung in diesem Analyse- und Beraterteam tätig. Die Aufgabe des Teams ist es, örtliche Träger von Aufgaben und Projekten gegen den Rechtsextremismus, besonders die Kommunen vor Ort, die Städte, Gemeinden und auch die Kreise in dieser Hinsicht umfassend zu beraten.

(Zuruf aus dem Plenum: Oder auch nicht.)

Im Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung wurde im September 1999 die Arbeitsgruppe Extremismus gebildet. Im Bereich Rechtsextremismus und Gewalt wurden durch den Landesrat im Jahre 2003 41 Projekte mit insgesamt 88.000 Euro unterstützt. Besonders die Broschüre „Kritisch integrieren“ hat in den letzten Jahren eine interessante, konstruktive und teilweise auch kontroverse Diskussion ausgelöst.

Die Landesregierung hat beim Bundesrat einen Antrag zur Präzisierung des Versammlungsrechtes eingereicht. Allerdings bedauere ich die teilweise nicht sehr ausgeprägte Unterstützung aus anderen Ländern. Der Bundesrat sah sich in der Lage, diesen Antrag als Initiative in die Ausschüsse zu überweisen. Da wird er nun seit Jahren beraten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das war es.)

Ich würde mich sehr freuen – der Bundesinnenminister hat es aufgegriffen, er will eine Bundestagsinitiative starten –, wenn dies flächendeckend von den Bundesländern unterstützt würde.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es gibt eben Länder, die haben das Problem mehr, und andere, die haben es weniger.

(Volker Schlotmann, SPD:
Glaube ich nicht. Glaube ich nicht.)

Berlin ist auch so ein Land, das uns sehr unterstützen wird und uns auch unterstützt hat. Andere Länder kennen das Problem nicht, aber es kann letztendlich in jedem Land auftreten. Insofern wünschte ich mir hier mehr Aktivitäten.

Die vielfältigen Maßnahmen sind insgesamt darauf gerichtet, dem von den Rechtsextremisten erklärten Anspruch, den öffentlichen Raum zu beherrschen, entgegenzutreten und öffentlichkeitswirksame Aktivitäten mit rechtsextremistischem Hintergrund zurückzudrängen. Dieses Vorgehen hat sich als erfolgreich erwiesen. Die Maßnahmen werden wir daher mit gleichbleibend hohem Engagement und auch finanziellem Niveau weiterbetreiben. Festzustellen ist allerdings, dass sich seit einiger Zeit der Rechtsextremismus zunehmend in den nichtöffentlichen Bereich zurückzieht. Wir haben demzufolge einen Teil unserer Maßnahmen und unserer Strategie der neuen Lage anzupassen. Der vorliegende Koalitionsantrag zielt, so weit ich ihn verstehe, ich habe ja an der Entstehung mitgearbeitet, auf die veränderte Lage ab.

Meine Damen und Herren, ich soll jetzt hier entsprechend der roten Lampe zum Schluss kommen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann geht es in die Ausschüsse und dann geht's los. – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Prachtl, CDU)

aber ich habe noch einiges vorzutragen, Frau Präsidentin. Ich kann Sie natürlich auch alle schriftlich über das informieren, was die Landesregierung für richtig hält. Ich will nur noch auf einige Punkte eingehen, die mir wirklich wichtig sind.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Das eine ist das Bundesprogramm „Civitas“. Das hat in diesem Lande einiges bewirkt, und zwar positiv. Allerdings hat der Bund vor, seine Förderhöhe sukzessive zurückzufahren, und bittet freundlich die Länder, die fehlenden Förderbereiche aufzufangen. Ich muss sagen, wir werden nicht als Bundesland die Zukunft der „Civitas“-Programme bundesweit unterstützen können.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Hier ist der Bund gefordert, um seinen eigenen Anteil an dem Auftrag im Kampf gegen den Rechtsextremismus aufrechtzuerhalten.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD)

Zweitens will ich darauf hinweisen, dass sich der örtliche Einsatz im Kampf gegen den Rechtsextremismus messbar lohnt. Eine wissenschaftliche Studie von Professor Dr. Dünkel aus Greifswald hat dies anhand der Präventionsmaßnahmen in der Stadt Greifswald nachgewiesen. Dort hat man im zeitlichen Abstand von mehreren Jahren feststellen können, dass sich die Einstellung der Jugendlichen wegen der Aktivitäten in diesem Präventivbereich deutlich geändert hat. Und das, meine Damen und Herren, zeigt, dass wir insgesamt, und zwar Regierung, Parlament und natürlich auch die dritte Gewalt, vor allem aber auch die Gesellschaft im Ganzen, in diesem Bereich keineswegs nachlassen dürfen.

Ich möchte zum Schluss darauf hinweisen, Herr Schlotmann hat es schon angesprochen, das Entscheidende ist, dass die staatlichen Behörden hart und konsequent gegen die Rädelsführer in den rechtsextremistischen Gruppierungen vorgehen. Ebenso entscheidend ist es, dass wir uns umsichtig und verantwortungsvoll um alle Jugendlichen bemühen, die in der Gefahr stehen, in dieses Milieu abzugleiten.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Friedrich?

Minister Dr. Gottfried Timm: Einen Augenblick noch.

Diese Doppelstrategie, hart und konsequent in den Kernbereichen vorzugehen, umsichtig und verantwortungsvoll in den Bereichen, wo Jugendliche in der Gefahr stehen abzugleiten, diese Doppelstrategie halte ich nach wie vor für richtig und wir werden als Landesregierung auch in den nächsten Jahren daran festhalten.

Herr Abgeordneter Friedrich, ich nehme Ihre Frage gerne entgegen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, bitte stellen Sie Ihre Frage.

Holger Friedrich, SPD: Herr Innenminister, sagen Sie bitte, gibt es aus Ihrem Ministerium eine Erkenntnis darüber, ob sich rechtsextremistische Gruppen, Gruppierungen oder Parteien mit an der Kommunalwahl beteiligen, dass diese sich in Mecklenburg-Vorpommern aufstellen lassen haben?

Minister Dr. Gottfried Timm: Wir stellen gerade hier die Ergebnisse zusammen. Sie wissen ja, dass die 5-Prozent-Klausel gefallen ist und insofern natürlich in den Gebietskörperschaften gerade deswegen Personen oder auch Parteien leichter, jedenfalls Parteien, in die Vertretungen kommen können. Wir stellen das gerade zusammen.

Holger Friedrich, SPD: Danke.

Minister Dr. Gottfried Timm: Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der CDU-Fraktion.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Schlotmann, die Tatsache, dass wir beide uns vorhin die Hand gegeben haben, erleichtert mir, das zu sagen, was ich jetzt sage, nämlich das Gute vorweg.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Wir werden Ihrem Antrag zustimmen. Wir tun das, weil ich nicht will und wir nicht wollen, dass Rechtsextreme darüber feixen,

(Beifall Frank Ronald Lohse, SPD)

wie sich Demokraten in diesem Landtag beharken. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich kann fast alles unterstreichen und dem zustimmen, was der Innenminister hier gesagt hat, insbesondere auch seine Linie, eine differenzierte Behandlung des Problems. Wir sollten als Demokraten nicht dazu beitragen und auch Behörden sollten nicht dazu beitragen, dass wir den Rädelsführern gefährdete Jugendliche in die Arme treiben. Das könnte durch ungeschicktes Agieren durchaus sein, da teile ich Ihre Auffassung ganz.

Wir haben in der Vergangenheit die Haushalte immer ein Stück aufgeweitet, wenn es um Prävention und insbesondere gegen rechtsextremistische Gewalttaten ging. Das haben wir gemeinsam getan und das war auch gut so. Aber, meine Damen und Herren, wir haben uns auch gestritten. Und wenn wir, wie Herr Schlotmann gesagt hat, jetzt eine Phase miteinander gehen wollen, in der wir über die Ansätze in den Ausschüssen dieses Landtages und auch im Plenum dieses Landtages miteinander diskutieren und den besten Ansatz finden wollen, dann müssen wir auch bei Ihrem Antrag sagen, das muss alles noch sehr viel konkreter werden.

Diejenigen, die schon in der 3. Wahlperiode in diesem Hohen Hause tätig waren, wissen, dass es eine Menge Anträge gab und wir es bedauerlicherweise nicht geschafft haben, sie zusammenzuführen. Herr Ausschussvorsitzender für den Innenausschuss, Herr Kollege Friese, Sie wissen sicherlich noch, dass ich mich damals furchtbar darüber aufgeregt habe, dass Sie einen Antrag, der sehr konkret war, der ins Versammlungsrecht hineinging, der den Besuch von Gedenkstätten vorsah, der internationalen Jugendaustausch vorsah, der die Intensivierung des Unterrichts an den Schulen gerade zu dem Thema Nationalismus und Antisemitismus betraf, bis zur Unkenntlichkeit verändert haben. Sie fanden das damals ganz geschickt. Der damalige Landtagspräsident hat da einen Riegel runtergezogen. Er hat gesagt, das geht nicht, weil das verfassungsrechtlich nicht zulässig ist. Und dann ist das passiert, was nicht hätte passieren dürfen – unter uns –, dann haben Sie den Antrag insgesamt in Bausch und Bogen abgelehnt und gesagt: Wenn Sie es so sehen, dann lehnen wir den ab. Ich hoffe, das passiert uns nicht wieder. Wir wären ein Stück weiter, aber wir sind noch nicht in einer Situation, wo das Zusammenwirken und das Aufeinanderzugehen nicht doch Sinn machen würde.

Herr Innenminister, Sie haben gesagt, dass diese Schienen zusammengeführt werden der Repression und der Prävention, des bürgerschaftlichen Mitwirkens und einer klaren Ansage seitens von Ordnungs- und Polizeibehörden, was denn sein darf und was nicht sein darf. Und da beziehe ich auch die Justiz mit ein. Auch seitens der Justiz muss immer die Verantwortung gesehen werden, wenn man an der Scheidelinie zwischen Anwendung Jugendstrafrecht oder nicht Jugendstrafrecht bei den Heranwachsenden kommt. Wir wissen, diese Scheidelinie war immer strittig. Wenn man als Gericht gut wollend, aber möglicher-

weise einen Schein setzt, dass dieser Rechtsstaat nicht konsequent genug gegen rechtsextremistische Straftaten vorgeht, dann ist das keine Richterschelte,

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

sondern es ist einfach die Bitte an Richter – ich komme aus dem Berufsstand, ganz früher einmal –, das bitte zu bedenken. Das ist auch zulässig in unserem Strafrecht, denn auch die Generalprävention gehört immer noch zu den Zielen eines Strafrechtsverfahrens.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, Sie haben auf die vielen Erlasse hingewiesen. Nun gebe ich zu, dass Polizei- und Ordnungsbehörden sehr gerne Erlasse bekommen, damit sie wissen, was sie tun sollen. Aber die Erlasse alleine, das wissen wir, die sind es nicht. Und wenn ich sage – wie Sie es so schön sagten, ich sage das auch immer –, dass der Konzertlerlass dringend überprüft werden muss, dann stehen mir die Haare zu Berge, wenn ich mit ansehen muss, wie eine gut ausgebildete Landespolizei und eine speziell dafür ausgebildete Gruppe von Polizisten es nicht schaffen, an den Ort des Geschehens zu kommen, obwohl das tatsächlich eine öffentliche Veranstaltung ist und nur als Kameradschaftsabend deklariert wird oder sogar als Geburtstagsfeier. Natürlich kann man das so machen. Aber das ist gerade in den letzten Tagen und Wochen passiert, und zwar am 27. März 2004 in einem Landgasthof in Dambek. Und wenn dann anschließend, und das macht mich so ärgerlich, im Internet im Störtebekernetz, einer, der dabei war, sich auch noch mokiert über die – ich würde das nie so ausdrücken – „dusselige Polizei“, da werde ich richtig bitter. Und da ist mit den Erlassen auch Feierabend. Es ist auch damit Feierabend, dass das alles in Ordnung ist. Da muss man eben einmal nachdenken,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

intelligenter Möglichkeiten suchen, als dass man nur Erlasse erlässt, da muss man auch das tun, was die Polizei auch darf, nämlich eingreifen. Das ist aber nicht geschehen. Ich will hier niemanden kritisieren, auch nicht den Polizeiführer, der vor Ort tätig war, weil ich nicht dabei war. Das wäre unfair. Aber, Herr Minister, das muss bei Ihnen, wie man so schön sagt, ausgewertet werden und mit den Führungskräften besprochen werden, weil das den Eindruck erwecken könnte, dass wir nicht so konsequent sein wollen, wie wir sein müssen. Und das müssen wir ganz dringend tun!

Schließlich zum Versammlungsrecht. Es wäre jetzt billig, wenn ich all die Vorschläge wieder aufführen würde, die wir seinerzeit gebracht haben. Wir haben auf der anderen Seite dem Justizminister damals zugestimmt und haben gesagt, der Ansatz ist vollkommen richtig. Wir haben nur Bedenken gehabt, ob das mehrheitsfähig im Bundesrat ist. Wir haben das so deutlich hier gesagt, alles, was hilft, dass nicht der Eindruck entsteht, dass die Polizei dafür sorgt, dass Rechtsextremisten nicht daran gehindert werden, im öffentlichen Verkehrsraum ihre schlimmen Parolen von sich zu geben, was diesen Eindruck stärken könnte, ist schlimm für diese Demokratie und für die Toleranz, denn keine Demokratie kann sich Toleranz gegen Intoleranz erlauben.

(Beifall Frank Ronald Lohse, SPD)

Wir müssen rechtliche Regelungen im Versammlungsrecht finden, damit dagegen auch eingeschritten werden

kann. Ich will gar nicht mehr auf den Dringlichkeitsantrag aus der letzten Sitzung zurückkommen, denn Sie haben ihn mit Recht zurückgezogen. Was wir allerdings gerne wissen möchten, wenn wir in die Beratung dieser Entschliebung gehen, die der Landtag in den Ausschüssen fasst, ist, was ist daraus geworden, damit man aus den Dingen, die draußen laufen, auch die entsprechenden Schlüsse ziehen kann.

Ich bin sicher, Herr Innenminister, wenn Sie auf die anderen Bundesländer zugehen oder wenn dankenswerterweise der Bundesinnenminister nunmehr zum Versammlungsrecht eine Novelle vorlegt, die den besonderen Bedürfnissen in den Ländern genügt, die mit diesem Problem mehr oder minder zu tun haben – ich will überhaupt nicht sagen, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Hort von rechtsextremistischen Gruppen ist, das geben die Zahlen ja gar nicht her –, was wir nicht haben wollen, ist, dass wir nicht in Situationen kommen, in denen man mit dem Finger auf uns zeigt, dass wir nicht in der Lage sind, solche Aufmärsche auch konsequent zu bekämpfen. Das muss kommen, das müssen wir haben und das kann das Land nicht alleine. Aber dann empfiehlt es sich in der Tat, die Verbündeten auf der Bundesebene auch zu suchen, denn dafür gibt es die Innenministerkonferenz. Und da sie Einstimmigkeitsprinzip hat, sollten Sie bemüht sein, mit den Kollegen zusammen das Versammlungsrecht zu verändern. Es liegen übrigens Vorschläge aus anderen Bundesländern vor. Die waren vorher nicht mehrheitsfähig, als die Mehrheiten im Bundesrat noch anders waren. Aber ich will nicht in die Vergangenheit gehen, denn wir wollen zusammen die Zukunft gewinnen.

Wir werden Ihrem Antrag, wie ich gesagt habe, zustimmen. Wir erwarten mit dieser Entschliebung wirklich einen Neubeginn in der Sache, auch an dem, was Sie wollen und was wir genauso wollen, damit wir gemeinsam ein Ziel finden, nämlich den Rechtsextremisten zu zeigen, wenn es darum geht, für Toleranz zu kämpfen, sind Demokraten sich einig. Ich glaube, das gefällt allen in diesem Saal, dass wir das auch handfest beweisen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich zu Beginn aus dem „Nordkurier“ zitiere, Anklamer Zeitung vom 11.05.2004. Unter der Überschrift „Turnier ohne Vorkommnisse“ steht dort: „Das Fußballturnier, des von der Polizei als rechtsradikal eingestuften so genannten Heimatbundes Pommern, das am Sonntag in Ducherow stattfand, ist ohne Vorkommnisse verlaufen.“ Das wird stolz verkündet in der Zeitung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das Fußballturnier überhaupt stattgefunden hat, das ist das Vorkommnis.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Karin Schmidt, PDS)

Wenn ich Bürgermeister einer solchen Gemeinde wäre, dann hätte ich meinen eigenen Sportverein genommen, wäre auf den Sportplatz gegangen und hätte zu den braunen Sportsfreunden gesagt: Der Platz ist besetzt, aber

nicht für euch! Das hat etwas mit Zivilcourage zu tun und insofern, denke ich, ist dieser vorgelegte Antrag von SPD und PDS ein erneuter Versuch, diese Zeichen genau in diese Gesellschaft hineinzutragen, dass es eben nicht nur darum gehen kann, mit repressiven Mitteln den Rechtsextremismus zu bekämpfen, sondern es muss aus der Gesellschaft herauswachsen. Und dazu hat jeder Möglichkeiten.

Herr Dr. Jäger, ich freue mich, dass wir uns offenbar aufeinander zu bewegen. Aber so, wie Sie das hier dargestellt haben, sind wir noch nicht ganz zusammengekommen. Ich muss noch einmal auf den Dringlichkeitsantrag vom 31. März dieses Jahres verweisen, als PDS und SPD in Anbetracht des für den 3. April in Neubrandenburg angesagten Aufmarsches von Rechtsextremisten diesen Dringlichkeitsantrag hier in den Landtag eingebracht haben, um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus in Neubrandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern zu setzen. Diesem Dringlichkeitsantrag blieb die notwendige Zweidrittelmehrheit versagt und seitens der CDU-Fraktion hatten Sie, Herr Dr. Jäger, erklärt, dass keine Dringlichkeit vorläge, der Landtag ohnehin gegen Rechtsextremismus sei und es eines erneuten Bekenntnisses nicht bedürfe.

Mit Ihren Ausführungen heute, denke ich, ist aber klar geworden, dass wir diese Auseinandersetzung brauchen, und zwar alle gemeinsam.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, aber nicht dringlich.)

Wir dürfen nicht in Abrede stellen, dass Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus zunehmend Einfluss in unserer Gesellschaft gewinnen und dass dieser Einfluss aus der Mitte der Gesellschaft wächst. So kam es auch zu dem zweiten skandalösen Auftritt der Rechtsextremen vor dem Rathaus in Neubrandenburg. Und wer die Reden dort gehört hat, der wird auch gehört haben, wie sich die neue Strategie der Rechten entwickelt. Und nicht zuletzt deshalb ist es erforderlich, dass der Landtag dazu Stellung bezieht, und zwar immer wieder, auch als eindeutiges Zeichen an die Öffentlichkeit unseres Landes gegenüber der Bevölkerung. Wer Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus als konjunkturelle Aufgabe betrachtet, der begeht einen schwerwiegenden Fehler. Entschiedenheit und langer Atem sind notwendig und nicht kollektives Wegsehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, inzwischen liegt der Verfassungsbericht des Landes für 2003 vor. Dort werden 35 rechtsextremistische Gewalttaten ausgewiesen, während LOBBI e.V., ein über das „Civitas“-Programm geförderter Verein in Mecklenburg-Vorpommern, 60 Fälle dokumentiert. Es wäre einmal interessant zu untersuchen, warum es zu dieser unterschiedlichen Bewertung kommt. Auch in diesem Jahr sind bereits zahlreiche Aktivitäten zu verzeichnen, die Beleg dafür sind, dass die rechtsextremistische Szene nicht gedenkt, in ihren Anstrengungen in unserem Land nachzulassen, aber auch dafür, wie sich Ideologie der extremen Rechten im Alltag von Menschen festsetzt.

Ich verweise auf einen beispielhaften Tatbestand, dass einem iranischen Gewerbetreibenden aus Strasburg der Zutritt zu einem Tanzlokal in Pasewalk verwehrt wurde. Zitat des Verantwortlichen: „Ausländer kommen hier nicht

rein!“ Der Iraner, der seit zwölf Jahren in Deutschland lebt und auch seine Steuern ordentlich bezahlt, erlebte das zum ersten Mal, wobei diese Pasewalker Lokalität schon in der Vergangenheit mit ähnlichen und gleichen Sachverhalten auffiel: „Man könne ja für Nichtdeutsche extra Veranstaltungen durchführen, wo Deutsche nichts zu suchen hätten“. Die totgeglaubte Apartheid lässt grüßen, ebenso übrigens mit gleich gelagerten Fällen in Anklam, in Bad Doberan oder in Rostock.

Ausmaß und Einfluss von Rechtsextremismus vor allem an Straftatbeständen und ähnlichen Zahlen festmachen zu wollen, ist deshalb nicht hinreichend. Dabei wird außer Acht gelassen, dass, im Gegensatz zu noch vor einigen Jahren, die rechtsextreme Gefolgschaft intensiv diszipliniert wird, so dass Gewalttaten und Gesetzverletzungen eingeschränkt werden sollen. Und wer rechtsextreme Demonstrationen begleitet und sich ihnen entgegenstellt, wird diese Disziplinierung ganz deutlich erkennen. Es wird bei dieser Einschätzung unbeachtet gelassen, wie rechtsextremes Denken im Alltagsbewusstsein Fuß fasst und entsprechende ideologische Versatzstücke nicht nur Debatten an Stammtischen beeinflussen.

Wenn die Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Rassismus unterschiedlich sind, so sind es auch seine Ursachen. Es handelt sich um einen Komplex globaler und lokaler, gesellschaftlicher und individueller Ursachen. Ursachen und Erscheinungsformen resultieren aus tief greifendem sozialem und politischem Wandel, der mit Massenarbeitslosigkeit, Umbau sozialer Netze, Absenkung der öffentlichen Finanzhaushalte und vielfältigem Wertewandel verbunden ist. Einer komplexer und widerspruchsvoller werdenden Welt begegnen viele Menschen in unserem Land mit Zukunftsangst und dem Wunsch nach einer Politik der „geordneten Verhältnisse“ und der „starken Hand“.

Es muss in diesem Zusammenhang darauf verwiesen werden, dass sich im Bereich des Rechtsextremismus auch in Mecklenburg-Vorpommern wichtige Veränderungen vollziehen. Der Innenminister ist in seinen Ausführungen darauf eingegangen. Das betrifft vor allen Dingen die bedeutungsvolle alte traditionelle Variante des deutschen Rechtsextremismus, vor allem der größeren ultrarechten Parteien, und eine Einflusszunahme neonazistischer Kräfte und Strukturen, vor allem in Gestalt der freien Kameradschaften. Darauf ist schon verwiesen worden. Das betrifft aber auch Veränderungen im taktischen Vorgehen, um in der Bevölkerung, zum Beispiel durch das Aufgreifen sozialpolitischer, friedenspolitischer, ökologischer oder globalisierungskritischer Themen, Anerkennung zu gewinnen.

Wir halten aus diesem Grund neue Analysen des heutigen Rechtsextremismus für erforderlich, die sich von alten Denkstrukturen lösen und auf eine mehr effektive Vorgehensweise gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus zielen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, halten wir auch die Einbeziehung von Strukturen, die sich täglich vor Ort mit diesen Problemen von Neonazismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus befassen, zum Beispiel die „Civitas“-Projekte und die Einbeziehung dieser Projekte zur Erarbeitung von Analysen, die dann auch zur Qualifizierung der Verfassungsschutzberichte dienen, als überlegenswert. Ich bin überzeugt, dass die mobilen Beratungsdienste, die Netzwerkstellen und LOBBI e.V. Wichtiges zu diesen Analysen beitragen könnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in unserem Antrag haben wir auch den Antisemitismus als eine besondere Form von Rassismus aufgenommen, auch er unterliegt Veränderungen. Die gerade zu Ende gegangene OSZE-Konferenz zum Thema Antisemitismus hat das unter anderem auch deutlich gemacht. Ich gehe davon aus, dass wir alle diese Konferenz mit großer Aufmerksamkeit verfolgt haben, so dass ich hier nichts wiederholen will. Vor ziemlich exakt 114 Jahren, am 9. Mai 1890, schrieb Friedrich Engels, ich zitiere: „Der Antisemitismus ist das Merkzeichen einer zurückgebliebenen Kultur“. Elie Wiesel sagte auf der Konferenz, der Antisemitismus sei nicht nur für die Juden gefährlich, sondern auch für die einzelnen Gesellschaften insgesamt. Und wörtlich erklärte Elie Wiesel: „Wer eine Minderheit hasst, hasst alle Minderheiten.“

Zurück zu Mecklenburg-Vorpommern. Freilich ist die Anwendung repressiver Maßnahmen, wie sie auch durch den Innenminister dargestellt worden sind, bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus wesentlich. Erwartet werden muss die volle Ausschöpfung von Recht und Gesetz, das gilt auch für das Demonstrationsrecht, nicht zuletzt angesichts dessen, da sich der Rechtsextremismus in einer Phase der Neuformierung befindet, die eine gewisse Konzentration seiner ideologischen, strukturellen und praktischen Aktivitäten auf die kommunale Ebene, kleine Orte wie Ducherow, größere Städte wie Rostock und Neubrandenburg, ländliche Räume wie Vorpommern, ausgewählte Regionen erkennen lässt, kommt der Ermutigung und der Motivierung der Zivilgesellschaft in ihrem Einsatz für Demokratie, Humanismus und Respekt gegenüber anderen Kulturen die zentrale Bedeutung zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das sollte die Aussage unseres Antrages sein und ich bitte um Ihre Unterstützung. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1181. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthält sich? – Das ist nicht der Fall, damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1181 einstimmig angenommen.

Vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Fusion der Landesversicherungsanstalt, auf Drucksache 4/1177. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1200 vor.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Fusion der Landesversicherungsanstalt
– Drucksache 4/1177 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/1200 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion.

Torsten Koplín, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits vor einigen Jahren haben sich die Landesversicherungsanstalten Mecklenburg-Vorpommerns, Hamburgs und Schleswig-Holsteins entschlossen, zukünftig zusammenzugehen. Um eine Zusammenarbeit unter einem Dach mit der gebotenen Sorgfalt zu organisieren, wurden verschiedene Arbeitsgremien eingerichtet. Ein Kooperationsrat wirkte in dieser Vorbereitungsphase hauptverantwortlich. Er und die Geschäftsführer der Landesversicherungsanstalten informierten im Juni 2002 über den Beschluss, mit Ende der Legislaturperiode der Selbstverwaltung, also im Oktober 2005, die Fusion der drei Landesversicherungsanstalten abzuschließen.

Fusionsbestrebungen bei den Rentenversicherungsträgern haben eine lange Vorgeschichte. Bereits im Januar 1994 gaben die Sozialpartner, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände diesbezüglich Empfehlungen ab. Die Unternehmensberatung Roland Berger erstellte im Januar 1995 ein Gutachten über Wirkungen, die Kooperationen zwischen den Versicherungsanstalten erzielen würden. Ab dem Ende der 90er Jahre nahmen Bestrebungen zu Kooperationen und späterhin zu Fusionen bundesweit deutlich Konturen an. Als Erste fusionierten die Landesversicherungsanstalten Baden-Württembergs. Für die Landesversicherungsanstalt Mecklenburg-Vorpommerns war in all den Jahren der Diskussion einer Organisationsreform der Deutschen Rentenversicherung eine Fusion mit anderen Landesversicherungsanstalten eine ernsthafte Alternative. Generell, so die Überlegung, sprechen drei Gründe für eine Fusion:

Erstens. Eine Fusion ist aus rechtlicher Hinsicht sinnvoll. Eine Fusion kann und muss eine Organisationsstruktur aus einem Guss bewirken, die eine größere Verbindlichkeit bundeseinheitlicher Entscheidungen und damit eine stärkere Geschlossenheit bei der Umsetzung solcher Entscheidungen gewährleistet. So verwies Professor Dr. Krebs von der FU Berlin in einem Rechtsgutachten vom April 1999 auf trägerübergreifende Herausforderungen, da es bei der Umsetzung veränderter Rahmenbedingungen im Bereich der Rehabilitation zu Problemen gekommen sei.

Zweitens. Für eine Fusion sprechen wirtschaftliche Erfordernisse. So hat der Bundesrechnungshof in einem Gutachten vom 30. September 1998 eine Reduzierung von 23 auf 6 Landesversicherungsanstalten vorgeschlagen und schätzte die erzielbaren Einsparpotentiale auf 700 Millionen DM, also circa 357 Millionen Euro. Dies entspricht etwa zehn Prozent aller Verwaltungskosten der Landesversicherungsanstalten, wobei gesagt werden muss, dass dieser Betrag späterhin allerdings nie näher begründet und verifiziert wurde. Man ging jedoch davon aus, dass es im Zuge der Fusion zu erheblichen Einsparungen der Verwaltungskosten durch die Zusammenführung der Stabs-, Grundsatz- und Querschnittsaufgaben, wie sie in der Personalverwaltung, der Datenverarbeitung, der Rechnungsprüfung sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit angesiedelt sind, kommen würde. Darüber hinaus würden sich wirtschaftliche Synergien zum Beispiel durch eine verbesserte länderübergreifende Steuerung der Rehabilitationsmaßnahmen ergeben.

Bezogen auf die konkrete Situation der Landesversicherungsanstalten Mecklenburg-Vorpommerns, Schleswig-Holsteins und Hamburgs sind von der beabsichtigten Fusion 3.475 Arbeitsplätze berührt. Auf der Homepage

der Landesversicherungsanstalt Mecklenburg-Vorpommerns wird darüber informiert, dass im Zuge der Fusion mit personellen Einsparpotentialen von bis zu 20 Prozent gerechnet wird. Es wird aber zugleich betont, dass der Personalabbau über Jahre hinweg sozialverträglich gestaltet werden soll und es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird.

Drittens ist eine Fusion zur Verbesserung oder Neuordnung der Strukturen und Abläufe einsichtig. Bei manch unterschiedlichen Sichten über die Perspektiven einer Fusion war man sich von Anbeginn sowohl auf Seiten der Geschäftsführung wie auch der Belegschaftsvertretung der Landesversicherungsanstalten einig, dass eine Fusion mit anderen Trägern die Möglichkeit zur Verbesserung beziehungsweise Neuordnung der internen Strukturen sowie den Arbeits- und Ablauforganisationen gibt.

Mit dem Fusionsbeschluss vom Sommer 2002 entwickelte sich aus dem Kooperationsrat der Landesversicherungsanstalten ein Fusionsrat als höchstes Gremium. Ein Lenkungsausschuss hat seither die fachlichen und organisatorischen Maßnahmen zu erarbeiten und entsprechend des jeweiligen Votums umzusetzen. Ihm unterstellte Projektgruppen bearbeiten in diesem Prozess für die verschiedenen Bereiche zum Beispiel Renten und Reha, Sachbearbeitung, Personal, Finanzen, Gebäudemanagement und so weiter die konkreten Abläufe nach der angestrebten Fusion.

Arbeitsgrundlage für die zukünftige LVA Nord ist eine Organisationsstruktur, die vorsieht, dass zwei arbeitskraftintensive und bedeutsame Abteilungen dem Standort Neubrandenburg zugewiesen werden. Die Meinungen darüber, welche Abteilungen in diesem Sinne als bedeutsam gelten, klaffen nach meinem Kenntnisstand bei den Entscheidungsträgern der LVA weit auseinander. Der Vorsitz der Geschäftsführung soll durch die LVA Hamburg gestellt werden und der Hauptsitz der LVA würde in Schleswig-Holstein liegen. Der Geschäftsführung wären die notwendigen Stabsfunktionen zugeordnet, die jedoch am Hauptsitz wirken würden. Ebenfalls zum Geschäftsbereich würden Datenschutz und Rechnungsprüfung gehören und für den Standort Neubrandenburg wären insofern die Leistungssachbearbeitung für Rehabilitation, für Rentenfragen und den Beitragseinzug denkbar. In den bisherigen Überlegungen gilt die Zuweisung des Hauptsitzes an den Standort Neubrandenburg jedoch als völlig abwegig.

Für die Fraktionen der PDS und SPD gibt es im Zusammenhang mit den Fusionsbestrebungen der Landesversicherungsanstalten drei Prämissen:

Erstens. Bei der notwendigen Reform der Organisationsstruktur der Rentenversicherung muss garantiert sein, dass die Beratung und Betreuung der Versicherten und Rentner ortsnahe gewährleistet bleibt.

Zweitens. Bei der anstehenden Organisationsreform in der Rentenversicherung muss ein Abbau von Arbeitsplätzen vermieden werden. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag verankert, dass sich die Landesregierung für den Erhalt der Arbeitsplätze bei der Landesversicherungsanstalt Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg und bei der BfA in Stralsund einsetzen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Drittens. Der Hauptsitz einer zukünftigen LVA Nord soll in Neubrandenburg liegen.

Alle drei genannten Ansprüche stehen in einem Zusammenhang. Es geht um wesentlich mehr, das will ich hier betonen, als um ein Blechschild an der Tür mit der Aufschrift: Sitz der Geschäftsführung. Zum einen geht es um Glaubwürdigkeit. Wie steht es denn mit der besonderen Betonung der Stärkung der neuen Bundesländer? Ich möchte an dieser Stelle nicht auf aktuelle Verlautbarungen von Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Institutionen verweisen, sondern auf eine Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, der fast auf den Tag genau vor sechs Jahren forderte, dass bei dem Integrationsprozess der im föderalen Wettbewerb befindlichen Regionen dafür Sorge zu tragen ist, dass keine Region den Anschluss verliert, vielmehr alle die Chance haben müssen, sich nach vorne zu arbeiten.

In der Bestimmung des Standortes Neubrandenburg als Hauptsitz zur LVA Nord würden den Worten Taten folgen. Dabei geht es nach unserer Ansicht nicht in erster Linie um die Symbolhaftigkeit, die mit dem Begriff „Hauptsitz“ verbunden ist, wobei auch dies nicht völlig unbedeutend ist, sondern vor allem um die Frage, wo zentrale Fragen entschieden werden. Die Frage, wo was entschieden wird, das wissen wir alle, ist in jeder Unternehmung von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung. Von besonderer Symbolkraft ist auch, dass mit dem Hauptsitz der LVA Nord in Neubrandenburg erstmalig die Zentrale von fusionierten Institutionen in unserem Land errichtet würde.

Zum Zweiten kommt hinzu, dass mit der Festlegung, wo sich der Hauptsitz befindet, auch die Frage der Möglichkeiten der Einflussnahme verbunden ist. Es werden derjenigen Landesregierung die Obliegenheiten der Rechtsaufsicht zugesprochen, in deren Bundesland sich der Hauptsitz befindet. Die darin liegende Bedeutung für zukünftige in zeitlicher Ferne zur dann vollzogenen Fusion befindlichen Gestaltungsspielräume ist nicht zu verkennen, und dies gerade vor dem Hintergrund, dass mit der Fusion die Konsolidierungsprozesse der Landesversicherungsanstalten ja nicht abgeschlossen sind, sondern erst beginnen.

Drittens. Es ist nicht zu vergessen, dass besondere arbeitsmarktpolitische und infrastrukturelle Gründe dazu führten, dass 1991 entschieden wurde, den Hauptsitz der LVA Mecklenburg-Vorpommern gerade in Neubrandenburg zu errichten. Insbesondere die arbeitsmarktpolitische Situation ist in und um Neubrandenburg nach wie vor von erheblicher Brisanz. Die Aufgabe des Standortes Neubrandenburg als Zentrale eines Trägers der Deutschen Rentenversicherung und wichtigem Hauptsitz einer öffentlichen Verwaltung und damit einem der größten Arbeitgeber in der Region würde das falsche arbeitsmarktpolitische und strukturpolitische Signal setzen.

Wenn es, wie erst einmal glaubhaft versichert wird, durch die Fusion zu keinen betriebsbedingten Kündigungen an einem der drei Standorte Hamburg, Lübeck oder Neubrandenburg kommen soll, wenn die zukünftige Organisationsstruktur so angelegt würde, dass es für alle drei Beteiligten eine jeweils vorteilhafte Arbeitsmengenverteilung geben kann, dann frage ich Sie: Gibt es dann noch einen plausiblen und sachlichen Grund, warum Neubrandenburg nicht Hauptsitz der LVA Nord sein sollte? Allenfalls gibt es dann noch sachfremde Gründe und Argu-

mente mit Hintergedanken, aber die möchten wir niemandem ungerechtfertigt unterstellen.

Deshalb begrüßen und unterstützen wir die Haltung der Landesregierung, sich für den Standort Neubrandenburg als Hauptsitz und vor allem für den Erhalt von Arbeitsplätzen in unserem Land stark zu machen. Neubrandenburg muss Hauptsitz der LVA Nord werden! Hierfür gibt es seit März diesen Jahres auch rechtliche Instrumentarien. Mit dem Sechsten Gesetz zur Änderung des SGB V, das im Paragraphen 127 a nach Empfehlung des Vermittlungsausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat – ich komme dann zum Schluss – eine Änderung erfahren hat, bedarf es eines Vereinigungsbeschlusses der Genehmigung der für die Sozialversicherung zuständigen obersten Landesbehörden der betroffenen Länder.

Ich bitte um Ihre Zustimmung, möchte aber darauf verweisen, dass wir dem Änderungsantrag der CDU nicht folgen wollen, weil a) Hauptsitz ist Hauptsitz, das muss man nicht juristisch noch schreiben. Und zweitens, wenn die an irgendeiner Stelle überhaupt Zweifel lassen, dass es nicht erfolgreich sein wird, die LVA Nord nach Neubrandenburg zu holen, denn dieser Vorschlag suggeriert förmlich Selbstzweifel, dann könnten wir es mit einem solchen Votum des Landtages Mecklenburg-Vorpommern gleich sein lassen. Entweder wollen wir mit aller Entschlossenheit den Hauptsitz hierher holen oder nicht. Dazu sollten wir uns bekennen! – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplín.

Das Wort hat jetzt die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Abgeordnete Herr Koplín hat sehr ausführlich den Antrag begründet. Es sei mir gestattet, einige wenige Ergänzungen zu machen.

Ich habe mich in der Öffentlichkeit bereits dazu geäußert und darf an dieser Stelle auch noch einmal betonen, dass ich durchaus die Fusion der Landesversicherungsanstalten begrüße und dass ich einer Fusion jedoch nur dann die Genehmigung erteilen werde, sofern die Interessen des Landes im Rahmen der Fusion angemessen berücksichtigt werden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

Herr Koplín hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, was diese Angemessenheit bedeutet. Das Kabinett hat sich mehrfach mit dieser Frage befasst. Die Landesregierung ist der Auffassung, eine norddeutsche Kooperation ist wünschenswert, kann aber keine Einbahnstraße sein. Wir haben, wie gesagt, noch einmal die Begründungen gehört. Ich möchte sagen, dass ich mit der Meinungsäußerung, die ich ja im Rahmen einer Presseerklärung abgegeben habe, viel Unterstützung aus dem Land erhalten habe. Der Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg, die Landräte aus Ostvorpommern, Mecklenburg-Strelitz, Müritzt, Demin, Uecker-Randow haben sich schriftlich an mich gewandt und mir mitgeteilt, dass sie den Standpunkt der Landesregierung unterstützen. Die Stadt Neubrandenburg hat einen fraktionsübergreifenden

Beschluss gefasst, einstimmig, ebenfalls zur Unterstützung der Landesregierung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich denke, die Dinge sind benannt. Entwicklung der neuen Länder heißt auch Ansiedlung von Unternehmen, von Behörden in den neuen Ländern und

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

zukunftsfähige Gestaltung dieser Regionen. In diesem Sinne bitte ich Sie sehr, dem Antrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Wie gesagt, ohne Wenn und Aber, deshalb halte ich den Ergänzungsantrag der CDU nicht für zustimmungswürdig. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Ministerin, ohne Wenn und Aber! Sie legen die Latte für sich sehr, sehr hoch. Ich will Sie daran erinnern, dass das Sozialministerium im Jahre 2001 einem Kooperationsvertrag zugestimmt hat, und wie Herr Koplín richtig vorgetragen hat, sind auch die Dinge für eine Fusion im Jahre 2002 Ihrem Hause bekannt gemacht worden. Dass Sie jetzt mit dem Sechsten Buch des Sozialgesetzbuches mit den Paragraphen 127 a und b durcheinander kommen, das will ich Ihnen heute schon voraussagen. Sie haben es auf dem Tisch liegen, ob Sie in naher Zukunft vom Fusionsrat einem Fusionsvertrag zustimmen, ob ja oder nein. Sie haben darin natürlich auch die einzelnen Kriterien festgelegt. Und wie es mit Fusionen so ist, bei Fusionen gibt es immer entweder Partner und dergleichen oder Verlierer und dergleichen. Meine Damen und Herren, man muss sich schon einige Dinge ins Gedächtnis rufen.

Frau Ministerin, wenn Sie mit Ihrer hohen Latte, die Sie jetzt gelegt haben, wenn Sie da runterspringen, dann kann Ihnen ja passieren, dass der Fusionsvertrag kippt. Es kann Ihnen passieren, dass Sie keinen Partner mehr haben, weder die Hansestadt Hamburg noch das Land Schleswig-Holstein. Und wie das im Sechsten Buch geregelt ist, das steht ja drin, dass höchstens drei Länder fusionieren sollen und können, mehr geht nicht. Gehen Sie einmal davon aus, wenn dieser Fusionsrat und der Fusionsvertrag, den Sie ja bekommen werden, auf dem Wege ist und Sie nicht zustimmen, dann stehen Sie möglicherweise vor einem Scherbenhaufen. Was ist dann passiert? Sie haben hier in Mecklenburg-Vorpommern 500.000 Versicherte, das sind 2,7 aller Rentenversicherten und 3.000 Rentner, und die Tendenz ist steigend. Das sind 2,7 Prozent insgesamt. Sie sind damit die kleinste LVA in Deutschland. Sie haben den Druck, dass der Bund gesagt hat, wir legen auch die Bundesversicherungsanstalten von vier auf zwei zusammen. Damit hintertreiben Sie auch die anderen

Fusionen, da auch Brandenburg und Berlin sich weitestgehend einig sind und Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wo wollen Sie denn noch hin? Wollen Sie dafür sorgen, dass Sie dann als Land einer BfA möglicherweise zugeschlagen werden oder was auch immer?

Zumindest Respekt vor Ihrer Äußerung. Ich will Sie aber darauf hinweisen, dass ja in besonderer Weise die Partner, die auch im Vorstand sind, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind. Und ein nicht unbedeutender Partner, Peter Deutschland, hat Ihnen zwar nicht direkt, aber zumindest als Vorstandsmitglied einen Brief geschrieben und darauf hingewiesen, dass die Eckpunkte verhandelt sind.

Wenn Sie alle diese Eckpunkte jetzt sozusagen aushebeln wollen, dann müssen Sie als Land Mecklenburg-Vorpommern wahrscheinlich nachher selbst im Sechsten Buch den Paragraphen 227 b verhandeln. Zunächst will ich darauf hinweisen, dass es so kommen kann. Für uns als CDU ist das Entscheidende, dass wir die Arbeitsplätze im Land halten,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

dass wir den ersten Zugriff haben auf die Abteilungen. So sieht es jedenfalls der Vertrag vor.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, das wollen wir auch.)

Ja, das wollen Sie auch, das ist ja richtig.

(Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

Ich will Ihnen nur sagen, auf welchem dünnen Eis Sie sich bewegen, meine Damen und Herren. Und das darf ich doch hier zumindest noch vortragen.

Sie haben dafür gesorgt, dass der Hauptsitz, zumindest nach den Unterlagen, die wir haben, nach Lübeck geht, zumindest der Vorschlag. Aber nach Lübeck geht nur eine Abteilung. Wir können es ja auch so machen, dass sie den Hauptsitz bekommen – es kann ja auch passieren, dass der Vorschlag so kommt – und Sie bekommen eine Abteilung. Das heißt, Sie haben mindestens 400 bis 500 Arbeitnehmer weniger im Land. Ist das Ihr Ziel? Das wollen Sie nicht, ne? Aber ich vermute mal, dass die anderen Verhandlungspartner Ihnen durchaus dieses Angebot machen könnten. Davon, denke ich, sollten Sie doch wohl ausgehen, denn Fusionieren heißt immer Geben und Nehmen. Und da habe ich hier den Eindruck, dass Sie die Tragweite dessen, was Sie hier jetzt vortragen, nicht im Blick haben. Es ist ein hehres Ziel, das gebe ich ehrlich zu, dass Sie den Hauptsitz haben möchten, nur die Debatte hätten Sie vor zwei Jahren anfangen müssen zu führen oder zumindest, Frau Ministerin, mit Dienstantritt.

(Ministerin Dr. Marianne Linke: Nein.)

Da habe ich aber sehr wenig von Ihnen gehört, da habe ich persönlich sehr wenig gehört.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Und die Debatte hier im Landtag ist zu dem Thema auch nicht geführt worden.

Also ich sage noch einmal: Der Kooperationsvertrag ist gemacht worden mit dem Ziel, Strukturen vorzubereiten, Synergieeffekte zu erzielen und auch die Frage zu beantworten, können wir auch billiger werden in der Wirtschaft, können wir letzten Endes auch Geld sparen. Diese Kooperation hat zu dem Ergebnis geführt, dass eine Fusion kommen muss, auch im Zusammenhang mit der Föderalismusdebatte nach dem Prinzip: Soll die LVA in eine BfA

münden oder nicht? Zurzeit wird gesagt, nein, wir machen eine eigene Lösung. Diese eigene Lösung heißt, es soll eine Lösung dreier Länder sein, also Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Und jetzt, wo sozusagen ein Fusionsvertrag auf dem Tisch liegt, da sagen Sie, so nicht. Da frage ich mich ganz besorgt: Was haben Sie denn eigentlich vor einem Jahr, vor anderthalb Jahren bei der Dienstübergabe zwischen Ihrer Vorgängerin, Frau Dr. Bunge, und Ihnen besprochen, dass Sie das heute alles nicht mehr wissen wollen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Also das wird wohl auf ewig Ihr Geheimnis bleiben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei, drei Dinge sagen. In Neubrandenburg sind 860 – Sie sagen 870 – Mitarbeiter beschäftigt. Speziell am Standort Neubrandenburg sind es 800 und die anderen arbeiten in den Zweigstellen der LVA im Land. Wir brauchen eine Verlässlichkeit für die Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Und da, meine ich, gibt dieser Vertrag etliches her. Er sichert vor allen Dingen die Arbeit auch für die nächsten Jahre, für die Zukunft. Wir können nicht verstehen, dass Sie jetzt dieses Verhandlungsergebnis so in Frage stellen. Warum wacht die Landesregierung heute erst auf und macht jetzt alles am Problem LVA fest? Man hätte doch viel früher schon die Debatten zu Hauptsitzen führen können. Jetzt, im Jahre 2004,

(Beate Mahr, SPD: 14.30 Uhr, es ist aber schon sehr spät.)

beginnt man, darüber nachzudenken, und nimmt sich ausgerechnet die LVA als einen der größten Arbeitgeber im Land als Musterknaben dafür vor, geht sozusagen in einen Clinch mit dem Vorstand, mit den Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Man verunsichert auch, denke ich, aus meiner Sicht jedenfalls, diejenigen, die in Neubrandenburg beschäftigt sind, und tut so, als wenn man von den ganzen Dingen erst gestern erfahren hat. Ich meine, das geht so nicht.

Lassen Sie mich noch eins sagen. Die Landesversicherungsanstalt hat hier im Land Mecklenburg-Vorpommern eine Tradition und sie hat, nicht so, wie Herr Koplín es darzustellen versuchte, auch Väter. Einer der Väter ist Martin Brick, der ehemalige Landwirtschaftsminister, und der andere ist der ehemalige Präsident dieses Hohen Hauses, Rainer Prachtl.

(Zurufe von Holger Friedrich, SPD, und Angelika Peters, SPD)

Das wollte ich Ihnen auch noch einmal ins Gedächtnis rufen, denn diese beiden Herren haben mit dafür gesorgt, dass der Standort in Neubrandenburg gefunden wurde, und das eben auch aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen.

Meine Damen und Herren, das war sozusagen mein letztes Wort. Kollege Prachtl möchte auch noch reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Ums Wort hat jetzt noch einmal die Sozialministerin gebeten.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Es ist so: Seit wir im Herbst den Regierungswechsel hatten und ich von meiner Vorgängerin das Amt übernommen habe, haben wir intensive Gespräche geführt mit der Landesversicherungsanstalt. Wir sind für Kooperation, das ist vollkommen richtig, das habe ich gesagt, wir sind auch für Fusion. Wir haben aber in Beratungen mit dem Geschäftsführer, mit den Vorständen, mit dem Personal, auch in der Personalveranstaltung haben wir immer diese Gründe dargelegt, dass eine Kooperation im Rahmen der Länder des Nordens nicht eine Einbahnstraße sein kann, dass die Interessen des Landes angemessen vertreten sein müssen bei einer Fusion – angemessen, ich wiederhole das noch einmal –, so, wie Herr Koplin es in seinem Beitrag dargelegt hat. Es geht darum, das Management hier zu binden, damit eben auch Managemententscheidungen im Interesse des Landes künftig getroffen werden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD-Fraktion.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich kann mich an dieser Stelle etwas kürzer fassen. Die wesentlichen Dinge sind von meinem Kollegen Koplin gesagt worden. Das Thema länderübergreifende Zusammenarbeit ist ein wichtiges Thema, auch für den Bereich der Rentenversicherungsträger. Das heißt also, Fusionsverhandlungen sind sicherlich nötig, sie sind wichtig, sie steigern die Effizienz, sie führen zur Kostensteigerung, aber man muss natürlich auch gucken, wo man als Land dabei bleibt. Ich habe schon Interesse daran, dass wir nicht irgendwann nur noch der Appendix von Schleswig-Holstein oder Hamburg sind, denn Fusionsverhandlungen laufen ja auch in anderen Bereichen. Es müssen auch mal Akzente gesetzt werden zugunsten des Landes Mecklenburg-Vorpommern,

(Beifall Alexa Wien, PDS)

das heißt, dass wir hier den Hauptsitz etablieren.

Herr Glawe, an Ihren Ausführungen ist ja das eine oder andere dran. Aber ich habe selbst schon ein paar Verhandlungen geführt und man muss für Verhandlungen schon einmal die Latte auch etwas hochlegen, damit man ein bisschen springen muss. Man kann ja nicht ständig darunter durchlaufen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ein bisschen springen muss man schon. Ich denke, dass die Forderungen, die in dem Antrag erhoben werden, angemessen sind, richtig sind und im Interesse des Landes sind. Ich habe mir Ihren Antrag angesehen. Ich glaube, da ist viel Semantik drin. Wenn ich mir den Punkt Nummer zwei ansehe, es ist für mich selbstverständlich, dass man solche Gesichtspunkte auch bei Verhandlungen berücksichtigt. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen und ich bitte um Unterstützung für den Antrag der Koalitionsfraktionen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Prachtl von der CDU-Fraktion.

Rainer Prachtl, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Folgendes erklären:

Erstens. Seit der Kooperationsvereinbarung vom 11.02.2002 wird ernsthaft in den Landesversicherungsanstalten der Hansestadt Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern über eine Fusion nachgedacht und seit dem 19. März 2003 gibt es den Fusionsvertrag. So möchte ich zuerst fragen, warum erst im Frühjahr 2004, also nach über zwei Jahren, das Sozialministerium den Prozess der Fusion sozusagen im Nachhinein befördert beziehungsweise neu zur Diskussion stellt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Hätte nicht – und das ist für mich die entscheidende Frage – auf höchster Ebene, unterstrichen aber „höchster“, bei rechtzeitiger Einflussnahme ein besseres Ergebnis mit Vorteil für Neubrandenburg erzielt werden können?

Zweitens. Die LVA in Neubrandenburg bringt das geringste Potential an Versicherten und Mitarbeitern in die Fusion ein, das heißt, es sind noch nicht einmal ansatzweise gleichstarke Partner. Bei dieser Ausgangslage zählt meines Erachtens nicht das laute und zu späte Aufbäumen des Parlaments oder der Landesregierung. Jetzt kommt es: Ein rechtzeitiges Handeln, Verhandeln, eine diplomatische und kluge Verhandlungsführung sind somit schon seit mehr als zwei Jahren gefragt. Und ich will auch erklären, wie das gemeint ist. Dies schließt natürlich interne Verhandlungen mit den tatsächlichen handlungs- und entscheidungsbefugten Partnern ein. Wer das namentlich und parteipolitisch – gut hinhören – in S-H und der Hansestadt Hamburg ist, dürfte bekannt sein.

Drittens. Der Antrag offenbart in seiner Art und Weise sowie der zeitlichen Einbringung eine sichtbare populistische Prägung, ohne dass vor allem den betroffenen Angestellten der LVA beziehungsweise der Region insgesamt geholfen wird.

Viertens. Es ist nur zu hoffen, dass die Handlungsposition für Neubrandenburg für diese neuen politischen Manöver nicht verschlechtert wird, zum Beispiel durch eine einseitige Fusion der Landesversicherungsanstalten Hamburg und Schleswig-Holstein.

Fünftens. Trotzdem sollte möglichst ohne Schaden für den Standort Neubrandenburg alles getan werden, um ein gerechtes und optimales Ergebnis zu erzielen, und dies vor allem bezogen auf den Erhalt von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Prachtl.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1200 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Zuruf aus dem Plenum: Änderungsantrag?)

Ja, Änderungsantrag. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1200

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nicht zweimal abstimmen! – Minister Dr. Till Backhaus: Das kann man ja mal ausprobieren!)

gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei zwei Zustimmungen aus der SPD-Fraktion und einer Stimmenthaltung bei der PDS-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1177 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1177 mit den Stimmen der SPD und PDS bei einer Gegenstimme aus der PDS und Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/1199, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses, Drucksache 4/1208.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:
Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (6. ÄndG KV M-V)
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 4/1199** –

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses
– **Drucksache 4/1208** –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Ausschussvorsitzende Herr Friese.

Siegfried Friese, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schenken Sie mir Ihr geneigtes Ohr.

(Andreas Bluhm, PDS: Nein, wir schenken nicht! – Birgit Schwebs, PDS: Nein. – Heinz Müller, SPD: Hoffentlich kriegen wir die Ohren wieder. – Heiterkeit bei Torsten Koplín, PDS)

Wir haben im Frühjahr dieses Jahres die Fünfte Änderung zur Kommunalverfassung vorgesehen. Gegen diese Kommunalverfassung liegen eine Verfassungsbeschwerde und ein Eilantrag vor, der die Mindestfraktionsstärke betrifft, auf die sich alle Fraktionen geeinigt haben.

Der Innen- und der Rechtsausschuss haben sich entschlossen, zu dieser Anfrage des Verfassungsgerichtes Stellung zu nehmen. Sie haben Stellung in der Art genommen, dass sie das Gesetz noch einmal ändern wollen im Sinne einer Änderung. Die Änderung betrifft zwei Paragraphen, in denen der Wille des Landtages jetzt klar definiert wird, dass es nicht die Absicht war, die Mindestfraktionsstärke in größeren Gemeinden und den Landkreisen dadurch zu beschädigen, dass diese Fraktionsstärke angehoben wird, sondern wir haben klargestellt, die Neuregelung zur Fraktionsstärke tritt erst mit Ablauf des 13. Juni dieses Jahres in Kraft. Damit ist dieses klargestellt.

Eine zweite Änderung betraf auf Wunsch des Innenministeriums eine Klarstellung dahin gehend, dass wir

gesagt haben, wenn Gemeindevertretungen oder kommunale Parlamente sich konstituieren, so tritt diese Konstitution erst ein, nachdem der ehrenamtliche Bürgermeister sozusagen ernannt worden ist. Erst danach könne die Gemeindevertretung über die Gültigkeit der zuvor stattgefundenen Wahl befinden.

Diese beiden Punkte sind geändert worden. Sie sind fraktionsübergreifend im mitberatenden Rechtsausschuss und im federführenden Innenausschuss so beschlossen worden. Ich bitte Sie, auch dieser Änderung, der nun Sechsten Veränderung oder Novellierung unserer Kommunalverfassung zuzustimmen. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Friese.

Es ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der SPD, CDU und PDS eingebrachten Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 4/1199. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und PDS entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1208 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Seitens der Fraktion der SPD ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das heißt, wir werden entsprechend verfahren. Ich darf Sie um einen Augenblick Geduld bitten, da wir noch die Listen für die namentliche Abstimmung benötigen, und dann treten wir ins Verfahren ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Dazu werden Sie namentlich aufgerufen. Ich bitte Sie, dann laut und deutlich Ihr Abstimmungsvotum durch Ja, Nein oder Enthaltung hier anzusagen. Wir beginnen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Gibt es im Hause noch einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete, der/die ihre Stimme noch nicht abgegeben hat und das noch tun möchte? –

(Zuruf aus dem Plenum: Hier hinten sitzen noch welche! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 14.53 Uhr**Wiederbeginn: 14.58 Uhr**

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt geben. An der Abstimmung haben sich 41 Abgeordnete beteiligt. Davon stimmten 41 mit Ja, kein Abgeordneter stimmte gegen den Gesetzentwurf, keiner enthielt sich. Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/1208 einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich darf Ihnen bekannt geben, dass wir heute die drittlängste Sitzung des Landtages an einem Freitag durchgeführt haben. Es gab zum

Beispiel in der 3. Wahlperiode eine, die länger dauerte, nämlich bis 15.37 Uhr.

(Heinz Müller, SPD: Wir können ja noch was machen! – Lorenz Caffier, CDU: Wir können ja noch eine Auszeit beantragen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 23. Juni 2004, 10.00 Uhr ein. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14.59 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Martin Brick, Mathias Brodtkorb, Vincent Kokert, Lilly Kühnel, Ilka Lochner-Borst, Karsten Neumann, Dr. Harald Ringstorff, Ute Schildt, Bernd Schubert, Jochen Schulte, Dr. Margret Seemann, Gesine Skrzepski, Karin Strenz und Reinhardt Thomas.

Namentliche Abstimmung

über die Beschlussempfehlung des Innenausschusses – Drucksache 4/1208 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Bretschneider, Sylvia
Dankert, Reinhard
Friedrich, Holger
Friese, Siegfried
Heydorn, Jörg
Jarchow, Hans-Heinrich
Keler, Sigrid
Lohse, Frank Ronald
Mahr, Beate
Mohr, Klaus
Monegel, Hannelore
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Schlotmann, Volker
Schwarz, Thomas
Volland, Angelika

CDU

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz

Glawe, Harry
Dr. Jäger, Armin
Prachtl, Rainer
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Dr. von Storch, Henning

PDS

Bluhm, Andreas
Dr. Bunge, Martina
Gramkow, Angelika
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Ritter, Peter
Schmidt, Karin
Schulz, Gabriele
Schwebs, Birgit
Walther, Gerd
Wien, Alexa

Endgültiges Ergebnis:

| | |
|--------------------------|----|
| Abgegebene Stimmen | 41 |
| Gültige Stimmen | 41 |
| Jastimmen..... | 41 |
| Neinstimmen | – |
| Enthaltungen | – |